



Beteiligungsbericht 2016

des Landkreises

Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

erstellt durch:

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Büro Landrat
Beteiligungscontrolling
Schloßhof 2/4
01796 Pirna



03501 515-1107

E-Mail Sindy.Trobisch@landratsamt-pirna.de

Redaktionsschluss:

08. November 2016



Inhaltsverzeichnis

GESETZLICHE GRUNDLAGEN	5
1 BETEILIGUNGEN UND ZWECKVERBANDSMITGLIEDSCHAFTEN DES LANDKREISES	12
1.1 UNTERNEHMENS BETEILIGUNGEN.....	12
1.2 ZWECKVERBANDSMITGLIEDSCHAFTEN	12
2 BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES IM ÜBERBLICK	13
3 ÜBERSICHT ÜBER DIE FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ZU UNTERNEHMEN UND ZWECKVERBÄNDEN ...	14
4 LAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNTERNEHMEN.....	16
4.1 VERKEHRSUNTERNEHMEN (OVPS UND RVD):	16
4.2 KREISENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT MBH LANDKREIS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (KEG):	16
4.3 GRUNDSTÜCKS- UND VERWALTUNGSGESELLSCHAFT SÄCHSISCHE SCHWEIZ MBH (GVS):	17
4.4 WINTERSPORT ALTENBERG (OSTERZGEBIRGE) GMBH (WIA)	17
5 EINZELDARSTELLUNG DER UNTERNEHMEN IN PRIVATRECHTSFORM (UNMITTELBARE BETEILIGUNGEN)	18
5.1 OVPS – OBERELBISCHE VERKEHRSGESELLSCHAFT PIRNA-SEBNITZ MBH	18
5.2 RVD – REGIONALVERKEHR DRESDEN GMBH.....	35
5.3 GVS – GRUNDSTÜCKS- UND VERWALTUNGSGESELLSCHAFT SÄCHSISCHE SCHWEIZ MBH	61
5.4 KEG – KREISENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT MBH LANDKREIS SÄCHSISCHE SCHWEIZ.....	72
5.5 WIA – WINTERSPORT ALTENBERG (OSTERZGEBIRGE) GMBH	80
6 EINZELDARSTELLUNG DER ZWECKVERBÄNDE	95
6.1 Z-VOE – ZWECKVERBAND VERKEHRSVERBUND OBERELBE	95
6.2 ZAOE – ZWECKVERBAND ABFALLWIRTSCHAFT OBERES ELBTAL.....	97
6.3 ZWECKVERBAND TIERKÖRPERBESEITIGUNG SACHSEN	123
6.4 REGIONALER PLANUNGSVERBAND OBERES ELBTAL/OSTERZGEBIRGE	125
6.5 ZWECKVERBAND ELBTAL-WESTLAUSITZ FÜR DIE VERBUNDS-PARKASSE OSTSÄCHSISCHE SPARKASSE DRESDEN.....	128
6.6 ZWECKVERBAND FÜR DIE VERBUNDS-PARKASSE „OSTSÄCHSISCHE SPARKASSE DRESDEN“	128
6.7 SACHSEN-FINANZGRUPPE	130
6.8 KSV – KOMMUNALER SOZIALVERBAND SACHSEN.....	134
6.9 ZWECKVERBAND KULTURRAUM MEIßEN - SÄCHSISCHE SCHWEIZ-OSTERZGEBIRGE	139
6.10 SKSD – SÄCHSISCHES KOMMUNALES STUDIENINSTITUT DRESDEN	141
6.11 KISA – KOMMUNALE INFORMATIONSVERRARBEITUNG SACHSEN	146
7 ANLAGEN.....	154



Abkürzungsverzeichnis

AbfG	Abfallbeförderungsgesetz
AEA	Abfallentsorgungsanlagen
AG	Aktiengesellschaft
AV	Anlagevermögen
BU	Beteiligungsunternehmen
DTV	Durchtarifierungsverluste
EGAB	Erstes Gesetz zum Abfall und zum Bodenschutz
EK	Eigenkapital
ESAG	Energieversorgung Sachsen Ost AG
EU	Europäische Union
EUR	Euro
FB	Fehlbetrag
Fkm	Fahrplankilometer
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GF	Geschäftsführer
GK	Gesamtkapital
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GVS	Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft Sächsische Schweiz mbH
i. H. v.	in Höhe von
JÜ	Jahresüberschuss
KC	Kompetenzzentrum
KEG	Kreisentwicklungsgesellschaft mbH Landkreis Sächsische Schweiz
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KOM	Kraftomnibus
LK	Landkreis
mbA	mechanisch-biologische Behandlung von Abfällen
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinAusG	Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr
OVPS	Oberelbische Verkehrsgesellschaft Pirna-Sebnitz mbH
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
RHB	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
RPV	Regionaler Planungsverband
RSBB	Rennschlitten- und Bobbahn



RVD	Regionalverkehr Dresden GmbH
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SMWA	Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TEUR	Tausend Euro
Tkm	Tausend Kilometer
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
UV	Umlaufvermögen
Vblk	Verbindlichkeiten
Vj	Vorjahr
VK	Vollkräfte
VVO	Verkehrsverbund Oberelbe
WiA	Wintersport Altenberg (Osterzgebirge) GmbH
ZAOE	Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal
ZAOE AEA	ZAOE – alle Verbandsmitglieder einschl. Altlandkreis Riesa-Großenhain
ZAOE KC	Zweckverbandsmitglieder Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Altlandkreis Meißen
ZV	Zweckverband
Z-VOE	Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe



Gesetzliche Grundlagen

Für Unternehmen und Beteiligungen des Landkreises gelten gemäß § 63 Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen (SächsLKrO) die §§ 94a bis 99, 102 und 130a Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) mit Ausnahme von § 94a Abs. 2 SächsGemO entsprechend.

Auszug aus der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO):

§ 95 Unternehmensformen

(1) Unternehmen der Gemeinde können geführt werden:

1. nach den Vorschriften dieses Gesetzes über die Haushaltswirtschaft,
2. als Eigenbetriebe,
3. in einer Rechtsform des privaten Rechts.

(2) Vor der Errichtung, Übernahme und wesentlichen Veränderung eines Unternehmens sowie der unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einem solchen ist der Gemeinderat umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren Auswirkungen auf die private Wirtschaft zu unterrichten. Vor dem Beschluss über die Rechtsform des Unternehmens hat der Gemeinderat die Vor- und Nachteile der in Betracht kommenden öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Organisationsformen im konkreten Einzelfall abzuwägen.

§ 96 Unternehmen in Privatrechtsform

(1) Die Gemeinde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur errichten, übernehmen, unterhalten, wesentlich verändern oder sich daran unmittelbar oder mittelbar beteiligen, wenn

1. durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde sichergestellt ist,
2. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan des Unternehmens erhält und
3. die Haftung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt wird.

(2) Ein Unternehmen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft darf die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich verändern oder sich daran unmittelbar oder mittelbar beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.



§ 96a Inhalt des Gesellschaftsvertrages

(1) Steht der Gemeinde allein oder zusammen mit anderen kommunalen Trägern der Selbstverwaltung, die der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehen, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile zu, ist im Gesellschaftsvertrag festzulegen, dass

1. der Zustimmung der Gemeinde die Errichtung, Übernahme und Beteiligung an anderen Unternehmen bedürfen,
2. der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedürfen
 - a) wesentliche Veränderungen des Unternehmens,
 - b) Verfügungen über Vermögen und die Aufnahme von Krediten, soweit die Rechtsgeschäfte von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für das Unternehmen sind, wobei die hiervon erfassten Rechtsgeschäfte durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festgelegt werden sollen, und
 - c) die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern der Geschäftsführung, wobei die Gesellschafterversammlung ihre Zuständigkeit auf den Aufsichtsrat übertragen kann,
3. die Gemeinde auch bei Rechtsgeschäften ihr selbst gegenüber in der Gesellschafterversammlung stimmberechtigt ist,
4. die §§ 394 und 395 des Aktiengesetzes entsprechend angewendet werden, soweit sie nicht unmittelbar Anwendung finden,
5. in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO), in der jeweils geltenden Fassung, ein Wirtschaftsplan für jedes Wirtschaftsjahr aufgestellt und der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt wird,
6. die Gemeinde über den Wirtschaftsplan und die Finanzplanung sowie wesentliche Abweichungen hiervon unverzüglich unterrichtet wird,
7. die Abschlussprüfung im Umfang des § 53 Abs. 1 des Gesetzes über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätze-gesetz – HGrG) vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2398) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, durchzuführen ist,
8. der Jahresabschluss und der Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuchs aufgestellt und geprüft wird, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten,
9. der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers an die Gemeinde und die Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich übersandt werden; diese Verpflichtung bezieht sich gegenüber der Gemeinde auch auf die Angaben, die nach § 99 Abs. 2 und 3 für die Erstellung des Beteiligungsberichtes notwendig sind,
10. der Gemeinde zu dem von ihr bestimmten Zeitpunkt die für die Aufstellung des Gesamtabchlusses (§ 88a) erforderlichen Unterlagen übersandt und Auskünfte erteilt werden,
11. der örtlichen Prüfungseinrichtung und der überörtlichen Prüfungsbehörde die Befugnis zur Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Unternehmens eingeräumt wird,
12. der örtlichen Prüfungseinrichtung und der überörtlichen Prüfungsbehörde (§§ 105, 109) die in § 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden,
13. die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen darf, wenn den Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 entsprechende Regelungen im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens enthalten sind, sofern sie allein oder zusammen



mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

(2) Bei einer geringeren Beteiligung hat die Gemeinde darauf hinzuwirken, dass die im Absatz 1 genannten Regelungen getroffen werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Unternehmen in anderen Rechtsformen des privaten Rechts.

§ 98

Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform

(1) Die Gemeinde wird in der Gesellschafterversammlung oder dem entsprechenden Organ eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts durch den Bürgermeister vertreten. Kann die Gemeinde weitere Vertreter entsenden, so werden diese vom Gemeinderat widerruflich bestellt. Ist mehr als ein weiterer Vertreter zu entsenden, gilt § 42 Abs. 2 entsprechend. Ein durch den Bürgermeister mit seiner ständigen Vertretung beauftragter Vertreter sowie die durch den Gemeinderat zu bestellenden weiteren Vertreter der Gemeinde müssen über die für diese Aufgabe erforderliche betriebswirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde verfügen. In den in § 28 Abs. 2 Nr. 15 genannten Angelegenheiten üben die Vertreter der Gemeinde ihre Befugnisse aufgrund von Beschlüssen des Gemeinderats aus. In anderen Angelegenheiten kann der Gemeinderat ihnen Weisungen erteilen. Die Vertreter der Gemeinde haben den Gemeinderat oder einen beschließenden Ausschuss über alle Angelegenheiten des Unternehmens von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten.

(2) Hat die Gemeinde das Recht, Personen als Mitglied des Aufsichtsrates oder eines entsprechenden Überwachungsorgans zu entsenden oder der Gesellschafterversammlung zur Wahl vorzuschlagen, werden diese vom Gemeinderat bestimmt. Ist mehr als ein Mitglied zu bestimmen, gilt § 42 Abs. 2 entsprechend. Die Entsendung ist widerruflich. Als Mitglieder nach Satz 1 dürfen nur Personen bestimmt werden, die über die für diese Aufgabe erforderliche betriebswirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde verfügen. Wenn diese Gemeinde mehr als ein Mitglied in den Aufsichtsrat entsenden oder der Gesellschafterversammlung zur Wahl vorschlagen kann, dann ist auch der Bürgermeister oder ein von ihm benannter Bediensteter der Verwaltung vom Gemeinderat zu bestimmen.

(3) Die von der Gemeinde entsandten oder zur Wahl vorgeschlagenen Mitglieder des Aufsichtsrates haben den Gemeinderat oder einen beschließenden Ausschuss und, sofern dieser nicht dem Organ angehört, auch den Bürgermeister frühzeitig über alle Angelegenheiten des Unternehmens von besonderer Bedeutung zu unterrichten.

(4) Wird ein Vertreter der Gemeinde wegen seiner Tätigkeit im Organ eines Unternehmens haftbar gemacht, hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen. Dies gilt nicht, wenn der Vertreter vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat; auch in diesem Fall ist der Schaden zu ersetzen, wenn er nach Weisung der Gemeinde gehandelt hat.

(5) Die Gemeinde soll den von ihr in Organe eines Unternehmens nach Absatz 1 und 2 entsandten Personen Gelegenheit geben, regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen, die der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dienlich sind.



§ 99 Beteiligungsverwaltung

(1) Die Gemeinde schafft die Voraussetzungen, um die Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu steuern und zu überwachen sowie die auf ihre Veranlassung in diesen Unternehmen tätigen Aufsichtsratsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe zu unterstützen.

(2) Dem Gemeinderat ist jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Beteiligungsbericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(3) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist, insbesondere Folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und, soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,
2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüberzustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,
3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.

(4) Der Beteiligungsbericht ist der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten. Die Angaben des Beteiligungsberichts nach Absatz 2 sind von der Gemeinde zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.



Auszug aus dem Sächsischen Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG)

§ 59 Prüfungswesen

(1) Die Verbandssatzung kann bestimmen, dass der Zweckverband

1. ein eigenes Rechnungsprüfungsamt einrichtet, wenn die Größe des Zweckverbandes dies rechtfertigt, oder
2. sich eines anderen kommunalen Rechnungsprüfungsamtes oder Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bedient.

(2) Trifft die Verbandssatzung keine Regelung nach Absatz 1, so ist ein geeigneter Bediensteter des Zweckverbandes oder eines Verbandsmitglieds im Sinne des § 44 Abs. 1 oder Abs. 2 Satz 1 zum Rechnungsprüfer zu bestellen.

(3) Im Übrigen gelten §§ 103 bis 109 SächsGemO entsprechend.

Definitionen

GmbH

Die GmbH ist eine Handelsgesellschaft mit körperschaftlicher Organisation und eigener Rechtspersönlichkeit, die zu jedem zulässigen, auch nichtgewerblichen, Zweck gegründet werden kann. Sie hat durch die Satzung bestimmtes Stammkapital, das der Summe der von den Gesellschaftern zu leistenden Einlagen auf die Gesellschaftsanteile entspricht. Für Gesellschaftsschulden haftet den Gläubigern gegenüber nur die Gesellschaft. Die GmbH ist eine juristische Person, sie ist Körperschaft des privaten Rechts.



Erläuterungen der in den Einzeldarstellungen abgebildeten Kennzahlen

Vermögenssituation

1. Investitionsdeckung (%)

$$\text{Investitionsdeckung} = \frac{\text{Abschreibung}}{\text{Investitionen (ohne Finanzanlagen)}} \times 100$$

2. Vermögensstruktur (%)

$$\text{Vermögensstruktur} = \frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Summe Aktiva}} \times 100$$

3. Fremdkapitalquote (%)

$$\text{Fremdkapitalquote} = \frac{(50 \% \text{ Sonderposten} + \text{Rückstellungen} + \text{Verbindlichkeiten})}{\text{Summe Passiva}} \times 100$$

Kapitalstruktur

4. Eigenkapitalquote (%)

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Summe Passiva}} \times 100$$

5. Eigenkapitalreichweite I (Jahre) (mit Verlustausgleich)

$$\text{Eigenkapitalanteil} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Jahresfehlbetrag}}$$

6. Eigenkapitalreichweite II (Jahre) (ohne Verlustausgleich)

$$\text{Eigenkapitalanteil} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Jahresfehlbetrag}}$$

Liquidität

7. Effektivverschuldung (TEUR)

$$\text{Effektivverschuldung} = \text{Verbindlichkeiten} - \text{monetäres Umlaufvermögen (Wertpapiere + liquide Mittel)}$$

8. kurzfristige Liquidität (%)

$$\text{Kurzfristige Liquidität} = \frac{\text{Liquide Mittel}}{\text{Verbindlichkeiten} < 1 \text{ Jahr}} \times 100$$



Rentabilität

9. Eigenkapitalrendite (%)

$$\text{Eigenkapitalrendite} = \frac{\text{Jahresergebnis}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$$

10. Gesamtkapitalrendite (%)

$$\text{Return to Invest} = \frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$$

Geschäftserfolg

11. Pro-Kopf-Umsatz (TEUR)

$$\frac{\text{Umsatz}}{\text{Beschäftigte im Jahresdurchschnitt}}$$

12. Arbeitsproduktivität

$$\text{Arbeitsproduktivität} = \frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Personalaufwand}} \times 100$$

13. Personalaufwandsquote

$$\text{Personalaufwandsquote} = \frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$$



1 Beteiligungen und Zweckverbandsmitgliedschaften des Landkreises

1.1 Unternehmensbeteiligungen

1.1.1 Unmittelbare Beteiligungen

OVPS - Oberelbische Verkehrsgesellschaft Pirna-Sebnitz mbH (OVPS)

Wintersport Altenberg (Osterzgebirge) GmbH (WiA)

Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft Sächsische Schweiz mbH (GVS)

Kreisentwicklungsgesellschaft Landkreis Sächsische Schweiz mbH (KEG)

Regionalverkehr Dresden GmbH (RVD)

1.1.2 Mittelbare Beteiligungen

Kommunale Datennetz GmbH

SASKIA Informationssysteme GmbH

Beteiligungen von Zweckverbänden, in denen der Landkreis Mitglied ist:

- Verkehrsverbund Oberelbe GmbH (VVO)
- Weißeritz Humuswerk Besitzgesellschaft mbH
- Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft mbH (SDG)
- Elbland Philharmonie Sachsen GmbH

1.2 Zweckverbandsmitgliedschaften

Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe (Z-VOE)

Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE)

Zweckverband Kommunaler Sozialverband (KSV)

Zweckverband Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge

Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen (TKBA Sachsen)

Zweckverband Kulturraum Sächsische Schweiz/Osterzgebirge

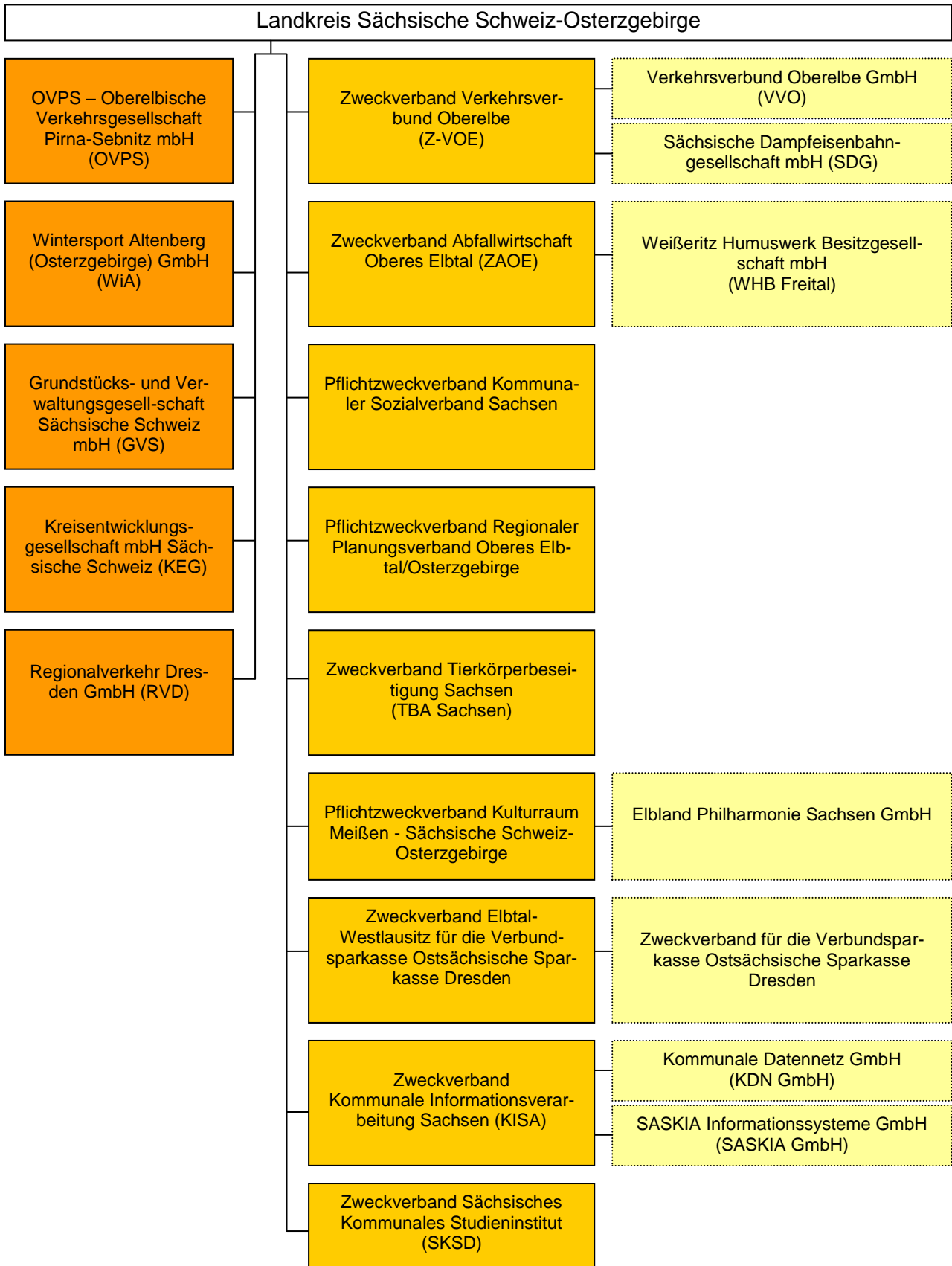
Zweckverband Elbtal-Westlausitz für die Verbundsparkasse Ostsächs. Sparkasse Dresden

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut (SKSD)



2 Beteiligungen des Landkreises im Überblick





3 Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises zu Unternehmen und Zweckverbänden

Beteiligungsunternehmen	Berichtsjahr	Haftungs-/Stammkapital (in TEUR)	Stammeinlage (LK-Anteil) (in TEUR)	Anteil (in %)	Gewinnabführung an den Landkreis	Verlustabdeckung, sonst. Zuschüsse, Umlagen, (in TEUR)	Investitionszuschüsse (in TEUR)	Bürgschaften, sonst. Gewährleistungen, Nachschusspflicht (in TEUR)
OVPS	2013	2.600	2.600	100		1.776		
	2014	2.600	2.600	100		1.816		
	2015	2.600	2.600	100		1.816		
RVD	2013	31	15	49	156	2.232	0	0
	2014	31	15	49	0	2.085	0	0
	2015	31	15	49	107	2.000	0	0
KEG	2013	100	100	100				1.568
	2014	100	100	100				1.483
	2015	100	100	100				1.313
GVS	2013	25,6	25,6	100				
	2014	25,6	25,6	100				
	2015	25,6	25,6	100			11.636	
WiA	09/13	25	12,75	51		25	14,5	23
	09/14	25	12,75	51		25	14,5	23
	09/15	25	12,75	51		25		23
Z-VOE	2013	5.235,9		20 %	Nein	Nein	Nein	Nein
	2014	5.235,9						
	2015	5.235,9						
ZAOE	2013			50		0		
	2014			50		0		
	2015			50		0		
Kommunaler Sozialverband Sachsen	2013					20.393		
	2014					20.920		
	2015					22.015		



Beteiligungsunternehmen	Berichtsjahr	Haftungs-/Stammkapital (in TEUR)	Stammeinlage (LK-Anteil) (in TEUR)	Anteil (in %)	Gewinnabführung (in TEUR)	Verlustabdeckung, sonst. Zuschüsse des LK, Umlagen (in TEUR)	Investitionszuschüsse (in TEUR)	Bürgschaften, sonst. Gewährleistungen (in TEUR)
Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge	2013					0		
	2014					0		
	2015					0		
TBA Sachsen	2013	0	0	1 von 13	0	63,9	0	0
	2014	0	0	1 von 13	0	63,9	0	0
	2015	0	0	1 von 13	0	73,3	0	0
Kulturraum Meißen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	2013	0	0	50	0	1.015	0	0
	2014	0	0	50	0	1.025	0	0
	2015	0	0	50	0	1.044	0	0
Zweckverband Elbtal-Westlausitz für die Verbundsparkasse Osts. Sp. Dresden	2013					0		
	2014					0		
	2015					0		
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen	2013					0		
	2014					0		
	2015					0		
Zweckverband Sächsisches Komm. Studieninstitut Dresden	2013					8		
	2014					8		
	2015					11,5		



4 Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage der Unternehmen

Der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ist an den nachfolgend aufgeführten Unternehmen unmittelbar beteiligt:

4.1 Verkehrsunternehmen (OVPS und RVD):

Eine unmittelbare Beteiligung des Landkreises besteht an der OVPS - Oberelbischen Verkehrsgesellschaft Pirna – Sebnitz mbH in Höhe von 100 % der Gesellschaftsanteile sowie an der Regionalverkehr Dresden GmbH (RVD) in Höhe von 49 %, Anteilseigner der übrigen Gesellschaftsanteile ist hier die DB Regio AG. Durch beide Gesellschaften wird im Landkreis im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge der öffentliche Personennahverkehr gesichert.

Die OVPS konnte im Geschäftsjahr 2015 einen weiteren Anstieg im Linienverkehr mit KOM gegenüber 2014 ausweisen, was vor allem auf höhere Einnahmen aus dem Linien- und Schülerverkehr sowie der daraus folgenden höheren Einnahmeaufteilung vom VVO zurückzuführen ist. Bei den Föhreinnahmen ist ein Rückgang zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr wurden drei neue Standard-Gelenkbusse und ein Sprinter beschafft.

Die RVD wies im Geschäftsjahr einen Bilanzgewinn in Höhe von 219 TEUR aus. Für das positive Ergebnis waren im Wesentlichen der schrittweise Rückzug aus dem defizitären Fernbuslinienmarkt, die Akquirierung von profitablen Neuleistungen, z. B. im freigestellten Schülerverkehr, sowie Einsparungen vor allem im sonstigen betrieblichen Aufwand maßgeblich. Im Geschäftsjahr wurden 30 neue Busse angeschafft. Im Dezember 2015 begannen die Verhandlungen mit dem Gesellschafter DB Regio zum Anteilserwerb der Gesellschafteranteile der DB Regio.

In beiden Unternehmen wird die Kontinuität der Bereitstellung öffentlicher Mittel für den ÖPNV als ein wichtiger Finanzierungsfaktor gesehen. Risiken bestehen nach wie vor durch die schwankenden Dieselmotorkraftstoffpreise und die demografische Entwicklung.

4.2 Kreisentwicklungsgesellschaft mbH Landkreis Sächsische Schweiz (KEG):

Der Landkreis ist 100 %iger Gesellschafter der KEG. Die Gesellschaft hat sich inzwischen zu einem anerkannten Teil der Tourismusförderung und des soziokulturellen Lebens im Landkreis etabliert. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst hauptsächlich die Verpachtung und Verwaltung der Toskana Therme in Bad Schandau.

Im Geschäftsjahr realisierte die Gesellschaft die Verpachtung der Therme. Insgesamt wurden inklusive der Umsetzung des Ziel 3 Projektes Umsätze in Höhe von TEUR 1.501,8 erzielt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde die Übernahme des Wohnheimes/Gästehauses Am Backofenfelsen Freital einschließlich des laufenden Betriebes, des Anlagevermögens und der Mitarbeiter vorbereitet und geregelt. Zum 01.01.2016 wurde zwischen KEG und dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ein entsprechender Betreibervertrag abgeschlossen.

Zwar wird für die nächsten Jahre ein Anstieg der Schülerzahlen um ca. 15 % und daraus resultierend eine leichte Erhöhung bzw. Konsolidierung der Erlöse für das neue Geschäftsfeld erwartet. Allerdings sind am Objekt auch Instandhaltungsmaßnahmen in den nächsten Jahren einzuplanen. Risiken bestehen im Zusammenhang mit der Verpachtung der Toskana Therme weiterhin durch die Nähe zur Elbe und der damit verbundenen Gefahr neuer Hochwasser.



4.3 Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft Sächsische Schweiz mbH (GVS):

Der Landkreis ist 100 %iger Gesellschafter der GVS. Gegenstand des Unternehmens ist der Abschluss von Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, die Verwaltung kommunaler Grundstücke und darauf befindlicher Gebäude sowie das Betreiben kommunaler Einrichtungen. Im Verlauf des Berichtsjahres wurde mit Beschluss des Kreistages der Gesellschaftszweck der GVS wie folgt erweitert:

„Der Abschluss von Miet- oder Pachtverträgen über Gebäude oder Gebäudeteile, insbesondere Wohnungen.“ Der Geschäftsumfang der Gesellschaft wurde um die Herrichtung und Übernahme der Betreuung von Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen für Personen im Sinne des § 5 Sächsisches Flüchtlingsaufnahmegesetz erweitert.

Im Zuge dieser Änderungen erfolgte ein Geschäftsführerwechsel und mit Wirkung vom 07.07.2015 wurde Frau Margitta Gärtner zur Geschäftsführerin berufen.

Mit Beginn der zweiten Jahreshälfte begann die Gesellschaft mit der aktiven Umsetzung der neuen Aufgabe. Im Herbst 2015 wurde die erste Gemeinschaftsunterkunft mit 80 Plätzen in Betrieb genommen.

Die nicht planbare Entwicklung in den Krisengebieten und der damit verbundene nicht planbare Zustrom an Flüchtlingen stellt ein Risiko für die Gesellschaft dar. Um den Fortbestand der Gesellschaft langfristig zu sichern ist es erforderlich nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten eigener und gemieteter Objekte aufzubauen.

4.4 Wintersport Altenberg (Osterzgebirge) GmbH (WiA)

Die WiA hat saisonal bedingt ein vom Kalenderjahr abweichendes Geschäftsjahr vom 01.10.2014 bis 30.09.2015 und bildet damit eine realistische Geschäftstätigkeit der Betreibergesellschaft ab.

Hauptaufgabe der WiA ist der Betrieb der Rennschlitten- und Bobbahn Altenberg, insbesondere die Durchführung von nationalen und internationalen Wettbewerben und die Bereitstellung der Sportstätte für den Trainings- und touristischen Betrieb. Wettbewerbshöhepunkte waren der Weltcup im Bob/Skeleton und der Weltcup im Rennrodel.

Die WiA erhält zur Erfüllung ihrer Aufgaben Kostenzuschüsse zur Trainingsstättenförderung von Bund und Land, Sponsoring Erlöse, Einnahmen aus der Vermarktung an Besucher sowie Zuwendungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand bzw. Sportorganisationen. Notwendige Investitionen an der Bahn werden weitestgehend über Fördermittel sowie Eigenmittel des Eigentümers Landkreis finanziert.

Im Jahr 2014/15 schloss die WiA mit einem Jahresergebnis in Höhe von TEUR 60 ab. Positiv wirkte sich hierbei u. a. die kompakte Rhythmik aller Wettbewerbe in der 2. Saisonhälfte 2014/15 und das günstige Wetter aus, wodurch geplante Kosten eingespart wurden.

Kostenrisiken werden vor allem bei der Energie-, Personal- und Wartungskostenentwicklung sowie bei unvorhergesehenen Aufwendungen im Bereich des Bahnbetriebes wie ungeplante und kostenintensive Reparaturen, Zunahme von Auflagen und gesetzlichen Vorschriften etc. gesehen.



5 Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform (Unmittelbare Beteiligungen)

5.1 OVPS – Oberelbische Verkehrsgesellschaft Pirna-Sebnitz mbH



5.1.1 Beteiligungsübersicht

OVPS - Oberelbische Verkehrsgesellschaft Pirna-Sebnitz mbH

Anschrift:	Bahnhofstraße 14 a 01796 Pirna	Telefon:	03501 792-0
		Telefax:	03501 792-104
		E-Mail:	pirna@ovps.de
		Homepage:	www.ovps.de

Gründungsjahr: 1992

Rechtsform

GmbH

Gesellschafter/Stammkapital

Gesellschafter:	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Stammkapital:	2.600.000,00 EUR
Anteil des Landkreises:	100 %

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen und Gütern, insbesondere im öffentlichen Personennahverkehr mit Straßen- und Wasserfahrzeugen (Kraftomnibussen, Straßenbahnen, Fährschiffe) sowie schmal- und normalspurigen Eisenbahnen; die Errichtung und der Betrieb von Betriebshöfen und Werkstätten, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und der Betrieb aller den Gesellschaftszwecken unmittelbar und mittelbar dienenden Geschäften.



5.1.2 Finanzbeziehungen

Leistungen der OVPS an den Landkreis	2013 (in TEUR)	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Gewinnabführung	---	---	---
Leistungen des Landkreises an die OVPS			
Verlustabdeckungen	---	---	---
Sonstige Zuschüsse	1.776	1.816	1.816
Übernommene Bürgschaften / sonst. Gewährleistg.	---	---	---
Sonstige Vergünstigungen	---	---	---

5.1.3 Organe

- Geschäftsführer
- Aufsichtsrat
- Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer/Prokura

Herr Uwe Thiele

Frau Katrin Lauer ist kaufmännische Leiterin mit Prokura

Mitglieder der Gesellschafterversammlung/Aufsichtsrat

Gesellschafterversammlung: Herr Michael Geisler, Landrat

Mitglieder des Aufsichtsrates: Herr Mike Ruckh
(Aufsichtsratsvorsitzender)
Frau Kati Hille
(stv. Aufsichtsratsvorsitzende)
Herr Matthias Hentschke
Herr Ulrich Kretzschmar
Herr Klaus Wolframm
Herr Reno König
Herr Dr. André Hahn



5.1.4 Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers

WSR Cintinus Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Anzahl der Mitarbeiter

Im Jahr 2015 waren durchschnittlich 240 Mitarbeiter bei der OVPS beschäftigt, einschließlich eines Geschäftsführers.

Namen und Beteiligungsanteile der Anteilseigner

Anteilseigner	%	TEUR
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	100	2.600



5.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

(mit Bereinigung um die Passivierung der Fördermittel)

	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
<i>Vermögenssituation</i>			
Investitionsdeckung (%)	72,4	109,7	93,9
Vermögensstruktur (%)	73,0	70,3	69,7
Fremdkapitalquote (%)	50,8	48,3	49,1
<i>Kapitalstruktur</i>			
Eigenkapitalquote (%)	49,2	51,7	50,9
Eigenkapitalreichweite (Jahre)			
mit Verlustausgleich (BKZ u. IKF)	33,5	Kein Jahres- fehlbetrag	Kein Jahres- fehlbetrag
ohne Verlustausgleich (BKF u. IKF)	2,3	3,2	2,6
<i>Liquidität</i>			
Effektivverschuldung	2.671,0	2.259,5	2.292,4
kurzfristige Liquidität (%)	133,5	148,8	147,9
<i>Rentabilität</i>			
Eigenkapitalrendite (%)	-3,0	7,1	0,2
Gesamtkapitalrendite (%)	Verlust	3,7	0,1
<i>Geschäftserfolg</i>			
Pro-Kopf-Umsatz	45,1	47,7	46,9
Arbeitsproduktivität	150,9	152,5	147,0
Personalaufwandsquote	66,3	65,6	68,0



5.1.6 Lagebericht – Auszug

– Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die OVPS - Oberelbische Verkehrsgesellschaft Pirna-Sebnitz mbH realisiert im Auftrag des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge als Aufgabenträger im zugeordneten Territorium, überwiegend im Altkreis Sächsische Schweiz sowie in den unmittelbar angrenzenden Gebieten des Landkreises Bautzen und der Landeshauptstadt Dresden, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV):

- mit Kraftomnibussen im Stadt- und Regionalverkehr
- mit Fähren auf der Oberelbe
- mit Straßenbahnen im Kirnitzschtal

Daneben werden in geringem Umfang Leistungen im vertragsgebundenen Schüler-, Schienenersatz- und Mietomnibusverkehr durchgeführt.

Aufgrund der rechtlichen und vertraglichen Rahmenbedingungen verfügt der Öffentliche Personennahverkehr über eine stabile wirtschaftliche Basis. Aus der allgemeinen Verbesserung der Finanz- und Wirtschaftslage ergaben sich 2015 keine erkennbaren Auswirkungen auf das Unternehmen.

Zu zwei Verkehrsunternehmen im Altkreis Sächsische Schweiz, die bis 2005, wie die OVPS, Gesellschafter der Verkehrsgesellschaft Sächsische Schweiz waren, bestehen differenzierte vertraglich geregelte Beziehungen. Seit 2015 bestehen zum Regionalverkehr Dresden, der ebenfalls mit 49% dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gehört, Vertragsbeziehungen.

Die Anmietung von KOM-Leistungen anderer Verkehrsunternehmen für Fahrten auf Linien, für die die OVPS Konzessionen besitzt bzw. als Subunternehmer, hatte 2015 einen Umfang von T€ 124,9 (VJ: T€ 121,4). Umgekehrt erbrachte die OVPS für andere Unternehmen derartige Leistungen in Höhe von T€ 36,0 (VJ: T€ 36,0). Die von der OVPS ausgeführten Dienstleistungen (Regieleistungen) für andere Verkehrsunternehmen betragen T€ 116,4 (dav. neu T€ 83,0 für RVD); für die Inanspruchnahme derartiger Leistungen zahlte die OVPS andererseits T€ 36,7.



Leistungsumfang

Betrieben werden von der OVPS:

- 29 Linien im Regionalverkehr, 1 Geibeltbadlinie und 1 Linie Pendelverkehr zur Bastei nach § 42 PBefG
- 7 Linien im Stadtverkehr nach § 42 PBefG
- 1 Straßenbahnlinie
- 8 Fährstellen
- 1 Schifffahrtslinie (saisonal)

Fahrzeuge

Bestand an Fahrzeugen zur Leistungsdurchführung am 31.12.2015

Busse

94 Kraftomnibusse, davon ein historischer Bus („Rose von Sebnitz“ / Baujahr 1987)

Straßenbahnen:

- 5 Straßenbahntriebwagen
- 6 Straßenbahnbeiwagen
- 3 historische Straßenbahntriebwagen
- 1 historischer Straßenbahnbeiwagen

Fähren:

- 10 Motorfähren,
- 1 historischer Fährdampfer

Personal

Im Jahresdurchschnitt 2015 wurden 247 (VJ: 239) Mitarbeiter beschäftigt, inklusive 6 Auszubildende (VJ: 6), davon:

- 152 KOM-Fahrer
- 10 Straßenbahnfahrer
- 36 Fährleute
- 18 Instandhaltungspersonale
- 1 Haltestellenwart
- 24 Angestellte im kaufmännischen und technischen Bereich bzw. in den Betriebsleitungen



6 Auszubildende.

Zum 31. Dezember 2015 hat sich der Personalbestand einschließlich Auszubildender gegenüber dem 1. Januar 2015 um 13 auf 251 Mitarbeiter erhöht. (Angaben einschließlich des Geschäftsführers)

In der OVPS wird weiterhin eine Lehrausbildung für gewerbliche Lehrlinge über den eigenen Bedarf hinaus durchgeführt. Zum Betrieb gehören in Abhängigkeit vom Ausbildungsjahr jeweils vier oder sechs Auszubildende KOM sowie drei Praktikanten zur Fährführerausbildung.



Die OVPS ist tarifgebunden. Der derzeit geltende Vergütungstarifvertrag vom 27.11.2012 / 27.02.2015 wurde abgeschlossen zwischen:

AVN – Arbeitgeberverband Nahverkehr e. V., Hannover
und
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e. V.,
Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Dresden

Er bewirkte eine Anhebung der Vergütung von effektiv durchschnittlich 3,0 %. Die Laufzeit des Vergütungstarifvertrages endet am 28.02.2017.

Fahrleistung

Mit Kraftomnibussen wurde von der OVPS eine Fahrleistung von 5.247,1 Tkm (VJ: 5.295,7 Tkm) erbracht.

Im Einzelnen: Linienverkehr nach § 42 PBefG (ÖPNV)

	2015 / Tkm	2014 / Tkm
Regionalverkehr	3.958,7	3.942,7
Stadtverkehr	1.073,0	1.078,1
	5.031,7	5.020,8

Dieser Fahrleistung von 5.031,7 T-Wagen-km im ÖPNV stehen 4.735,6 T-Fahrplan-km (inkl. NAN)

(VJ: 4.722,9) gegenüber.

Daneben wurden von der OVPS weitere Leistungen realisiert:

9,7 Tkm	im vertragsgebundenen Schülerverkehr
4,9 Tkm	im Geibelbadverkehr
200,8 Tkm	im Mietomnibusverkehr
93,7 T-Zug-km bzw. 214,6 T-Wagen-km	im Straßenbahnverkehr (ÖPNV)
46,6 T-Betriebsstunden	im Fährverkehr (ÖPNV)

Beförderte Personen

	2015 TPrs.	2014 TPrs.
Omnibusverkehr	6.576,0	6.597,2
Straßenbahnverkehr	195,0	186,5
Fährverkehr	795,1	836,4



Erträge

An Erlösen bzw. Erträgen wurden insgesamt T€ 15.127,3 (VJ: T€ 15.196,0) erzielt, darunter:

	2015	2014
	T€	T€
Umsatz aus Linienverkehr mit KOM	6.561,6	6.409,2
Verkehrseinnahme im Fährverkehr	1.282,5	1.315,1
Verkehrseinnahme im Straßenbahnverkehr	667,0	643,4
Ausgleich Ausbildungsverkehr nach ÖPNVFinAusG	2.128,8	2.049,3
Erstattung von Fahrgeldausfällen für Schwerbehinderte	502,3	490,8
Betriebskostenzuschuss des Landkreises und IKF	2.145,9	2.121,5
Ertragswirksame Auflösung von Investitionszuschüssen und -zulagen	707,6	802,4

Der Umsatz aus Linienverkehr mit KOM ist gegenüber 2014 weiterhin angestiegen, was insbesondere auf höhere Einnahmen aus dem Linien- / Schülerverkehr sowie der daraus folgenden höheren Einnahmeverteilung vom VVO zurückzuführen ist. Bei den Fähreinnahmen ist ein Rückgang zu verzeichnen, der auch durch den erhöhten Verkauf von VVO Fahrscheinen außerhalb der Fähren beeinflusst ist. Das leicht über dem Vorjahr liegende Ergebnis bei den Verkehrseinnahmen im Straßenbahnverkehr zeigt weiterhin den hohen Stellenwert des Tourismus im Urlaubsgebiet Bad Schandau.

Die Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr wurden vom Freistaat Sachsen höher ausgereicht.

Die Berechnung der Schwerbehindertenerstattung für 2015 basiert auf der 2015 durchgeführten Zählung zum Nachweis des individuellen Prozentsatzes, die einen Wert von 7,86 % ergab. Dabei wurde die Kürzung des Erstattungsanspruchs um ein Drittel über dem Landesprozentsatz von 2014 berücksichtigt; für 2015 liegt er noch nicht vor.

Aufwand

Der Aufwand für das Jahr 2015 betrug insgesamt T€ 15.116,9 (VJ: T€ 14.801,5), darunter:

	2015	2014
	T€	T€
Aufwand für Material und bezogene Leistungen	3.826,6	4.032,3
Personalaufwand	7.878,4	7.472,0
Abschreibungen	1.923,0	1.859,5



Im Personalaufwand schlagen sich die seit 01.01.2015 wirksamen Tarifveränderungen nieder.

Investitionen

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von insgesamt T€ 1.294 getätigt. Davon sind im Jahr 2015 drei neue Standard Gelenkbusse sowie ein Sprinter in Höhe von T€ 1.164 beschafft worden. Die neuen Busse sind barrierefrei und mit dem umweltfreundlichen Abgasstandard Euro 6 ausgestattet. Die Finanzierung erfolgte ohne Fördermittel, aus Krediten, den Verkaufserlösen der Altfahrzeuge und Eigenmitteln.

Für den barrierefreien Ausbau der Fährzugangswege Königstein und Halbestadt sowie für den eingeschränkten barrierefreien Umbau der Haltestellen Kurpark und Wasserfall bei der Kirnitzschalbahn wurden 2015 bereits Planungsleistungen erbracht, die in den Anzahlungen und Anlagen im Bau enthalten sind.

Darin sind weiterhin die Umstellung der Fahrplansoftware von DIWA3 auf DIWA4 mit ca. 70% der bereits erbrachten Leistungen enthalten.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Die Restarbeiten zur Wiederherstellung der Fähranlegestellen vom Elbe-Hochwasser 2013 wurden im Herbst 2015 abgeschlossen. Die Fördermittel dafür sind vollständig eingegangen.

Darstellung des Geschäftsergebnisses und der Lage

Vermögenslage

Insgesamt hat sich der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen weiterhin von 81,09 % auf 79,69 % verringert. Die Eigenkapitalquote hat sich ebenfalls ergebnisbedingt von 32,95 % auf 34,09 % erhöht.

Finanzlage

Die Liquidität war jederzeit gesichert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt T€ 1.319 (VJ.: T€ 1.492). Die Investitionen in das langfristig gebundene Vermögen (T€ 1.294) wurden im Wesentlichen durch die Aufnahme von Kreditmitteln (T€ 1.030) finanziert. Darüber hinaus wurden T€ 18 aus Verkaufserlösen von Anlagevermögen sowie zu T€ 246 aus der vorhandenen Liquidität verwendet.



Ertragslage

Das Ergebnis liegt bei T€ +9,6 (Plan: Verlust T€ -197,7 / T€ +207,3 gegenüber dem Plan).

Das Ergebnis 2015 wird beeinflusst von:

Positiv	Negativ
– Linienverkehr mit Bus: gutes Ergebnis aus Linienverkehr, Schülerverkehr und Einnahmeverteilung des VVO	– höhere Personalkosten durch Tarifvertrag
– Fördermittel (Restarbeiten) für das Elbe-Hochwasser 2013 wurden in voller Höhe ausgezahlt	
– gutes Ergebnis bei Verkehrseinnahmen Straßenbahn und Schienenersatzverkehr	
– geringer Kraftstoffpreis	

– Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagement

Das Unternehmen hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet, in dem Risiken definiert und Maßnahmen benannt sind. Der Geschäftsbetrieb wird unter anderem mit Hilfe des Wirtschaftsplanes und der monatlichen Analyse der Kosten- und Ertragsentwicklung überwacht und gesteuert. Damit können wirtschaftliche Risiken rechtzeitig erkannt und notwendige Änderungen zeitnah vorgenommen werden.

Die laufende Überwachung wird durch eine permanente Liquiditätskontrolle ergänzt, die täglich vorgenommen wird. Die benötigten Beträge werden bereitgestellt bzw. zeitweilige Liquiditätsreserven kurzfristig angelegt, ohne dabei Risiken einzugehen (keine derivativen Finanzinstrumente). Eine auf dem Liquiditätsplan basierende Vorschau der Kontoentwicklung für jeden Tag des Jahres, die ständig aktualisiert wird, gewährleistet dabei eine sichere Entscheidungsgrundlage.

Die OVPS ist gegen verschiedene Risiken über entsprechende Versicherungen abgesichert, überwiegend über die Haftpflichtgemeinschaft Deutscher Nahverkehrsunternehmen und die mit ihr verbundenen Unternehmen.



Als ständige größere Risiken sind vor allem folgende zu betrachten:

- Nicht vorhersehbare Preisschwankungen, u. a. bei Kraftstoff.
- Kürzung der öffentlichen Mittel:
Betriebskostenzuschüsse, Erstattungen nach SGB IX, Ausgleichszahlungen für Aus-
bildungsverkehr und Investitionszuschüsse sind ein ganz wesentlicher Bestandteil
der Finanzierung.
- Demografische Entwicklung:
Rückgang der Bevölkerung in der Region bzw. Änderung der Altersstruktur führt lang-
fristig zu einem Rückgang des Beförderungsbedarfs im Personenverkehr.

Der Entscheidungsspielraum eines ÖPNV-Unternehmens zur Abwendung von Risiken ist durch verschiedene Bedingungen und gesetzliche Vorschriften, die mit dem Linienverkehr verbunden sind, weitgehend eingeschränkt; im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird jedoch ständig daran gearbeitet. Die Erschließung von möglichen neuen Vorhaben muss sich stets dem Hauptzweck des Unternehmens unterordnen.

Vorhaben im Geschäftsjahr 2016

Die Weiterführung der Verkehrsleistungen ist im Wesentlichen im bisherigen Umfang vorge-
sehen.

Zusätzlich zu unseren Linienkonzessionen gehören ab 2016 die Linien A, B, 201 und 202 vom Reisedienst Dreßler. Dieser fährt diese Linien weiterhin als Nachauftragnehmer. Aus-
wirkungen bei den Erlösen und Erträgen sowie bei den Aufwendungen für die Anmietung für
Busse sind zu erwarten.

Für das Jahr 2016 wurde ein Verlust von T€ 266,5 geplant. Der Durchtarifierungsverlustaus-
gleich vom VVO wird 2016 in gleicher Höhe wie 2015 gezahlt. Bei den Fähren wird 2016
eine Zählung vorgenommen, die am Jahresende nach entsprechender Auswertung zu einer
entsprechenden Anpassung führen wird.

Beim Ausgleich für die Beförderung im Ausbildungsverkehr nach ÖPNVFinAusG ist trotz
erhöhter Sollkostensätze 2016 mit keiner Erhöhung der ausgereichten Mittel vom Freistaat
Sachsen zu rechnen. Die Erstattung der unentgeltlichen Beförderung Schwerbehinderter
nach SGB IX wird auf Basis der neuen Zählung von 2015 berechnet.



Auf der Kostenseite ist insbesondere mit einem höheren Lohnniveau zu rechnen. Der 2011 beschlossene Rahmentarifvertrag wurde zum 31.12.2015 gekündigt. Durch den bis 28.02.2017 geltenden Vergütungsvertrag ergeben sich 2016 weitere höhere Personalkosten.

Die weiterhin erforderliche kontinuierliche Erneuerung des Busbestands wird 2016 mit 11 Solobussen sowie 2 Standard Gelenkbussen fortgesetzt. Dafür wurden vom Landesamt für Straßenbau und Verkehr Fördermittel im ÖPNV-Förderprogramm des Freistaates Sachsen eingestellt.

Zwischen dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, der OVPS und der DB Regio laufen im Jahr 2016 Vertragsverhandlungen über den Kauf der Anteile des Regionalverkehrs Dresden (RVD).

Der barrierefreie Umbau aller Fährzugangswege wird 2016 mit Königstein, rechts- und linkselbisch fortgesetzt. Weiterhin ist vorgesehen der eingeschränkte barrierefreie Umbau der Haltestellen Kurpark und Wasserfall bei der Kirnitzschtalbahn.

Chancen – Risiken – Ausblick

Es gilt, sich unter den Bedingungen erhöhter Kosten und verringerter Mittelbereitstellung zu behaupten. Die konsequente Optimierung der Verkehrsabläufe bei Beibehaltung und Erweiterung des Leistungsumfangs führt zur Verbesserung der spezifischen Kosten.

Die OVPS ist stets bemüht, bei Konzentration auf die Hauptaufgaben des Unternehmens, die Attraktivität der Leistungen durch Angebote wie die „Fahrradbuslinien“, die grenzüberschreitende Buslinie in die Tschechische Republik und das Wanderschiff von Bad Schandau nach Hrensko zu erhöhen.

Als besondere Chance sehen wir in unserem Bediengebiet die Beförderung von Touristen im Rahmen des ÖPNV, die weniger der demografischen Entwicklung unterworfen ist.

Hohe Anforderungen stellt weiterhin der Schülerverkehr. Dabei entsteht zu Spitzenzeiten ein hoher Bedarf an Beförderungskapazitäten, jedoch wird keine durchgängige Auslastung über den Tagesablauf erreicht. Die seit Herbst 2009 gültige neue Schülerbeförderungssatzung wirkt sich weiter positiv auf die Einnahmen aus.



Mit der ab November 2016 beginnenden Verbundverkehrserhebung ist, bei derzeit geschätzten höheren Fahrgastzahlen, nachfolgend mit einer höheren Einnahmeaufteilung zu rechnen.

Die Ausgleichszahlungen für die Beförderung im Ausbildungsverkehr nach § 45a PBefG bis einschließlich 2008 wurden 2009 im Freistaat Sachsen abgelöst durch das Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNVFinAusG), das eine Ausreichung der Mittel über die Gebietskörperschaften vorsieht. Seit 2009 wird eine von den Verkehrsunternehmen im VVO akzeptierte Lösung der Aufteilung der Mittel praktiziert. Erhöhte Sollkostensätze für die Ausgleichszahlungen wurden ermittelt, jedoch sich daraus ergebende höhere Ausgleichszahlungen werden nicht erwartet, da nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Die Zahlung der Betriebskostenzuschüsse durch den Landkreis Sächsische Schweiz wurde im Verkehrsfinanzierungsvertrag ab 2010 festgeschrieben. Diese darin enthaltene Kürzung wird für 2016 beibehalten.

Die Gewährung von Zuschüssen für die Bereiche Fähre, Straßenbahn und Lehrausbildung ist nicht gesondert vertraglich vereinbart. Diese werden nach Bedarf durch die OVPS beantragt und vom Landkreis in Abhängigkeit von der Kassenlage beschieden.

Zur Sicherung der Schwerbehindertenerstattung wurde 2015 eine neue Zählung des Schwerbehindertenanteils durchgeführt, deren Ergebnis für 2015 und 2016 Gültigkeit hat.

Nicht beeinflussbar ist die weitere Entwicklung der Kraftstoffpreise. 2015 lag der Durchschnittspreis bei 0,89 €/l. Eine Vorhersage für 2016 ist nicht möglich.

Die Personalkosten werden mit dem am 27.11.2012 / 27.02.2015 abgeschlossenen Vergütungsvertrag im Jahr 2016 weiter steigen. Der seit 01.11.2011 gültige Rahmentarifvertrag wurde zum 31.12.2015 gekündigt. Die Auswirkungen der neuen Tarifforderungen sind noch nicht abzusehen.

Zum 31.12.2015 lagen die Genehmigungen zur Weiterführung der bestehenden Konzessionen für den Linienverkehr nach § 42 PBefG von der Landesdirektion Dresden für alle beantragten Linien bis Mai 2018 (1 Linie nur bis August 2017) vor. Für eine weitere Linie liegt eine Einstweilige Erlaubnis bis September 2016 vor; die endgültige Klärung wird erwartet.



Die Rechtmäßigkeit der Gewährung von Zuschüssen an ÖPNV-Unternehmen steht zunehmend unter öffentlicher Kontrolle. Von uns kann der Nachweis geführt werden, dass im Bereich des Linienverkehrs mit Bussen keine Überkompensation durch die Zuschüsse gegeben ist.

Am 3. Dezember 2007 wurde die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Die Verordnung trat am 3. Dezember 2009 in Kraft. Sie ist seit 01.01.2013 durch ein verändertes Personenbeförderungsgesetz in nationales Recht umgesetzt worden.

Die Entwicklung in der nächsten Zeit wird zeigen, wie sich die Rahmenbedingungen für eine Direktvergabe durch die Gebietskörperschaften als Auftraggeber entwickeln oder ob das Ausschreibungsverfahren favorisiert wird. Die OVPS erfüllt derzeit alle Voraussetzungen für eine Direktvergabe. Die seit 2010 erteilten Linienkonzessionen wurden nach dem PBefG beantragt und genehmigt, jedoch ist das Laufzeitende einheitlich so festgelegt worden, dass sie dann entsprechend der VO 1370/2007 als Linienbündel vergeben werden können.

Pirna, 04.04.2016

Uwe Thiele
Geschäftsführer



Bilanzdaten:

	2013 (in TEUR)	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Aktiva			
<i>Anlagevermögen:</i>			
Immaterielles Vermögen	0	0	1
Sachanlagen	14.492	13.594	12.937
<i>Umlaufvermögen:</i>			
Vorräte	142	98	94
Forderungen und sonst. Vermögen	623	751	710
Liquide Mittel	2.044	2.314	2.475
Aktiver RAP	4	7	19
Bilanzsumme	17.305	16.766	16.236
Passiva			
<i>Eigenkapital:</i>			
Gezeichnetes Kapital	2.600	2.600	2.600
Kapitalrücklage	3.451	3.451	3.451
Verlustvortrag	-767	-920	-525
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-153	394	10
Sonderposten	0	0	0
Sopo aus Investitionszuschüssen zum AV	6.876	6.073	5.366
Rückstellungen	533	594	567
Verbindlichkeiten	4.721	4.529	4.721
Passiver RAP	44	44	46
Bilanzsumme	17.305	16.766	16.236



GuV-Daten:

GuV	2013 Ist (in TEUR)	2014 Ist (in TEUR)	2015 Ist (in TEUR)
Umsatzerlöse	10.591	11.398	11.583
Betriebskostenzuschüsse	2.081	2.121	2.145
Sonst. betr. Erträge	1.341	1.365	1.383
Materialaufwand	3.947	4.032	3.826
Personalaufwand	7.019	7.471	7.878
Abschreibungen	1.841	1.859	1.923
Sonst. betr. Aufwendungen	1.035	1.237	1.374
Sonst. Zinsen und ähnl. Erträge	9	4	2
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	128	112	95
Ergebnis aus gew. Geschäftstätigkeit	52	176	17
+ außerord. Ergebnis	-190	234	2
sonst. Steuern	15	15	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	153	394	10



5.2 RVD – Regionalverkehr Dresden GmbH



5.2.1 Beteiligungsübersicht

RVD – Regionalverkehr Dresden GmbH

Anschrift:	Ammonstraße 25 01067 Dresden	Telefon:	0351 4921-320
		Telefax:	0351 4954-033
		E-Mail:	leitung@rvd.de
		Homepage:	www.rvd.de

Gründungsjahr: 1991

Rechtsform

GmbH

Gesellschafter/Stammkapital

Gesellschafter:	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge DB Regio AG, Sitz Frankfurt am Main
Stammkapital:	31.000 EUR
Anteil des Landkreises:	49 %

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen und Gütern im öffentlichen Linienverkehr, dabei insbesondere im öffentlichen Personennahverkehr einschließlich des Schienen- und Schienenersatzverkehrs, im Berufsverkehr, im freigestellten Schülerverkehr, im Mietomnibusverkehr sowie im Gelegenheitsverkehr. Ebenso erbringt das Unternehmen Leistungen in den Sonderformen des Linienverkehrs. Das Unternehmen ist auch berechtigt, die Organisation von touristischen Leistungen im Weißeritzkreis (*) vorzunehmen und diese zu vertreiben oder sich an Gesellschaften auf diesem Gebiet zu beteiligen. Das Unternehmen ist berechtigt, den Betrieb von Werkstätten für Fahrzeuginstandsetzungen zu unterhalten. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Omnibusse gewerbsmäßig an Dritte zu vermieten.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen in Hilfs- und Nebenbetrieben errichten, erwerben, pachten oder verpachten sowie Unternehmensverträge und Interessengemeinschaftsverträge schließen.

(*) Rechtsnachfolger : Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge



5.2.2 Finanzbeziehungen

Leistungen der RVD an den Landkreis	2013 (in TEUR)	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Gewinnabführung	156	---	107
Leistungen des Landkreises an die RVD			
Verlustabdeckungen	---	---	
Sonstige Zuschüsse	2.232	2.085	2.000
Übernommene Bürgschaften / sonst. Gewährleistg.			
Sonstige Vergünstigungen	---		

5.2.3 Organe

- Geschäftsführer
- Beirat
- Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer

Herr Uwe Thiele

Herr Christian Burisch (bis 31.03.2015)

Herr Andreas Putzer (ab 01.04.2015)

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

- Für die DB Regio AG, Sitz Frankfurt am Main, vertreten durch die DB Stadtverkehr GmbH, Frankfurt am Main, Herr Bernd Wölfel
- Für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Herr Michael Geisler, Landrat

Beirat

Mitglieder des Beirates:

Herr Bernd Wölfel
(Vorsitzender des Beirates)
Herr Michael Geisler, Landrat
(Stv. Vorsitzender des Beirates)
Herr Marco Mätze
Herr Uwe Rumberg
Herr Holger Waldhausen
Herr Frank Klingenhöfer



5.2.4 Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Anzahl der Mitarbeiter

Im Jahr 2015 waren durchschnittlich 295 Mitarbeiter im Unternehmen beschäftigt.

Namen und Beteiligungsanteile der Anteilseigner

Anteilseigner	%	TEUR
DB Regio AG, Sitz Frankfurt am Main	51	15,81
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	49	15,19
	100	31



5.2.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
<i>Vermögenssituation</i>			
Investitionsdeckung (%)	74,9	97,8	52,6
Vermögensstruktur (%)	67,4	64,0	71,7
Verschuldungsgrad (%)	70,6	75,8	75,0
<i>Kapitalstruktur</i>			
Eigenkapitalquote (%)	29,4	24,2	25,0
Eigenkapitalreichweite (Jahre)	k.A.	k.A.	k.A.
<i>Liquidität</i>			
Effektivverschuldung (TEUR)	3.791	4.207	6.182
kurzfristige Liquidität (%)	79,0	79,4	37,0
<i>Rentabilität</i>			
Eigenkapitalrendite (%)	10,8	-2,5	10,0
Gesamtkapitalrendite (%)	4,3	0,2	3,2
<i>Geschäftserfolg</i>			
Pro-Kopf-Umsatz (TEUR)	86	83	81
Arbeitsproduktivität (%)	252,1	236,8	228,2
Personalaufwandsquote (%)	39,7	42,2	43,8



5.2.6 Lagebericht LAGEBERICHT

- ζ **Angaben zur Unternehmensführung und zur Gesellschaft**
- ζ **Rahmenbedingungen**
- ζ **Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**
- ζ **Mitarbeiter**
- ζ **Nachhaltigkeit**
- ζ **Strategie**
- ζ **Weitere Informationen**
- ζ **Nachtragsbericht**
- ζ **Chancen- und Risikobericht**
- ζ **Prognosebericht**

Angaben zur Unternehmensführung und zur Gesellschaft

Die Regionalverkehr Dresden GmbH (RVD) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) nach deutschem Recht. Die Geschäftsführer führen die Geschäfte der RVD nach den Weisungen der Gesellschafterversammlung und des Beirats und im Rahmen von Gesetz und Satzung.

Die RVD ist eine 51-prozentige Tochtergesellschaft der DB Regio AG. 49 Prozent der Gesellschafteranteile hält der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Die DB Regio AG ist eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn AG (DB AG). Innerhalb des Deutsche Bahn Konzerns (DB-Konzern) ist die RVD dem Geschäftsfeld DB Regio zugeordnet. Die Organisationsstruktur des DB-Konzerns besteht im Wesentlichen aus neun Geschäftsfeldern, die von der konzernleitenden Managementholding DB AG geführt werden.

Die Anteile der DB AG befinden sich vollständig im Besitz des Bundes.

Die Geschäftsfelder DB Fernverkehr, DB Regio und DB Cargo werden durch das Vorstandsressort Verkehr und Transport geführt. Die internationalen Geschäftsfelder DB Arriva und DB Schenker sind dem Vorstandsressort Finanzen/Controlling zugeordnet. Die Geschäftsfelder DB Netze Fahrweg, DB Netze Personenbahnhöfe, DB Netze Energie und DB Dienstleistungen werden durch das Vorstandsressort Infrastruktur, Dienstleistungen und Technik geführt.

Die RVD ist insbesondere auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit Bussen im westlichen Teil des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und in Teilen der Landkreise Meißen und Bautzen tätig. In der Stadt Freital betreibt die RVD einen



Stadtverkehr, in Dippoldiswalde und Bannewitz werden Ortsverkehre durchgeführt. Zahlreiche Linien verbinden die Städte und Gemeinden des ländlichen Raumes mit der Landeshauptstadt Dresden.

Weitere Leistungen werden für Freigestellte Schülerverkehre, Gelegenheitsverkehre sowie Schienenersatzverkehre und Busnotverkehre erbracht. Die Schülerbeförderung der Landkreise ist weitestgehend in den ÖPNV integriert.

Die RVD ist berechtigt, Omnibusse gewerbsmäßig an Dritte zu vermieten.

Der Betrieb von Fernbuslinien durch die RVD wurde mit Wirkung zum 31. Oktober 2015 vollständig eingestellt.

Der Sitz der Geschäftsführung und der Standort eines Betriebshofes liegen in Dresden, weitere Standorte von Betriebshöfen befinden sich in den Städten Freital, Dippoldiswalde und Altenberg.

Die RVD ist Kooperationspartner des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe.

Das Berichtsjahr verlief für die RVD insgesamt erfolgreich. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg um 417 T€ auf 352 T€. Maßgeblich dafür waren im Wesentlichen der schrittweise Rückzug aus dem für die RVD defizitären Fernbuslinienmarkt, die Akquirierung von profitablen Neuleistungen, z. B. im Freigestellten Schülerverkehr, sowie Einsparungen vor allem im sonstigen betrieblichen Aufwand.

Rahmenbedingungen

Wirtschaftliches Umfeld

Der überwiegende Anteil unserer Aktivitäten wird durch die konjunkturelle Entwicklung in unserem Heimatmarkt Deutschland beeinflusst. Die weiterhin sehr positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und steigende Realeinkommen haben im Berichtsjahr die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland geprägt und die Gesamtnachfrage im Personenverkehr gesteigert.

Im Jahr 2015 wurde das Wirtschaftswachstum in Deutschland wie im Vorjahr vor allem durch die kräftige private Konsumnachfrage getragen. Unterstützend wirkte die Entwicklung der Exporte außerhalb der Währungsunion. Die steigende Nachfrage aus Europa und den USA wurde durch die schwache Entwicklung in China und anderen Schwellenländern teilweise kompensiert. Die Abwertung des Euro verbesserte dabei die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporte. Bevölkerungs- und Erwerbstätigenzahlen stiegen weiter an. Auch die verfügbaren Realeinkommen stiegen deutlich. Die Kraftstoffpreise gingen signifikant zurück.



Entwicklung auf den relevanten Märkten

Der deutsche Personenverkehrsmarkt wuchs im Jahr 2015 leistungsbedingt um über ein Prozent und damit etwas schwächer als im Vorjahr. Neben sozioökonomischen und konjunkturellen Faktoren stützte auch der intensive intermodale Wettbewerb dieses Wachstum. Fernbusanbieter und Low-Cost-Airlines bauten ihr Angebot aus. Eine dadurch veränderte Preiswahrnehmung der Kunden führte zu Leistungsverschiebungen zwischen den Verkehrsträgern. Zudem beeinflussten die Streikaktivitäten im Schienen- und Luftverkehr sowie anhaltend niedrige Kraftstoffpreise die Verkehrsmittelwahl.

Die Verkehrsleistung des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs stieg im Jahr 2015 um 1,0 %. Dieses Wachstum wurde durch eine positive Entwicklung im Buslinienfernverkehr getrieben. Hier wurde insbesondere das Angebot von grenzüberschreitenden Verkehren weiter ausgebaut. Die Dynamik blieb mit einer Zuwachsrate von rund 30 % hinter den Erwartungen zurück. Positiv wirkten zudem die Streiks im Schienen- und Luftverkehr. Die Verkehrsleistung des Busliniennahverkehrs nahm dagegen aufgrund anhaltend sinkender Schüler- und Auszubildendenzahlen weiter leicht ab. Dämpfend wirkte zudem die positive Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs.

Die Verkehrsleistung des DB-Konzerns im öffentlichen Straßenpersonenverkehr in Deutschland ging infolge einer schwächeren Nachfrage im Busliniennahverkehr sowie Bereinigungen des Geschäftsportfolios um 1,3 % zurück. Der Marktanteil des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs blieb stabil (6,4 %).

Die Betriebsleistung der RVD betrug im Geschäftsjahr 10,6 Mio. Buskilometer (Buskm; davon ÖPNV 8,7 Mio. Buskm; im Vorjahr: 11,1 Mio. Buskm, davon ÖPNV 8,6 Mio. Buskm). Die durch die RVD gefahrenen Personenkilometer (Pkm) liegen bei 165,3 Mio. Pkm (davon ÖPNV 107,4 Mio. Pkm; im Vorjahr: 172,4 Mio. Pkm, davon ÖPNV 107,5 Mio. Pkm). Die Anzahl der beförderten Personen belief sich im Berichtsjahr auf 12,6 Mio. Personen (davon ÖPNV 11,9 Mio. Personen; im Vorjahr: 12,5 Mio. Personen, davon ÖPNV 11,9 Mio. Personen).

Der leichte Rückgang der Verkehrsleistung im ÖPNV resultiert aus einer Reduzierung im ÖPNV für Jedermann, die jedoch durch einen Anstieg im Schüler- und Auszubildendenverkehr teilweise kompensiert werden konnte. Die Anzahl der beförderten Personen im ÖPNV ist dagegen nicht gesunken, da die Reduzierung im ÖPNV für Jedermann vollständig durch Zuwächse im Schüler- und Auszubildendenverkehr kompensiert werden konnte.

Außerhalb des ÖPNV wirkten dem starken Rückgang der Verkehrsleistung im Fernbuslinienverkehr Zuwächse im Freigestellten Schülerverkehr sowie im Gelegenheitsverkehr signifikant entgegen.



Prognose-Ist-Vergleich: Die Leistungsentwicklung im Berichtsjahr entspricht der im Lagebericht zum Geschäftsjahr 2014 abgegebenen Prognose für die Leistungsentwicklung im Geschäftsjahr 2015.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Umsatzentwicklung

Der Umsatz sank im Geschäftsjahr auf 23.757 T€ (im Vorjahr: 24.047 T€, -1,2 %). Ursächlich hierfür waren in erster Linie gesunkene Fahrgeldeinnahmen im Fernbuslinienverkehr.

Die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr nach dem sächsischen Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr – ÖPNVFin-AusG (bis 2008 nach § 45a PBefG) stiegen erneut leicht an auf nunmehr 3.343 T€ (im Vorjahr: 3.332 T€; +0,3 %). Dabei ist zusätzlich zu beachten, dass im Vorjahr noch größere periodenfremde Erträge für 2013 (72 T€) enthalten waren. Die vereinbarten Bestellerentgelte der Landkreise und Kommunen sanken 2015 erneut auf 4.558 T€ (im Vorjahr: 4.590 T€; -0,7 %). Hauptursache für die auf 503 T€ (im Vorjahr: 517 T€; -2,7 %) gesunkene Erstattung der Fahrgeldausfälle nach § 148 Sozialgesetzbuch ist der Wegfall der Erstattungen im Bereich des Fernbuslinienverkehrs. Die Reduzierung der Ausgleichszahlungen der Verkehrsverbände auf 1.227 T€ (im Vorjahr: 1.277 T€; -3,9 %) resultiert maßgeblich aus der Bestandseinnahmensicherung im Verkehrsverbund Oberelbe, die im Zusammenhang mit der Einführung eines geänderten Einnahmeaufteilungsschlüssels ab 2013 vereinbart wurde. Im Gegensatz zu 2014 waren 2015 durch die weiter angestiegenen Fahrgeldeinnahmen keine Ausgleichszahlungen mehr zur Absicherung des vereinbarten Basisniveaus 2012 notwendig.

Die Fahrgeldeinnahmen im ÖPNV stiegen im Berichtsjahr sowohl auf Grund von Preis- als auch von Mengeneffekten auf 10.291 T€ (im Vorjahr: 9.947 T€; +3,5 %) an.

Die Erlöse im Fernbuslinienverkehr sanken dagegen auf 341 T€ (im Vorjahr: 1.580 T€; -78,4 %). Infolge des anhaltend starken Konkurrenzdrucks auf dem Fernbuslinienmarkt mit deutlich gesunkenen Fahrkartenpreisen sowie niedrigeren Fahrgastzahlen wurde die von der Geschäftsführung getroffene Entscheidung zur schrittweisen Einstellung aller Aktivitäten der RVD in diesem Geschäftsfeld bis zum 31. Oktober 2015 vollständig umgesetzt.

Insbesondere aus dem weiteren Anstieg der Leistungen für die Dresdner Verkehrsbetriebe AG im Stadtverkehr Dresden resultiert eine Erhöhung des Umsatzes im Ersatzverkehr und Linienverkehr für andere Verkehrsunternehmen auf 1.767 T€ (im Vorjahr: 1.182 T€; +49,5 %).

Durch die Akquirierung weiterer Verkehre erhöhte sich der Umsatz im Freigestellten Schülerverkehr auf 936 T€ (im Vorjahr: 889 T€; +5,3 %).



Auch im Mietomnibusverkehr führten zusätzliche Leistungen zu einem Anstieg des Umsatzes auf 783 T€ (im Vorjahr: 714 T€; +9,7 %).

Die an die RVD ausgereichten ÖPNV-Linienkonzessionen haben eine Laufzeit bis 2017 (ca. 75 % der ÖPNV-Betriebsleistung) bzw. 2018 (ca. 25 % der ÖPNV-Betriebsleistung). Analog dazu wurden für die wesentlichen Verkehre entsprechende Verkehrsfinanzierungsverträge mit den jeweiligen Aufgabenträgern abgeschlossen.

Der Anteil des Umsatzes, der mit Gesellschaften des DB-Konzerns erzielt wurde, betrug 2015 2,1 % (im Vorjahr: 1,7 %).

Ergebnisentwicklung

Die Gesamtleistung der RVD verringerte sich 2015 auf 23.747 T€ (im Vorjahr: 24.041 T€; -1,2 %), was im Wesentlichen auf die bereits dargestellte Umsatzentwicklung zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken im Berichtsjahr auf 898 T€ (im Vorjahr: 1.122 T€; -20,0 %). Hauptursachen dafür sind niedrigere Erträge aus Materialverkäufen, aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Schadenersatz und Kostenerstattungen.

Der Materialaufwand sank auf insgesamt 10.578 T€ (im Vorjahr: 11.515 T€; -8,1 %). Maßgeblich für diese Verringerung sind vor allem niedrigere Aufwendungen für bezogene Auftragnehmerleistungen sowohl im Fernbuslinienverkehr als auch im ÖPNV, geringere Aufwendungen für Dieselkraftstoff sowie die erzielten Einsparungen bei den bezogenen Instandhaltungsleistungen. Dieser positive Trend wird sich durch die 2015 vorgenommene Beschaffung von 30 Neufahrzeugen weiter fortsetzen.

Der Personalaufwand wuchs im Geschäftsjahr insbesondere auf Grund der ab 1. März 2015 wirksam gewordenen Vergütungstarifsteigerung auf 10.412 T€ (im Vorjahr: 10.157 T€; +2,5 %) an.

Die Abschreibungen erhöhten sich auf 1.518 T€ (im Vorjahr: 1.452 T€; +4,5 %). Maßgeblich dafür sind vor allem die Ende 2014 sowie 2015 vollzogenen Zuführungen neuer Busse.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken im Berichtsjahr auf 1.711 T€ (im Vorjahr: 2.022 T€; -15,4 %), was im Wesentlichen in niedrigeren Aufwendungen für Mieten, Beratungsleistungen, Gebühren, Drucksachen sowie sonstige bezogene Serviceleistungen begründet ist.

Das Zinsergebnis verbesserte sich auf Grund gesunkener Zinsaufwendungen leicht auf -74 T€ (im Vorjahr: -82 T€; +9,8 %).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit deutlich um 417 T€ auf 352 T€ (im Vorjahr: -65 T€; +541,5 %) erhöht. Unter Berücksichtigung der



Ertragsteueraufwendungen wird ein Jahresüberschuss von 284 T€ (im Vorjahr Jahresfehlbetrag: -65 T€; +436,9 %) ausgewiesen.

Abweichungen von der prognostizierten Ertragslage

Prognose-Ist-Vergleich: Die Entwicklung der RVD im Berichtsjahr entspricht grundsätzlich der im Lagebericht zum Geschäftsjahr 2014 abgegebenen Prognose für die Entwicklung von Umsatz und Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Letzteres stieg jedoch insbesondere infolge des vollzogenen Komplettausstiegs aus dem Fernbuslinienmarkt sowie gleichzeitiger Substitution durch rentable Verkehrsleistungen stärker an als erwartet.

Finanzlage

Durch die Einbindung in den DB-Konzern kann die RVD die Refinanzierungsmöglichkeiten des DB-Konzerns nutzen. Das Finanzmanagement-System des DB-Konzerns ist im Konzernlagebericht des DB-Konzerns ausführlich beschrieben.

Das Treasury-Zentrum für den DB-Konzern ist in der DB AG angesiedelt. Hierdurch wird sichergestellt, dass alle DB-Konzerngesellschaften zu optimalen Bedingungen Finanzmittel aufnehmen und anlegen können. Vor der DB-konzernexternen Beschaffung von Finanzmitteln wird ein Finanzmittelausgleich innerhalb des DB-Konzerns vorgenommen. Mit diesem Konzept sichert der DB-Konzern einen bereichsübergreifenden Risiko- und Ressourcenverbund. Für den DB-Konzern sowie die RVD liegen die Vorteile in der Bündelung von Know-how, der Realisierung von Synergieeffekten sowie in der Minimierung der Refinanzierungskosten.

Die Kreditwürdigkeit des DB-Konzerns wird von den Rating-Agenturen Standard & Poor's (S&P) und Moody's laufend überprüft. Im Berichtsjahr haben beide Rating-Agenturen im Rahmen ihrer jährlichen Rating-Reviews die sehr guten Bonitätsbeurteilungen der DB AG bestätigt (Moody's: Aa1, S&P: AA). Die Ratings von S&P und Moody's sind damit seit der ersten Erteilung unverändert. S&P hat im Berichtsjahr allerdings den Ausblick für die Rating-Einstufungen von „stabil“ auf „negativ“ zurückgenommen. Details zu den Rating-Einstufungen der DB AG sind im Internet unter www.db.de/rating verfügbar.

Im Rahmen der DB-Konzernfinanzierung wird der RVD von der DB AG eine unbefristete Rahmenkreditlinie in Höhe von 4.000 T€ gewährt, die zur kurzfristigen Zwischenfinanzierung der Investitionen 2015 befristet für die Zeiträume vom 1. Dezember 2015 bis 31. März 2016 sowie vom 2. Mai 2016 bis 31. Oktober 2016 auf 7.700 T€ erhöht wurde. Diese Kreditlinie wurde im Berichtsjahr und am Bilanzstichtag in Höhe von 1.461 T€ in Anspruch genommen. Die Finanzierungskonditionen im Rahmen der DB-Konzernfinanzierung haben sich für die



RVD im Berichtsjahr nicht wesentlich verändert. Die Liquidität war auch im Geschäftsjahr 2015 jederzeit uneingeschränkt gewährleistet.

Die langfristigen Verbindlichkeiten haben sich im Berichtsjahr auf Grund der planmäßigen Tilgungsbeträge der in den Vorjahren aufgenommenen Darlehen stark verringert. Dagegen ist ein bedeutender Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten zu verzeichnen. Dieser resultiert vor allem aus den getroffenen Beschlüssen des Beirats und der Gesellschafterversammlung, die Aufnahme eines langfristigen Darlehens für die Investitionsfinanzierung 2015 zur Vermeidung von Vorfälligkeitsentschädigungen erst in Kenntnis des damals noch ausstehenden Ergebnisses der laufenden Verhandlungen über die künftige Gesellschafterstruktur der RVD zu entscheiden und vorzunehmen.

Zur Absicherung der Finanzierung für den Zeitraum nach dem 31. Oktober 2016 liegen der RVD verbindliche Angebote von Kreditinstituten über langfristige Darlehen in Höhe von insgesamt 5.200 T€ sowie ein verbindliches Angebot eines Kreditinstitutes über eine unbefristete Kontokorrentkreditlinie in Höhe von 3.000 T€ vor.

Investitionen

Die Brutto-Investitionen betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 5.543 T€ (im Vorjahr: 2.686 T€).

Die Netto-Investitionen, definiert als Brutto-Investitionen abzüglich erhaltener Investitionszuschüsse von Dritten, erhöhten sich auf 2.888 T€ (im Vorjahr: 1.484 T€).

Der Investitionsschwerpunkt lag in der Beschaffung von 30 neuen Bussen, wobei auf Grund der bei der RVD nachgewiesenen Voraussetzungen für eine Förderfähigkeit sowie der Bereitstellung aller beantragten Investitionszuschüsse durch den Freistaat Sachsen auch die ursprünglich für die Jahre 2016 und 2017 geplanten Netto-Investitionsbudgets bereits mit im Jahr 2015 realisiert wurden. Darüber hinaus erfolgte in geringem Umfang vor allem der Kauf von Betriebs- und Geschäftsausstattungen.

Das Bestellobligo für Investitionen erhöhte sich per 31. Dezember 2015 auf 1 T€ (im Vorjahr: 0 T€).

Finanzierung des Investitionsprogramms

Der Kapitalbedarf aus der Investitionstätigkeit wurde durch den Erhalt von Investitionszuschüssen (2.655 T€) sowie die befristete Erhöhung der durch die DB AG gewährten Rahmenkreditlinie (2.869 T€) gedeckt. Die verbleibende Investitionssumme (19 T€) wurde aus der Innenfinanzierung gedeckt. Hintergrund der kurzfristigen Zwischenfinanzierung der Investitionen 2015 durch eine befristete Erhöhung der Kreditlinie bei der DB AG war die Vermeidung von weiteren Vorfälligkeitsentschädigungen, wenn im Zuge der konzernexternen



Veräußerung der bisher durch die DB Regio AG gehaltenen Gesellschafteranteile an der RVD alle bestehenden DB-konzerninternen Finanzierungen abzulösen sind. Zur Absicherung der Finanzierung für den Zeitraum nach dem 31. Oktober 2016 liegen der RVD verbindliche Angebote von Kreditinstituten über langfristige Darlehen in Höhe von insgesamt 5.200 T€ vor.

Für künftige Investitionen gehen wir dagegen wieder davon aus, dass neben dem Erhalt von Investitionszuschüssen grundsätzlich bereits ab dem Zeitpunkt der Investitionen eine langfristige Fremdfinanzierung erfolgt.

Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr um 773 T€ auf 11.351 T€ (per 31. Dezember 2014: 10.578 T€; +7,3 %) erhöht.

Auf der Aktivseite resultiert diese Entwicklung im Wesentlichen aus der Erhöhung des Anlagevermögens um 1.367 T€ (+20,2 %), da die Netto-Investitionen in erheblichem Umfang über den Abschreibungen lagen. Sein Anteil an der Bilanzsumme stieg dadurch um 7,6 Prozentpunkte auf 71,6 %. Das Umlaufvermögen verringerte sich dagegen um 1.486 T€ (-39,0 %), wobei die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände vor allem in Folge der fehlenden Forderungen aus der Konzernfinanzierung im Rahmen des Cash-Pooling um insgesamt 1.461 T€ abnahmen. Der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen verringerte sich damit insgesamt um 15,5 Prozentpunkte auf 20,5 %. Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten haben sich insbesondere auf Grund von abgegrenzten Dauerleistungen in Form von käuflichen Garantierweiterungen für die 30 neu beschafften Busse um 892 T€ erhöht. Ihr Anteil am Gesamtvermögen stieg dadurch um 7,9 Prozentpunkte auf 7,9 %.

Auf der Passivseite haben sich sowohl das Eigenkapital als auch die Rückstellungen und die Verbindlichkeiten erhöht. Die Entwicklung des Eigenkapitals ist dabei durch den Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 284 T€ gekennzeichnet, der zusammen mit dem Verlustvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von -65 T€ zu einem Bilanzgewinn von 219 T€ führt. Die Eigenkapitalquote stieg bei gleichzeitig erhöhter Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um 0,8 % Prozentpunkte auf 25,0 %. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich vor allem wegen gestiegener Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um insgesamt 404 T€. Dennoch sank ihr Anteil am Gesamtkapital leicht um 0,9 Prozentpunkte auf 65,5 %. Die Erhöhung der Rückstellungen um 85 T€ resultiert insbesondere aus höheren Verpflichtungen im Personalbereich für Jubiläumszuwendungen, Überstundenguthaben sowie Urlaubsrückstände. Ihr Anteil am Gesamtkapital stieg dennoch nur leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 9,5 %.

Der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital verringerte sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 0,8 Prozentpunkte auf 75,0 %.



Das Deckungsverhältnis hat sich im Geschäftsjahr deutlich verschlechtert. Danach ist das Anlagevermögen auch zum 31. Dezember 2015 nicht vollständig durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel gedeckt. Dem entsprechend besteht weiterhin eine Unterdeckung des kurzfristigen Fremdkapitals durch kurzfristige Vermögenswerte. Liquiditätsschwierigkeiten ergeben sich daraus jedoch auf Grund der bei der DB AG bestehenden unbefristeten Rahmenkreditlinie von 4.000 T€, die am Bilanzstichtag und noch befristet bis zum 31. Oktober 2016 auf 7.700 T€ erhöht ist, nicht. Zur Absicherung der Finanzierung für den Zeitraum nach dem 31. Oktober 2016 liegt der RVD ein verbindliches Angebot eines Kreditinstitutes über eine unbefristete Kontokorrentkreditlinie in Höhe von 3.000 T€ vor.

Zusätzlich verweisen wir auf unsere Ausführungen im Abschnitt Finanzierung des Investitionsprogramms (Seite 8) sowie im Chancen- und Risikobericht (ab Seite 16).



Bilanzstruktur in % der Bilanzsumme	31.12.2015	31.12.2014
Aktiva		
Anlagevermögen	71,6	64,0
Umlaufvermögen	20,5	36,0
Rechnungsabgrenzungsposten	7,9	0,0
	100,0	100,0
Passiva		
Eigenkapital	25,0	24,2
Rückstellungen	9,5	9,4
Verbindlichkeiten	65,5	66,4
Zinspflichtige Verbindlichkeiten	(39,7)	(39,5)
	100,0	100,0
Bilanzsumme in T€	11.351	10.578

Mitarbeiter

Um eine bessere Vergleichbarkeit im Zeitablauf zu gewährleisten, rechnen wir die Zahl der Mitarbeiter im DB-Konzern in Vollzeitpersonen (VZP) um. Teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter werden dabei entsprechend ihrem Anteil an der regulären Jahresarbeitszeit berücksichtigt. Die Anzahl der in der RVD beschäftigten Mitarbeiter betrug per 31. Dezember 2015 299 Mitarbeiter (per 31. Dezember 2014: 294 Mitarbeiter einschließlich des bei der RVD angestellten Geschäftsführers), davon sind 27 befristete Arbeitsverhältnisse. Im Jahresdurchschnitt wurden 295 Mitarbeiter beschäftigt (im Vorjahr: 291 Mitarbeiter einschließlich des bei der RVD angestellten Geschäftsführers). 90 % der Beschäftigten sind im Produktionsprozess tätig, darunter 246 Fahrer, 12 Mitarbeiter Verkauf und Kundenbetreuung sowie 8 Mitarbeiter in der Instandhaltung. Die RVD beschäftigte am Jahresende 4 Auszubildende.

Hauptursache für die Erhöhung der Mitarbeiterzahl im Fahrbereich sind zusätzliche Leistungen im Freigestellten Schülerverkehr und im Linienverkehr für andere Verkehrsunternehmen sowie die Erhöhung der Eigenerbringungsquote im ÖPNV. Im Ergebnis konnten somit auch die verringerten Leistungen im Fernbuslinienverkehr durch andere Leistungen vollständig kompensiert werden.



Nachhaltigkeit

Mit der Strategie DB2020 hat der DB-Konzern einen rahmengebenden Ansatz geschaffen, der die Dimensionen Ökonomie, Soziales und Ökologie miteinander in Einklang bringt, um nachhaltigen Unternehmenserfolg und gesellschaftliche Akzeptanz sicherzustellen.

Der dreidimensionale Ansatz der Nachhaltigkeit ist nicht nur über die strukturelle Organisation und das DB-Konzernzielsystem sowie die Geschäftsfeldzielsysteme, sondern auch über das Leitbild und in den Konzernrichtlinien im DB-Konzern verankert. Das Leitbild beschreibt zudem Mission, Vision und Werte des DB-Konzerns. Da die Nachhaltigkeit ein entscheidendes Kriterium des Handelns des DB-Konzerns ist, werden die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit bereits im Leitbild des DB-Konzerns aufgegriffen: »Wir gestalten unsere Führungsposition entlang der Dimensionen Ökonomie, Soziales und Ökologie aus. Diese bringen wir in Einklang miteinander, um einen nachhaltigen Unternehmenserfolg und gesellschaftliche Akzeptanz sicherzustellen.«

Als Teil des DB-Konzerns trägt die RVD zur Erreichung der DB-Konzernziele bei. Die Zielsetzungen sind aus den Kundenbedürfnissen, der ökologischen Verträglichkeit und gesellschaftlichen Verantwortung abgeleitet.

Ergänzende Informationen zum Thema Nachhaltigkeit sind im Internet unter www.db.de/nachhaltigkeit verfügbar. Dort wird umfassend dargestellt, welche Beiträge zu einer nachhaltigen Gesellschaft der DB-Konzern als wichtiger Anbieter von Mobilitäts- und Logistikdienstleistungen sowie als einer der größten Arbeitgeber, Ausbilder und Auftraggeber Deutschlands leistet.

Zum Thema Nachhaltigkeit wird zudem im Konzernlagebericht des DB-Konzerns ausführlich Stellung genommen. Von den Erläuterungen zu § 289 Abs. 3 HGB (Nachhaltigkeitsbericht) wird in diesem Bericht daher abgesehen.

Strategie

Das Kerngeschäft von DB Regio Bus steht bereits seit einigen Jahren vor markt- und wettbewerbsseitigen Herausforderungen, deren Auswirkungen auch in 2015 spürbar waren:

(1) Stagnierendes oder rückläufiges Marktvolumen im adressierbaren Markt, insbesondere infolge der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum. In einzelnen Bundesländern sorgen Rekommunalisierungsbestrebungen für eine zusätzliche Reduzierung des adressierbaren Marktes.

(2) Zunehmender Wettbewerb in Folge einer weiter voranschreitenden Marktliberalisierung und der steigenden Tendenz zu wettbewerblichen Vergabeverfahren.



(3) Auf den ÖPNV-Markt drängen neue Player, die ihre Erfahrungen aus anderen Branchen und den Möglichkeiten der neuen Informationsmedien, zielgerichtet im Mobilitätsmarkt einsetzen.

Vor diesem Hintergrund setzt DB Regio Bus den eingeschlagenen Weg entlang von drei wesentlichen Stoßrichtungen konsequent fort:

1) Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

Im Rahmen spezifischer Entwicklungspläne wird die Anpassung der Regionen an die jeweilige Wettbewerbslage fortgesetzt. Hierzu zählen neben operativen Verbesserungen auch eine kontinuierliche Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation und eine Weiterentwicklung des Geschäftsportfolios. Darüber hinaus sind wir im Rahmen des Kulturellen Wandels bestrebt über Führungs- und Methodenschulungen und eine umfassende Informationspolitik die Voraussetzungen auf Seiten der Mitarbeiter und Führungskräfte für erfolgreiches Agieren am Markt zu gewährleisten.

2) Verbreiterung der Geschäftsbasis

Angesichts der begrenzten Wachstumsmöglichkeiten im Kerngeschäft wurden potenzielle, Kerngeschäft-nahe Wachstumfelder identifiziert, die mit neuen Geschäftsmodellen und Vertriebsansätzen adressiert werden.

Im Rahmen eines völlig überarbeiteten Geschäftsmodells ist ein verstärkter Eintritt in den nationalen und grenzüberschreitenden Fernbusmarkt perspektivisch nicht nur wirtschaftlich attraktiv, sondern wahrt auch strategische Optionen für den Personenverkehr der DB.

3) Nutzen der Digitalisierung für bestehende und neue Geschäftsmodelle

Mit vielfältigen Projekten und Kooperationen werden Grundsteine gelegt, um die Trends „Digitalisierung und Multimodalität“ erfolgreich zu nutzen. DB Regio Bus ist bestrebt mit eigenen digitalen Produkten die bestehenden Angebote für Kunden attraktiver zu machen und als Mobilitätsintegrator über die Steuerung der Produktion Synergien zu heben und neue Betätigungsfelder zu erschließen.

Für die RVD gilt es unter den Bedingungen steigender Kosten insbesondere für Personal und Material, die Ziele der Mittelfristplanung abzusichern. Neben leicht steigenden Fahrgeldeinnahmen sowie unter der Annahme nicht weiter absinkender öffentlicher Gelder werden dazu die bereits erfolgreich umgesetzten Maßnahmen zur Prozessoptimierung und Schaffung wettbewerbsfähiger Kosten- und Personalstrukturen konsequent fortgeführt sowie zusätzliche Kostensenkungspotenziale erschlossen.

Zur weiteren Steigerung der Attraktivität des ÖPNV werden Maßnahmen ergriffen, die zu einer Angebotsverbesserung und in deren Folge auch zu einer Nachfragesteigerung führen sollen.



Das bestehende Fahrzeugförderprogramm im Freistaat Sachsen unterstützt die Investitionsstrategie zur Erneuerung der Fahrzeugflotte. Durch die maximale Ausschöpfung dieser Zuschüsse im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte das Flottendurchschnittsalter gesenkt und damit ein Beitrag zur nachhaltigen Reduzierung des Instandhaltungsaufwandes in den kommenden Jahren geleistet werden.

Die komplizierte Entwicklung im Geschäftsfeld Fernbuslinienverkehr auf Grund des starken Wettbewerbsdruckes und ruinösen Preiskampfes hat 2015 zur vollständigen Einstellung dieses Geschäftsfelds bei der RVD geführt. Perspektivisch wird sich die RVD daher auf ihr Kerngeschäft ÖPNV sowie auf angrenzende Leistungen im Linienverkehr für andere Verkehrsunternehmen, insbesondere im Stadtverkehr Dresden, und im Freigestellten Schülerverkehr konzentrieren.

Weitere Informationen

Einführung eines Shared Service Center (SSC) Buchhaltung im DB-Konzern

Anfang April 2014 wurde der DB-konzernweite Aufbau einer zentralen SSC-Organisation beschlossen, in der die heute dezentral in den Geschäftsfeldern, Servicecentern oder DB-Konzernunternehmen erbrachten Buchhaltungsaufgaben in weiten Teilen zentral gebündelt werden. Das SSC Buchhaltung wird demnach als Servicefunktion Leistungen nach einheitlichen Prinzipien erbringen. Die DB-konzerninterne Zusammenarbeit mit dem SSC erfolgt nach definierten Standards und auf Basis von Geschäftsbesorgungsverträgen. Mit Hilfe der SSC-Organisation soll im gesamten DB-Konzern die Einführung innovativer Technologien und Prozesse zentral gesteuert und somit die Qualität und Effizienz der Rechnungswesenfunktionen weiter erhöht werden. Für die Implementierung wurde ein dreistufiger Pfad entwickelt.

- In Phase 1 erfolgte mit Wirkung zum 1. November 2014 eine Aufteilung der Rechnungswesenfunktionen in lokal verbleibende gesellschaftsspezifische Funktionen (Bilanzfunktionen) und Buchhaltungsfunktionen.
- In Phase 2 werden die in Phase 1 separierten Buchhaltungsfunktionen voraussichtlich mit Wirkung zum 1. April 2017 in eine dezentrale SSC-Struktur im Wege eines (Teil-)Betriebsübergangs auf die DB AG überführt und dem Konzernrechnungswesen unterstellt. Dezentrale SSC-Struktur bedeutet, dass die Mitarbeiter weiterhin an ihren bisherigen Standorten verbleiben.
- Innerhalb des SSC erfolgt in Phase 3 die Neuausrichtung der dezentralen SSC-Organisation in die prozessorientierte SSC-Zielorganisation.



DB- Konzern stellt umfassendes Programm zum Konzernumbau vor

Um der nicht zufriedenstellenden wirtschaftlichen Entwicklung des DB-Konzerns der letzten Jahre vor allem im Schienengeschäft in Deutschland (Eisenbahn in Deutschland) zu begegnen, hat der DB-Konzern Ende Juli 2015 ein Programm für den weitreichenden Umbau des DB-Konzerns vorgestellt.

Im DB-Konzern haben insbesondere der Schienenpersonenverkehr und -güterverkehr in Deutschland erheblich an Wettbewerbsfähigkeit und Profitabilität eingebüßt. Gleichzeitig besteht in diesen Geschäften in den nächsten Jahren ein umfangreicher Investitionsbedarf unter anderem für die Flottenmodernisierung. Um die Zukunftsfähigkeit des DB-Konzerns zu sichern, ist daher eine gute Finanzkraft unabdingbar. Im Zusammenhang mit dem DB-Konzernumbau wurde die doppelstöckige Holdingstruktur mit DB AG und DB Mobility Logistics AG (DB ML AG) zur Vermeidung von Redundanzen, zur Reduzierung von Abstimmungsaufwendungen sowie zur Beschleunigung von Entscheidungen aufgelöst. Zudem wurde der DB-Konzernvorstand von acht auf sechs Ressorts verkleinert. Ein Bestandteil der Reorganisation ist eine neue Geschäftsverteilung im DB-Konzernvorstand zur Bündelung der Geschäftsfelder der Eisenbahn in Deutschland im neuen Ressort Verkehr und Transport. Darüber hinaus werden die Servicefunktionen und internen Dienstleistungen im DB-Konzern neu strukturiert. Die DB-Konzernleitung soll auf die Ausübung von DB-Konzernleitungsfunktionen und Richtlinienkompetenz beschränkt werden.

Mit dem Konzernumbau will der DB-Konzern schlanker, schneller, effizienter sowie kundenorientierter und damit wettbewerbsfähiger werden. Neben wettbewerbsfähigeren Kostenstrukturen auch in der DB-Konzernleitung geht es vor allem um die Erreichung einer höheren Qualität, einer stärkeren Ausrichtung auf den Kunden und seiner Bedürfnisse sowie um mehr Wirtschaftlichkeit, insbesondere in den Geschäften der Eisenbahn in Deutschland. Teil des Konzernumbaus ist auch das mehrere Jahre angelegte Programm Zukunft Bahn. Von August bis Dezember 2015 arbeiteten fünf Projektteams mit unterschiedlichen Themen an der Neuaufstellung des DB-Konzerns, darunter das zentrale Projekt „Zukunft Bahn“ mit einem Team von Spezialisten aus allen Geschäftsfeldern. Nach der Aufsichtsratssitzung Mitte Dezember 2015 hat die Umsetzungsphase begonnen: Im ersten Schritt werden im Jahr 2016 an vielen Stellen schnelle operative Verbesserungen umgesetzt, um für die Kunden „Ärgernisse zu beseitigen“. Im Zeithorizont II bis 2020 „Qualität, die überzeugt“, wird der Großteil der entwickelten Maßnahmen umgesetzt. Im Zeithorizont III „Leistung, die begeistert“ werden langfristig wirksame Maßnahmen ergriffen.

Im Zuge des vorgestellten DB-Konzernumbaus wurde zudem eine weitere Vereinfachung der Markenarchitektur beschlossen. Zur Stärkung des Marktauftritts treten zukünftig der DB-Konzern, der nationale und grenzüberschreitende Personenverkehr, die Infrastrukturge-



schäftsfelder sowie der Schienengüterverkehr einheitlich unter der Bildmarke „DB“ auf. Mit der Vereinfachung der Markenarchitektur erfolgt die markenseitige Umsetzung des Verschlinkungsprozesses, der mit dem DB-Konzernumbau eingeleitet wurde. Die Markenauftritte der internationalen Geschäftsfelder DB Schenker und DB Arriva bleiben in der bisherigen Form bestehen.

Entsprechend der im Berichtsjahr neu eingeführte Führungsstruktur sowie der geänderten Markenarchitektur haben sich auch die Bezeichnungen der Geschäftsfelder des DB-Konzerns verändert.

Nachtragsbericht

Im Rahmen der zwischenzeitlich abgeschlossenen Verhandlungen über einen Verkauf der bisher von der DB Regio AG an der RVD gehaltenen Anteile an die im vollständigen Besitz des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge befindliche OVPS - Oberelbische Verkehrsgesellschaft Pirna-Sebnitz mbH haben sich beide Gesellschafter auf den Anteilsverkauf mit Wirkung ab 1. Januar 2017 geeinigt, in dessen Zuge auch die im Chancen- und Risikobericht genannten wesentlichen Risiken für die RVD signifikant abgemildert werden bzw. gänzlich entfallen. Die erforderliche Zustimmung des Kreistages des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zu dem ausgehandelten Kauf- und Abtretungsvertrag über einen Geschäftsanteil wird am 26. September 2016 erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Mit den Geschäftsaktivitäten der RVD sind neben Chancen auch Risiken verbunden. Dabei zielt die Geschäftspolitik des DB-Konzerns sowohl auf die Wahrnehmung von Chancen als auch im Rahmen des Risikomanagements auf eine aktive Steuerung identifizierter Risiken. Die hierfür notwendige Informationsaufbereitung erfolgt bei der RVD im integrierten Risikomanagementsystem, das an den gesetzlichen Anforderungen ausgerichtet ist. Dieses System wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Chancen aus eigenen Maßnahmen oder verbesserten Markt- und Umfeldbedingungen

Ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Aktivitäten liegt im Bereich der Verbesserung der Leistungs- und Servicequalität für unsere Kunden. Wir sehen hierin Chancen für zusätzliche Verbesserungen des Kundenzuspruchs.

Das relevante gesamtwirtschaftliche Umfeld könnte sich insgesamt besser entwickeln als bisher erwartet. Daraus resultierende Abweichungen würden sich positiv auf den DB-



Konzern und seine Geschäftsfelder auswirken. Unsere strategische Ausrichtung und unsere Marktposition eröffnen uns hier Chancen, von einer positiveren konjunkturellen Entwicklung zusätzlich zu profitieren.

Wesentliche Risiken und Maßnahmen zu ihrer Begrenzung

Risiken der RVD liegen vor allem in den folgenden Bereichen:

- ⚡ **Leistungsverluste wegen Direktvergaben an andere Unternehmen bzw. Ausschreibungsverluste:** Der Kreistag des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat in seiner Sitzung am 14. September 2015 die Vergabe des Verkehrsnetzes 3 in Form einer Direktvergabe an einen internen Betreiber beschlossen. Das Verkehrsnetz 3 umfasst die heutigen Bestandsverkehre der RVD auf dem Territorium des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge einschließlich der Gebietsgrenzen überschreitenden Verkehre, für die der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ÖPNV-Aufgabenträger ist. Die den Verkehren zu Grunde liegenden aktuellen Konzessionen haben noch eine Laufzeit bis zum August 2017. Da auf Grund der bisherigen Gesellschafterstruktur keine Direktvergabe an die RVD möglich wäre, würde ab August 2017 ein wesentlicher Teil der Verkehrsleistung entfallen. Zur Vermeidung dieses Risikos hatten deshalb die Gesellschafter der RVD Verhandlungen über einen Verkauf der bisher von der DB Regio AG gehaltenen Anteile an den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge oder an die landkreiseigene OVPS - Oberelbische Verkehrsgesellschaft Pirna-Sebnitz mbH aufgenommen. Mit der für Mitte Oktober 2016 geplanten Unterzeichnung des Vertrages über den Verkauf der bisher von der DB Regio AG gehaltenen Anteile an die landkreiseigene OVPS - Oberelbische Verkehrsgesellschaft Pirna-Sebnitz mbH wird die Direktvergabefähigkeit der RVD hergestellt, so dass dieses Risiko entfällt.

- ⚡ **Rückzahlung von Erstattungsleistungen nach § 148 SGB IX:** Durch die aktuellen gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse mit der DB Regio AG als Mehrheitsgesellschafter hätten die Anträge auf Erstattungsleistungen nach § 148 SGB IX (Schwerbehindertenbeförderung) seit 2004 nicht mehr beim Freistaat Sachsen (aktuell beim Kommunalen Sozialverband Sachsen – KSV Sachsen), sondern beim Bundesverwaltungsamt (BVA) gestellt werden müssen. Es bestand deshalb das Risiko, dass der Freistaat Sachsen für die Jahre 2004 bis 2013 die ausgezahlten Gelder zurückfordert, gleichzeitig aber wegen Fristablauf keine rückwirkenden Anträge beim BVA gestellt werden können. Im Ergebnis der eingehenden rechtlichen Beurteilung auf DB-Konzern-Ebene sowie eines externen Rechtsgutachtens wurden die zuständigen Behörden im August 2015 durch die RVD über den Sachverhalt aktiv informiert und die Antragstellung umgehend rechtskonform



umgestellt. Es liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, dass die beteiligten Behörden eine Rückforderung betreiben. Zudem ist seit der umfassenden Information der zuständigen Behörden mittlerweile die maßgebliche Verjährungsfrist von einem Jahr verstrichen. Unter Berücksichtigung des derzeitigen Kenntnisstandes geht die RVD-Geschäftsführung trotz der bekannten formalen Mängel bei der Antragstellung der Erstattungsleistungen nach SGB IX davon aus, dass das Risiko der Rückforderung der Erstattungsleistungen weit unter 25 % liegt und es damit aus heutiger Sicht unwahrscheinlich ist, dass Rückzahlungen von der RVD für die betroffenen Jahre gefordert werden. Deshalb wurden im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 auch keine Rückstellungen für dieses Risiko gebildet.

§ **Finanzierungsrisiken:** Bis zu einer endgültigen Entscheidung darüber, ob die DB Regio AG ihre Gesellschafteranteile an der RVD veräußert, wurde für die Investitionsfinanzierung 2015 zur Vermeidung weiterer Vorfälligkeitsentschädigungen eine Zwischenfinanzierung über die Erhöhung der Kreditlinie bei der DB AG um 3.700 T€ auf insgesamt 7.700 T€ vorgenommen. Die Erhöhung war zunächst bis zum 31. März 2016 befristet und wurde anschließend nochmals für den Zeitraum vom 2. Mai 2016 bis 31. Oktober 2016 verlängert. Zur Absicherung dieser Finanzierungsrisiken liegen der RVD für den Zeitraum nach dem 31. Oktober 2016 verbindliche Angebote von Kreditinstituten über langfristige Darlehen in Höhe von insgesamt 5.200 T€ vor, so dass die RVD davon ausgehen kann, eine langfristige Finanzierungsvereinbarung auch für die 2015 getätigten Investitionen abschließen zu können.

§ **Produktion und Technik:** Betriebsstörungen und daraus resultierende Verspätungen oder Ausfälle können zu Pönalezahlungen an die entsprechenden Bestellerorganisationen führen. Diesem Risiko begegnen wir mit der systematischen Wartung unserer Fahrzeuge und technischer Einrichtungen und dem Einsatz qualifizierter Mitarbeiter sowie mit kontinuierlicher Qualitätssicherung und Verbesserung der Prozesse.

§ **Absatzmarkt:** Vor dem Hintergrund der Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte existiert das Risiko, dass das Niveau der Bestellerentgelte für zukünftige Vergaben oder bestehende Leistungen gekürzt wird. Wir begegnen diesem Risiko, indem wir unser Leistungsangebot entsprechend anpassen und die Fahrgeldeinnahmen steigern. Ein zusätzliches Risiko resultiert daraus, dass vertraglich vereinbarte Durchreichungen für Energie- und Infrastrukturkosten angesichts der Finanzlage der Länder unter Umständen nicht bezahlt werden können. Hier führen wir frühzeitig Gespräche mit Aufgabenträgern zur Sondierung von Lösungsstrategien.



- ζ **Gesamtwirtschaftliche Entwicklung:** Unsicherheiten bestehen durch die möglichen Auswirkungen der Staatsschuldenkrise in Europa auf die konjunkturelle Entwicklung in den nächsten Jahren. Für die RVD ist insbesondere die Entwicklung der wesentlichen konjunkturellen Einflussfaktoren von Bedeutung.
- ζ **Regulierungsrisiken:** Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen auf nationaler oder europäischer Ebene können Risiken für unser Geschäft zur Folge haben.
- ζ **Zusätzlich existieren für die RVD die folgenden Risiken:**
 - **Personalrisiken** unter anderem durch höhere Tarifabschlüsse als bei Wettbewerbern, die einen zusätzlichen Wettbewerbsnachteil in der Personalkostenstruktur bedeuten
 - **Beschaffungs-/Energiamarktrisiken** aus schwankenden Einkaufspreisen für Energie und Transportleistungen
 - **IT-/Telekommunikationsrisiken** zum Beispiel in Form eines unzureichenden IT-Managements, das zu schwerwiegenden Geschäftsunterbrechungen führen kann. Wir setzen eine Vielzahl von Methoden und Mitteln ein, um diese Risiken zu minimieren.
 - **Übrige Risiken**, zum Beispiel rechtliche Risiken (u. a. Schadenersatzansprüche oder Rechtsstreitigkeiten)

Umfassendes Risikomanagementsystem

Die Grundsätze der Risikopolitik werden von der Konzernleitung des DB-Konzerns und vom Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge vorgegeben und durch die RVD umgesetzt. Im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems wird dem Beirat der RVD, der DB Regio AG und dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge quartalsweise berichtet. Für außerhalb des Berichtsturnusses auftretende Risiken und Fehlentwicklungen besteht eine unmittelbare Berichtspflicht. Akquisitionsvorhaben unterliegen zusätzlich einer besonderen Überwachung.

Im Risikomanagementsystem des DB-Konzerns wird die Gesamtheit der Risiken unter Berücksichtigung von Wesentlichkeitsgrenzen in einem Risikoportfolio sowie einer detaillierten Einzelaufstellung abgebildet. Die im Risikobericht erfassten Risiken sind kategorisiert und nach Eintrittswahrscheinlichkeiten klassifiziert. Die Analyse umfasst neben den möglichen Auswirkungen zugleich die Ansatzpunkte und die Kosten von Gegenmaßnahmen.

Bewertung der derzeitigen Risikoposition

Im Hinblick auf die vorgenannten Risiken sind die Risiken Leistungsverluste wegen Direktvergaben an andere Unternehmen bzw. Ausschreibungsverluste sowie Rückzahlung von



Erstattungsleistungen nach § 148 SGB IX bezogenen auf die betragsmäßige Höhe am bedeutendsten. Bezüglich dieser Risiken hat sich die Risikoposition im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht.

Als Ergebnis unserer Analyse von Risiken, Gegenmaßnahmen, Absicherungen und Vorsorgen sind auf Basis der gegenwärtigen Risikobewertung keine bestandsgefährdenden Risiken vorhanden.

Prognosebericht

Konjunkturelle Aussichten

Die Aussichten für die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2016 basieren auf der Annahme keiner weiteren Verschlechterung der geopolitischen Entwicklung.

Für Deutschland wird im Jahr 2016 eine leichte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums erwartet. Getrieben wird dies durch die gute Beschäftigungssituation und steigende Einkommen. Auch der Zustrom von Migranten entfaltet kurzfristig positive Impulse auf den privaten und staatlichen Konsum. Zudem dürfte die fortschreitende Erholung des Euro-Raums positive Effekte auf die innereuropäischen Exporte haben.

Voraussichtliche Entwicklung der relevanten Märkte

Im öffentlichen Straßenpersonenverkehr rechnen wir mit einer differenzierten Entwicklung. Für den Busliniennahverkehr rechnen wir in unserem Verkehrsgebiet insbesondere infolge leicht steigender Schüler- und Auszubildendenzahlen mit einem weiteren moderaten Leistungszuwachs. Für den Buslinienfernverkehr wird zwar generell eine weitere deutliche Leistungsexpansion infolge eines fortgesetzten Angebotsausbaus erwartet, dies allerdings ohne unmittelbare Beteiligung der RVD.

Voraussichtliche Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen

Im Rahmen der Verkehrspolitik und des regulatorischen Umfelds ist nicht auszuschließen, dass insbesondere die Gesetzesinitiative zur Umsetzung der Richtlinie 2012/34/EU (Eisenbahnregulierungsgesetz) zukünftig spürbare Auswirkungen auf unsere Geschäftstätigkeit haben kann. Im Hinblick auf die derzeitigen Planungen gehen wir jedoch davon aus, dass eine etwaige Umsetzung keinen wesentlichen Einfluss auf den Verlauf des Geschäftsjahres 2016 nehmen wird.



Voraussichtliche Entwicklung der RVD im Geschäftsjahr 2016

- ζ Leistung: Insgesamt wird mit einer Reduzierung der Verkehrsleistung gerechnet, die insbesondere aus der Einstellung der Aktivitäten im Fernbuslinienverkehr resultiert.
- ζ Umsatz: Im ÖPNV wird eine moderate Umsatzsteigerung vor allem durch Fahrpreiserhöhungen erwartet. Bei den Bestellerentgelten und Ausgleichszahlungen wird es zu keinen wesentlichen Veränderungen kommen. Der Umsatz im Fernbuslinienverkehr wird komplett entfallen.
- ζ Ergebnis: Als Resultat der insgesamt prognostizierten leichten Umsatzreduzierung, begleitet von Aufwandssteigerungen insbesondere im Personalbereich und bei den Abschreibungen sowie verringerter periodenfremder Erträge erwarten wir für 2016 ein positives Ergebnis leicht unterhalb des Ergebnismiveaus des Geschäftsjahres 2015.

Die Einschätzungen stehen wie immer unter den nachfolgend genannten Vorbehalten.

Zukunftsbezogene Aussagen

Dieser Lagebericht enthält Aussagen und Prognosen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der RVD beziehen. Diese Prognosen stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis aller uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen haben. Sollten die den Prognosen zugrunde liegenden Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie sie beispielsweise im Risikobericht genannt werden – eintreten, können die tatsächlichen Entwicklungen und Ergebnisse von den derzeitigen Erwartungen abweichen.

Die RVD übernimmt keine Verpflichtung, die hierin enthaltenen Aussagen zu aktualisieren.

Dresden, 23. September 2016

Uwe Thiele
Geschäftsführer

Andreas Putzer
Geschäftsführer



Bilanzdaten:

	2013 (in TEUR)	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Aktiva			
<i>Anlagevermögen:</i>			
Immaterielles Vermögen	71	179	124
Sachanlagen	6.659	6.583	8.005
Finanzanlagen (Beteiligungen)	0	0	0
<i>Umlaufvermögen:</i>			
Vorräte	83	79	56
Forderungen und sonst. Vermögen	2.957	3.582	2.122
Liquide Mittel	216	150	148
Aktiver RAP	3	4	896
Bilanzsumme	9.989	10.578	11.351
Passiva			
<i>Eigenkapital:</i>			
Gezeichnetes Kapital	31	31	31
Kapitalrücklage	2.577	2.577	2.577
Gewinnrücklagen	16	16	16
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	318	-65	219
Rückstellungen	1.245	997	1.082
Verbindlichkeiten	5.802	7.021	7.426
Bilanzsumme	9.989	10.578	11.351



GuV-Daten:

GuV	2013 Ist (in TEUR)	2014 Ist (in TEUR)	2015 Ist (in TEUR)
Umsatzerlöse	24.403	24.047	23.757
Bestandsveränderungen	+9	-6	-10
Sonst. betr. Erträge	908	1.122	898
Materialaufwand	11.725	11.515	10.578
Personalaufwand	9.679	10.157	10.412
Abschreibungen	1.408	1.452	1.518
Sonst. betr. Aufwendungen	1.961	2.022	1.711
Zinsergebnis	-105	-82	74
Ergebnis aus gew. Geschäftstätigkeit	442	-65	352
Steuern von Einkommen und vom Ertrag	124	0	68
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	318	-65	284
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	65
Bilanzgewinn	318	-65	219



5.3 GVS – Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft Sächsische Schweiz mbH



5.3.1 Beteiligungsübersicht

GVS – Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft Sächsische Schweiz mbH

Anschrift:	Schloßpark 28 01796 Pirna	Telefon:	03501 562-90
		Telefax:	03501 562-911
		E-Mail:	info@gvs-pirna.de

Gründungsjahr: 1990

Rechtsform

GmbH

Gesellschafter/Stammkapital

Gesellschafter:	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Stammkapital:	25.600 EUR
Anteil des Landkreises:	100 %

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Abschluss von Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, die Verwaltung kommunaler Grundstücke und darauf befindlicher oder noch zu errichtender Gebäude, das Betreiben kommunaler Einrichtungen sowie der Abschluss von Miet- und Pachtverträgen über Gebäude oder Gebäudeteile, insbesondere Wohnungen.

Hauptaufgabe der GVS ist neben der Verpachtung und Verwaltung unbebauter und bebauter Grundstücke die Akquisition, die Errichtung oder die Anmietung von Gebäuden zur Unterbringung von Flüchtlingen nach § 5 SächsFlüAG.



5.3.2 Finanzbeziehungen

Leistungen der GVS an den Landkreis	2013 (in TEUR)	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Gewinnabführung	---	---	---
Leistungen des Landkreises an die GVS			
Verlustabdeckungen	---	---	---
Sonstige Zuschüsse	---	---	11.636
Übernommene Bürgschaften / sonst. Gewährleistg.	---	---	---
Sonstige Vergünstigungen	---	---	---

5.3.3 Organe

- Geschäftsführung
- Aufsichtsrat
- Gesellschafterversammlung

Geschäftsführerin

Frau Jana Thiele (bis 06.07.2015)

Frau Margitta Gärtner (ab 07.07.2015)

Mitglieder der Gesellschafterversammlung/Aufsichtsrat

Gesellschafterversammlung: Herr Michael Geisler, Landrat

Aufsichtsrat:
Herr Jörg Mildner
(Aufsichtsratsvorsitzender)
Herr Klaus Heidrich
(stv. Aufsichtsratsvorsitzender)
Herr Steffen Wolf
Herr Thomas Schumann
Frau Kati Hille



5.3.4 Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers

NS+P Dr. Neumann und Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Anzahl der Mitarbeiter

Durchschnittlich waren im Berichtszeitraum 6,25 Mitarbeiter tätig.

Namen und Beteiligungsanteile der Anteilseigner

Anteilseigner	%	TEUR
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	100	25,6



5.3.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
<i>Vermögenssituation</i>			
Anlagenintensität (Vermögensstruktur) (%)	63,61	63,55	24,95
<i>Kapitalstruktur</i>			
Eigenkapitalquote (%)	98,74	98,89	7,01
<i>Liquidität</i>			
kurzfristige Liquidität (%)	2.883,99	3.281,98	1.172,69
<i>Rentabilität</i>			
Eigenkapitalrendite (%)	3,01	0,25	0,58
Umsatzrentabilität (%)	96,37	8,01	0,33

5.3.6 Lagebericht (Auszug)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

Geschäftsverlauf

Die Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft Sächsische Schweiz mbH (GVS) realisierte im I. Halbjahr des Geschäftsjahres 2015 im Auftrag des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die Verpachtung und Verwaltung bebauter und unbebauter Grundstücke, insbesondere des Beruflichen Schulzentrums für Technik und Wirtschaft (BSZ), Pirna-Copitz. Die daraus resultierende Erbbaupacht ist eine Einnahmequelle der Gesellschaft.

Mit Beschluss des Kreistages vom 18.05.2015 wurde der Gesellschaftszweck der GVS wie folgt erweitert:

„Der Abschluss von Miet- und Pachtverträgen über Gebäude oder Gebäudeteile, insbesondere Wohnungen.“ Die Rechtsaufsichtsbehörde genehmigte mit Bescheid vom 04.09.2015 diese Änderung. Gleichzeitig wurde der Erweiterung des Geschäftsumfangs aufgrund der Herrichtung und Übernahme der Betreuung von Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen für Personen im Sinne des § 5 Sächsisches Flüchtlingsaufnahmegesetz (SächsFlüAG), was eine wesentliche Veränderung der Gesellschaft im Sinne der Sächsischen Gemeindeordnung darstellt, zugestimmt. Das bedeutet, dass die Gesellschaft zukünftig Aufgaben der Akquise, des Baus und der Betreuung von Unterkünften erfüllt.

Im Kreistag am 06.07.2015 erfolgte durch Beschlussfassung die Abberufung der bisherigen Geschäftsführerin, Frau Jana Thiele, sowie die Bestellung der neuen Geschäftsführerin, Frau Margitta Gärtner, die mit Wirkung vom 07.07.2015 die Gesellschaft leitet.



Die notarielle Beurkundung beider Änderungen erfolgte am 15.07.2015; die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 05.08.2015.

Hauptaufgabe der GVS ist neben der Verpachtung und Verwaltung unbebauter und bebauter Grundstücke die Akquisition, die Errichtung oder die Anmietung von Gebäuden zur Unterbringung von Flüchtlingen nach § 5 SächsFlüAG. Zur Bewältigung dieser Aufgaben und zur Sicherung der Finanzierung wurde zwischen dem Landkreis und der GVS ein Geschäftsbesorgungsvertrag geschlossen.

Die Gesellschaft begann im Juli 2015 mit der aktiven Umsetzung dieser Aufgabe. Neben der Geschäftsführerin war zunächst ein weiterer Mitarbeiter in der GVS beschäftigt. Bis zum Jahresende 2015 wurden im Unternehmen bereits 17 Mitarbeiter beschäftigt. Damit war auch ein Umzug in neue Büroräume verbunden. Neben dem Personalaufbau, deren Einarbeitung und der Koordination der neuen Aufgaben, musste die Verwaltung organisiert und strukturiert werden. Dies kam einer Firmenneugründung gleich.

Gemäß Unterbringungskonzept des Landkreises wurde im Jahr 2015 noch mit dem Ausbau von 4 Gemeinschaftsunterkünften für die Unterbringung von Personen nach § 5 SächsFlüAG begonnen. Davon befindet sich 1 Objekt im kommunalen Eigentum, 2 weitere Objekte wurden angemietet und 1 Gebäude wurde durch die GVS käuflich erworben. In allen Gemeinschaftsunterkünften erfolgten Investitionsmaßnahmen, um die Häuser für die Unterbringung entsprechend herzurichten. Alle Objekte wurden in kurzer Zeit entsprechend der Verwaltungsvorschrift des Freistaates zur Unterbringung von Asylbewerbern ausgebaut und mit entsprechendem Mobiliar und Geräten ausgestattet, insbesondere unter Beachtung der geforderten Sicherheits- und Brandschutzvorschriften.

Durch die GVS wurden im Geschäftsjahr 2 Objekte und 1 Grundstück im Gesamtwert von 965,0 TEUR käuflich erworben. Für die Herrichtung und Ausstattung der Unterkünfte und die Ausstattung der Geschäftsstelle wurden zusätzlich 2.386 TEUR investiert.

Für die Investitionen stellt der Landkreis auf der Grundlage weiterer Kreistagsbeschlüsse vom 14.09.2015 sowie vom 09.11.2015 rückzahlbare Investitionszuschüsse in Höhe von bis zu 19.242,5 TEUR sowie Fördermittel in Form der Investitionspauschale in Höhe von 1.170,0 TEUR (Brutto) zur Verfügung.

Am 01.10.2015 nahm die GVS die erste Gemeinschaftsunterkunft mit 80 Plätzen, im November ein weiteres Objekt mit 62 Plätzen und im Dezember das dritte Haus mit 64 Plätzen in Betrieb. Neben der Eigenbetriebsführung von 3 Objekten wurde im Dezember 2015 auf der Grundlage von Gremienbeschlüssen in einer Gemeinschaftsunterkunft, die die GVS angemietet hat, ein Betreibervertrag mit einem Dritten abgeschlossen. Der Wachschatz wird in allen Gemeinschaftsunterkünften durch Drittfirmen abgesichert.

Darüber hinaus wurden bis zum Jahresende 48 Wohnungen für die dezentrale Unterbringung von durchschnittlich 5 Personen pro Wohnung angemietet.

Aufgrund des schnellen Wachstums der Gesellschaft und der stark angestiegenen Geschäftstätigkeit wird ein geeignetes Berichtswesen aufgebaut, in welchem ausgewählte Kennzahlen und Risiken erfasst und beurteilt werden. Durch das schnelle Wachstum der Gesellschaft können Nachkalkulationen bei den einzelnen Betreibersätzen erforderlich werden.



Nachfolgend werden die **Plan-Ist-Ergebnisse** für das Geschäftsjahr 2015 gegenübergestellt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Plan 2015 (in TEUR)	Ist 2015 (in TEUR)	Ist 2014 (in TEUR)	Ist 2013 (in TEUR)
Umsatzerlöse	910,7	1.182,4	30,7	30,7
sonstige betriebliche Erträge	0,0	405,7	0,0	25,1
Erhöhung des Bestandes in Arbeit befindlicher Aufträge	0,0	145,5	0,0	0,0
Gesamtleistung	910,7	1.733,6	30,7	55,8
Materialaufwand	232,0	648,8	0,0	0,0
Personalaufwand	187,5	191,3	19,6	20,6
Abschreibungen	30,0	456,1	0,0	0,3
sonstiger betrieblicher Aufwand	457,0	426,5	9,8	7,7
Gesamtaufwand	906,5	1.722,8	29,4	28,6
Zinsen und ähnliche Erträge	1,5	0,9	1,3	2,5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	5,4	0,1	0,1
Finanzergebnis	1,5	-4,5	1,2	2,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,7	6,3	2,5	29,6
sonstige Steuern	0,0	0,6	0,0	0,0
Jahresüberschuss	5,7	5,7	2,5	29,6

Die Plan-Ist-Abweichungen ergeben sich aus dem zugrunde gelegten Personal in der GVS und den Zuweisungszahlen von unterzubringenden Personen nach § 5 SächsFlüAG. Die Planung beruht auf einer Annahme für erforderliches Verwaltungspersonal von 10 Personen und je Heim weitere 4 bis 5 Mitarbeiter. Die Kalkulation der Zuweisungen erfolgte auf Grundlage von 550 Personen im Jahr 2015 und 1.200 Personen im Jahr 2016. Ziel war es, einen Kostensatz von ca. 9,00 EUR bis 15,00 EUR netto pro Platz durchschnittlich zu gewährleisten. Investitionen wurden in Höhe von 800.000,00 EUR angenommen.

Das unter den gegebenen Umständen erzielte gute Jahresergebnis ist trotz der hohen Investitionskosten auf die ergebniswirksame Auflösung der im Sonderposten dargestellten Investitionspauschale und die vollständige Übernahme der Kosten für die Flüchtlingsbetreuung durch den Landkreis zurückzuführen.

Gesellschafter ist mit 100 % der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, vertreten durch den Landrat, Herrn Michael Geisler.

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 5 Mitgliedern besteht:

Name	Funktion	Tätigkeit
Jörg Mildner	Aufsichtsratsvorsitzender	Bürgermeister
Klaus Heidrich	Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender	Selbständiger Berater
Kati Hille	Aufsichtsratsmitglied	Beigeordnete
Steffen Wolf	Aufsichtsratsmitglied	Angestellter
Thomas Schumann	Aufsichtsratsmitglied	Angestellter



Geschäftsführer:

Jana Thiele	Geschäftsführerin bis 06.07.2015
Margitta Gärtner	Geschäftsführerin ab 07.07.2015

Im Geschäftsjahr fanden 5 Aufsichtsratssitzungen statt.

Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2015 ist die NS+P Dr. Neumann und Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Heidenau.

Kennzahlen zur Vermögens- und Finanzlage:

(absolute Angaben in EUR)

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Anlagevermögen x100	3.528.343,46	633.502,03	633.502,03
Gesamtvermögen	14.141.762,21	996.873,38	995.909,14
Anlagenintensität in %	24,95	63,55	63,61
Eigenkapital x100	991.531,62	985.805,26	983.347,03
Gesamtkapital	14.141.762,21	996.873,38	995.909,14
Eigenkapitalanteil in %	7,01	98,89	98,74
Flüssige Mittel + Forderungen und sonstige Vermögens- Gegenstände bis 1 Jahr x100	10.454.514,79	363.253,81	362.289,57
kurzfristiges Fremdkapital	891.499,29	11.068,12	12.562,11
Liquidität 2. Grades in %	1.172,69	3.281,99	2.883,99
Jahresüberschuss x100	5.726,36	2.458,23	29.563,18
Eigenkapital	991.531,62	985.805,26	983.347,03
Eigenkapitalrentabilität in %	0,58	0,25	3,01
Jahresüberschuss x100	5.726,36	2.458,23	29.563,18
Gesamtleistung	1.733.563,11	30.677,51	30.677,51
Umsatzrentabilität	0,33	8,01	96,37

Die Verminderung der **Anlagenintensität** auf 24,95 % der Bilanzsumme ist dem überproportionalen Anwachsen der Bilanzsumme um 13.144,9 TEUR gegenüber dem Vorjahr geschuldet. Das Bilanzsummenwachstum ist bedingt durch die im Vorgriff auf die geplante Investitionstätigkeit gewährten hohen Kassenkredite von 11.631,0 TEUR denen zum Bilanzstichtag liquide Mittel in Höhe von 7.605,6 TEUR gegenüber standen.

Bei einer absoluten Veränderung des Eigenkapitals gegenüber dem Vorjahr von 5,7 TEUR ist der **Eigenkapitalanteil** an der Bilanzsumme auf 7,0 % abgesunken. Die Umwandlung eines Teils der Kassenkredite in Eigenkapital würde diese Kennzahl sowie auch die Relation



der Umsatztätigkeit zu Eigenkapital verbessern. Bisher erfolgte keine Aufstockung des Eigenkapitals. Grundsätzlich ist durch die rechtliche Konstellation als 100%ige Tochtergesellschaft des Landkreises kein zwingender Handlungsbedarf gegeben.

Die **Liquidität 2. Grades** ist auf 1.172,69% abgesunken. Zum Jahresende 2015 decken die kurzfristigen flüssigen Mittel weiterhin die kurzfristigen Verbindlichkeiten. In die Berechnung ist die am 15. September 2016 geschlossene Vereinbarung zwischen dem Landkreis und der Gesellschaft eingeflossen, dass die Tilgung der ausgereichten finanziellen Mittel ab 1. Januar 2017 erfolgen soll.

Die **Eigenkapitalrentabilität** ist mit 0,6 % sehr niedrig, und ist bedingt durch die mit der Aufnahme des neuen Geschäftsbetriebs verbundenen Anlaufkosten. Unter Berücksichtigung des neuen Gesellschaftszwecks entspricht dies den Erwartungen.

Das **Jahresergebnis** in Höhe von 5,7 EUR resultiert im Wesentlichen aus der Überlassung des Erbbaurechtes an den Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge. Die im Zusammenhang mit der Errichtung und Betreibung der Flüchtlingsunterkünfte anfallenden Aufwendungen und die damit im Zusammenhang stehenden allgemeinen Verwaltungskosten werden unter Anrechnung der erhaltenen Investitionszuschüsse nach Investitionspauschalengesetz 2015/2016 vom Landkreis in voller Höhe erstattet. Zum Bilanzstichtag noch nicht bestimmungsgemäß verwendete Investitionszuschüsse sind als Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen in Höhe von 593,7 TEUR ausgewiesen.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Aufgaben und Entscheidungen in der Gesellschaft sind stark abhängig von der Entwicklung in den globalen Krisengebieten, der politischen Lage sowie dem damit verbundenen Asylbewerberzustrom. Diese Situation stellt planungsrechtlich einen hohen Unsicherheitsfaktor und damit ein Risiko für die Gesellschaft dar, da bereits im Jahr 2015 mit dem Ausbau von Gemeinschaftsunterkünften begonnen wurde, die im Jahr 2016 bezugsfertig werden. Diese Planung erfolgte auf der Grundlage der Prognosen im Herbst 2015. Vorentscheidungen und vertragliche Vereinbarungen, die im Jahr 2016 realisiert werden, wurden ebenfalls auf dieser Grundlage getroffen.

Für den Erwerb von Containern für die Flüchtlingsunterbringung im Wert von 3,1 Mio. EUR wurde vertragsgemäß eine Vorauszahlung auf ein Rechtsanwaltsanderkonto (Treuhandkonto) geleistet. Der Auftrag zur Lieferung von Containern konnte durch den Auftragnehmer nicht erfüllt werden, so dass seitens der GVS mit Schreiben vom 30.03.2016 ein Rücktritt vom Vertrag erfolgt. Auf Anforderung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer einen Betrag in Höhe von 1,5 Mio. EUR in 2015 zurückgezahlt, ein Teilbetrag in Höhe von 1,6 Mio. EUR steht zum 31. Dezember 2015 noch aus. In 2016 erhielt die GVS nochmals 250 TEUR. Es wird davon ausgegangen, dass der offene Teilbetrag noch beigetrieben werden kann. Die GVS reichte inzwischen mit Schreiben vom 16.08.2016 Klage beim Amtsgericht Gera auf Rückzahlung der noch ausstehenden Sicherheitsleistung nebst Zinsen und Schadenersatzforderungen ein. Gleichzeitig erfolgte am 05.09.2016 Strafanzeige wegen Untreue und/oder Unterschlagung.

Einerseits ist eine Vorhaltung von Unterkünften erforderlich, andererseits sind die finanziellen Mittel sparsam und wirtschaftlich zu verwenden. Deshalb erfolgt die Planung neuer Objekte immer in enger Abstimmung mit dem Landkreis als untere Unterbringungsbehörde. Da der Zustrom von Personen nach § 5 SächsFlüAG derzeit gegenüber 2015 rückgängig ist, werden alle Entscheidungen der GVS unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit getroffen. Die GVS plant für das Jahr 2016 mit einer Zuweisung in Höhe von 3.100 Personen.



Die Investitionspauschale, die der Landkreis der GVS zur Verfügung gestellt hat, wurde anteilig in 2015 für Sachausstattung in den zentralen und dezentralen Unterkünften verwendet. Die Bindefrist für diese Mittel ist über die Abschreibungsdauer nachzuweisen.

Investitionszuschüsse (Darlehen), mit denen Objekte erworben oder hergerichtet wurden, sind gleichfalls zweckgebunden. Ziel für den Fortbestand der GVS ist es, eine nachhaltige Nutzung der vorhandenen Einrichtungen zu sichern, indem zum bisherigen Zweck der Flüchtlingsunterbringung alternative Konzepte erarbeitet werden. Sollte der Geschäftszweck neu ausgerichtet werden, ist es notwendig, über die Zweckbindung der Darlehen neu zu entscheiden.

Die GVS hat vom Landkreis zur Finanzierung der geplanten und zum Teil schon durchgeführten Investitionen ein Darlehen in Höhe von 11.626,0 TEUR erhalten. Die Gesellschaft ist auch zukünftig von der Zuführung von finanziellen Mitteln des Landkreises abhängig.

Weiterhin sind mit der geplanten Aufhebung des Altlasten-Freistellungsbescheides für das Grundstück des BSZ im Jahr 2015 eventuelle Risiken für die Gesellschaft verbunden, die noch entsprechend zu bewerten sind. Der in Aussicht gestellten Aufhebung des Altlasten-Freistellungsbescheides wurde durch die GVS im Rahmen der Anhörung widersprochen, ein endgültiger Bescheid dazu liegt noch nicht vor.

Chancen und voraussichtliche Entwicklung

Damit der Fortbestand der Gesellschaft gesichert werden kann und dem Landkreis auch zukünftige Unterbringungsmöglichkeiten für ausländische Flüchtlinge zur Verfügung stehen ist es erforderlich, nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten eigener und gemieteter Objekte zu sichern. Dazu soll im Jahr 2016 gemeinsam mit dem Landkreis das Unternehmenskonzept fortgeschrieben und ein Nachnutzungskonzept auf Grundlage des Gesellschaftszwecks erstellt werden, damit die Objekte auch zukünftig sinnvoll und kostendeckend betrieben werden können.

Durch ein fortlaufendes Risikocontrolling und eine konsequente Ausgabenreduzierung auf das betrieblich Notwendige wird davon ausgegangen, dass die Gesellschaft auch in Zukunft nicht bestandsgefährdet ist.

Pirna, 19. September 2016

Margitta Gärtner
Geschäftsführerin



Bilanzdaten:

	2013 (in TEUR)	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Aktiva			
<i>Anlagevermögen:</i>			
Immaterielles Vermögen	0	0	0
Sachanlagen	634	634	3.528
<i>Umlaufvermögen:</i>			
Vorräte	0	0	148
Forderungen und sonst. Vermögen	2	0,3	2.591
Liquide Mittel	360	362	7.864
Aktiver RAP	0,1	0,1	11
Bilanzsumme	996	997	14.142
Passiva			
<i>Eigenkapital:</i>			
Gezeichnetes Kapital	26	26	26
Kapitalrücklage	849	849	849
Gewinnvortrag	79	109	111
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	29	2	6
Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	0	0	628
Rückstellungen	11	11	269
Verbindlichkeiten	2	0,8	12.253
Bilanzsumme	996	997	14.142



GuV-Daten:

GuV	2013 (in TEUR)	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Umsatzerlöse	30,7	30,7	1.182,4
Sonstige betriebliche Erträge	25,1	0	405,7
Bestanderrhöhung	0	0	145,5
Materialaufwand	0	0	648,8
Personalaufwand	20,6	19,6	191,3
Abschreibungen	0,3	0	456,1
Sonstiger betrieblicher Aufwand	7,7	9,8	426,5
Zinsen und ähnliche Erträge	2,5	1,3	0,9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,1	0,1	5,4
Finanzergebnis	2,4	1,2	-4,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	29,6	2,5	6,3
sonstige Steuern	0	0	0,6
Jahresüberschuss	29,6	2,5	5,7



5.4 KEG – Kreisentwicklungsgesellschaft mbH Landkreis Sächsische Schweiz



5.4.1 Beteiligungsübersicht

KEG – Kreisentwicklungsgesellschaft mbH Landkreis Sächsische Schweiz

Anschrift:	Bahnhofstr. 14a 01796 Pirna	Telefon:	03501 562-90
		Telefax:	03501 562-911
		E-Mail:	info@keg-pirna.de
		Homepage:	www.keg-pirna.de

Gründungsjahr: 1998

Rechtsform

GmbH

Gesellschafter / Stammkapital

Gesellschafter:	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Stammkapital:	100.000,00 EUR
Anteil des Landkreises:	100 %

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Kurmittelhauses in Bad Schandau sowie die Unterstützung und Entwicklung des Kur-, Bäder- und Erholungswesens sowie die Aufnahme und Betreuung von Jugendlichen in einem Wohnheim zu Zwecken der Erziehung, Aus- und Fortbildung im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.



5.4.2 Finanzbeziehungen

Leistungen der KEG an den Landkreis	2013 (in TEUR)	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Gewinnabführung	---	---	--
Leistungen des Landkreises an die KEG			
Verlustabdeckungen	---	---	--
Sonstige Zuschüsse	---	---	--
Übernommene Bürgschaften (nicht gezahlt) / sonstige Gewährleistungen	1.568	1.483	1.313
Sonstige Vergünstigungen	---	---	--

5.4.3 Organe

- Geschäftsführer
- Aufsichtsrat
- Gesellschafterversammlung

Geschäftsführerin

Frau Jana Thiele

Mitglieder der Gesellschafterversammlung/Aufsichtsrat

Gesellschafterversammlung: Herr Michael Geisler, Landrat

Aufsichtsrat:
Herr Jörg Mildner
(Aufsichtsratsvorsitzender)
Herr Andreas Tänzer
(stellv. Aufsichtsratsvorsitzender)
Herr Klaus Heidrich
Herr Markus Funken
Herr Reiner Böhme
Herr Andreas Eggert
Herr Jens Willmuth (ab 11/ 2014)

5.4.4 Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers

Dr. Zielfleisch & Partner Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft



Anzahl der Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich eine Geschäftsführerin und ein geringfügig Beschäftigte angestellt

Namen und Beteiligungsanteile der Anteilseigner

Anteilseigner	%	TEUR
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	100	100

5.4.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
<i>Vermögenssituation</i>			
Anlagendeckung(%)	78,2	62,5	64,0
Fremdkapitalquote (%)	46,8	42,8	41,6
<i>Kapitalstruktur</i>			
Eigenkapitalquote (%)	53,2	57,2	58,6
<i>Liquidität</i>			
kurzfristige Liquidität (%)	226,2	71,5	92,9
<i>Rentabilität</i>			
Eigenkapitalrendite (%)	30,1	0	0,6
Umsatzrentabilität (%)	719,0	0,1	16,9



5.4.6 Lagebericht (Auszug aus dem Prüfbericht der KEG):

1. Geschäftsverlauf sowie Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens

Die KEG Kreientwicklungsgesellschaft mbH (vormals: Kurortentwicklungsgesellschaft Sächsische Schweiz mbH), Pirna, realisierte im Geschäftsjahr die Verpachtung der Toskana Therme Bad Schandau. Es wurden letzte Arbeiten im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau nach dem Juni-Hochwasser 2013 umgesetzt und der Verwendungsnachweis für die Hochwasser-Fördermittel erstellt. Die förderfähigen Baukosten für den Wiederaufbau betragen insgesamt 7.132,8 TEUR netto.

Im Rahmen des Hochwasserschutzkonzeptes wurde im Geschäftsjahr eine Hochwasserübung durchgeführt. Dabei wurden Teile der Dammbalkenwand aufgebaut, das Einsatz-Team geschult und organisatorische Details überprüft.

Das grenzüberschreitende Ziel 3-Projekt "Beschilderung des Radfernweges Sächsische Mittelgebirge" wurde Anfang 2015 abgerechnet. Leadpartner für das grenzüberschreitende Projekt war das Bezirksamt Usti nad Labem auf tschechischer Seite. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln der Europäischen Union und Eigenmitteln der am Routenverlauf liegenden Kommunen. Insgesamt wurden seit 2012 Ausgaben in Höhe von 43,2 TEUR getätigt. Die SAB bestätigte die ordnungsgemäße Umsetzung und Abrechnung des Projektes. Die Beschilderung des Radfernweges auf rechtselbischer Seite wird seit Sommer 2015 - in einem neuen grenzüberschreitenden Projekt - vorbereitet.

Im 2. Halbjahr wurde die Übernahme des Wohnheimes/Gästehauses Am Backofenfelsen Freital durch die KEG geprüft und vorbereitet. Geschäftserweiterung, Umfirmierung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wurden vom Kreistag des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge am 02.07.2015 beschlossen und am 19.11.2015 von der Landesdirektion Dresden genehmigt. Mit dem bisherigen Betreiber des Wohnheimes/Gästehauses, dem Verein der Freunde des beruflichen Schulzentrums Freital e. V. und dem Landkreis als Eigentümer und Verpächter des Grundstückes, wurde eine Vereinbarung geschlossen, die die Übernahme des laufenden Betriebes, des Anlagevermögens und der Mitarbeiter regelt. Nach Aufhebung des bestehenden Erbpachtvertrages zwischen dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Verein wurde zwischen KEG und Landkreis ein Betreibervertrag zum 01.01.2016 abgeschlossen.

Im Zuge der Unternehmenserweiterung wurden neue Büroräume in Pirna angemietet, der Gesellschaftsvertrag angepasst und Mitarbeiter eingestellt. Buchhaltung und Jahresabschluss werden seit November 2015 mit der entsprechenden Software in der KEG erstellt.

Im Jahr 2015 wurden Umsätze in Höhe von insgesamt TEUR 1.501,8 erzielt. Darin enthalten sind die planmäßigen Erlöse aus der Verpachtung der Therme sowie aus der Umsetzung des Ziel 3 Projektes. Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich insgesamt auf TEUR 837,13.

Im Geschäftsjahr wurde die noch ausstehende Versicherungsentschädigung für die Elektronik i. H. v. 135 TEUR ausgezahlt, die als Ertrag verbucht wurde und zur Finanzierung der hochwasserbedingten Aufwendungen verwendet wurde.

Die laufenden gesellschaftsbezogenen Aufwendungen, wie z. B. Zins-, Personal- und sonstige betriebliche Aufwendungen konnten aus den Pachterlösen, der Mietausfallversicherung



und den Sonstigen Umsatzerlösen gedeckt werden. Ein Nachschuss des Gesellschafters (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen.

Das Jahresergebnis der Gesellschaft weist einen Überschuss in Höhe von TEUR 47,3 aus. Es liegt damit ca. TEUR 156,5 unter dem Planansatz. Das Jahresergebnis wurde beeinflusst durch:

- Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erweiterung des Geschäftsumfanges
- Aufwendungen zur Hochwasser-Schadensbeseitigung an der Toskana Therme Bad Schandau

2. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, über die im Rahmen der Berichterstattung gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB zu berichten ist.

3. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Kerngeschäft der Gesellschaft besteht in der Verpachtung und Verwaltung der Toskana Therme Bad Schandau. Der am 4. Februar 2004 geschlossene Betreibervertrag stellt die wesentliche Geschäftsgrundlage der Gesellschaft dar, da die Einnahmen der Gesellschaft unmittelbar aus diesem Vertrag resultieren. Er hat eine Laufzeit von 20 Jahren und kann während dieser Zeit nur aus wichtigem Grund gekündigt werden.

Bedingt durch die Nähe zur Elbe bleibt trotz Erneuerung des Hochwasserschutzsystems die Gefahr eines Hochwassers weiterhin bestehen. Die Vermögensschäden durch das Juni-Hochwasser 2013 können durch Versicherungsentschädigungen und Zuwendungen der SAB weitgehend gedeckt werden. Die neu abgeschlossenen Versicherungen wurden zwar hinsichtlich der Deckungssummen erhöht, aber die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Versicherungen allein nicht ausgereicht hätten, um die Schäden vollständig zu beheben. Außerdem bestehen durch neue Hochwasser die Risiken des längerfristigen Mietausfalls und der Weiterführung des Betreibervertrags.

Weitere Risiken der zukünftigen Entwicklung können sich auch daraus ergeben, dass mögliche Kostensteigerungen, aufgrund der Festpreisvereinbarung im Betreibervertrag bis zum Jahr 2024, nicht unmittelbar weiterberechnet werden können.

Durch eine regelmäßige verantwortungsbewusste Kommunikation mit dem Betreiber kann auf eine veränderte Marktsituation gegebenenfalls reagiert werden. Weitere Risiken der Gesellschaft, insbesondere aus notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen, sind nicht zu erwarten, da die technischen Anlagen im Zuge des Wiederaufbaus praktisch vollständig erneuert werden.

Zu Beginn des Jahres 2016 wurden im Zuge der Betriebsübernahme auch die fünf Vollzeit- und fünf Teilzeit-Beschäftigte am Standort Freital übernommen. Im Wohnheimbereich des Gästehauses werden vorwiegend Auszubildende im Alter ab 16 Jahren beherbergt und betreut, die am Beruflichen Schulzentrum Freital-Dippoldiswalde ihre Berufsausbildung absolvieren. Neben den Berufsschülern können auch Privaturlauber, Vereine und Schulklassen im Gästehaus übernachten. Das Haus hat 130 Gästebetten und mehrere Veranstaltungsräume.



4. Voraussichtliche Entwicklung

Die Therme verzeichnet seit der Wiedereröffnung im Frühjahr 2014 wieder stabile Besucherzahlen. In einer unabhängigen Umfrage durch das Bewertungsportal Initiative ThermenCheck.org wurde die Therme 2015 als eine der besten 10 Thermen in Deutschland bewertet.

Das Wohnheim Freital ist unabdingbar für den Erhalt des Beruflichen Schulzentrums "Otto Lilienthal" Freital-Dippoldiswalde. Die Landesfachklassen (mit Schülern aus dem gesamten Bundesgebiet!) sind fester Bestandteil der Ausbildungsrichtungen des BSZ und stellen ein Alleinstellungsmerkmal für die Schule dar. Für diese Ausbildungszweige werden Unterbringungsmöglichkeiten in Nähe zum BSZ benötigt.

Für das neue Geschäftsfeld wird in den nächsten Jahren eine leichte Erhöhung bzw. Konsolidierung der Erlöse erwartet, da sich die Schülerzahlen in den nächsten 15 Jahren in Sachsen wieder deutlich um ca. 15 % (d. h. um 15.000 Schülerinnen und Schülern an Berufsbildenden Schulen) erhöhen. Bereits in den nächsten fünf Jahren wird der Zuwachs im Land Sachsen auf rund 11.000 Berufsschüler / Auszubildende geschätzt. Allerdings sind am Objekt auch Instandhaltungsmaßnahmen in den nächsten Jahren einzuplanen. Für das Geschäftsjahr 2016 ist ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 185,7 geplant.

Pirna, den 16. März 2016

Jana Thiele
Geschäftsführerin



Bilanzdaten:

	2013 (in TEUR)	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Aktiva			
<i>Anlagevermögen:</i>			
Immaterielles Vermögen	0	0	0
Sachanlagen	8.824	12.719	11.802
<i>Umlaufvermögen:</i>			
Forderungen und sonst. Vermögen	134	250	94
Liquide Mittel	3.927	835	908
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	108	100	99
Bilanzsumme	12.994	13.905	12.903
Passiva			
<i>Eigenkapital:</i>			
Gezeichnetes Kapital	100	100	100
Kapitalrücklage	1.111	1.111	1.111
Gewinn-/ Verlustvortrag	-841	1.234	786
Jahresüberschuss	2.076	-449	47
Sopo für Investitionszuschüsse	6.363	8.509	7.870
Rückstellungen	1.179	509	542
Verbindlichkeiten	2.893	2.817	2.414
Rechnungsabgrenzungsposten	112	71	33
Bilanzsumme	12.994	13.905	12903



GuV-Daten:

GuV	2013 (in TEUR)	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Erlöse			
Umsatzerlöse	542,5	996	1.502
Sonst. betr. Erträge	4.706,3	896	837
Materialaufwand (Aufw. f. bez. Leistungen)	306,7	594	767
Personalaufwand	61,0	80	97
Abschreibungen	805,6	954	1.002
Sonst. betr. Aufwendungen	174,7	131	219
Sonst. Zinsen und ähnl. Erträge	9,6	7	2
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	134,6	74	67
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	3.775,8	66	189
+ außerord. Ergebnis	-1.024	-705	-122
Sonst. Steuern	675,8	-190	20
Jahresüberschuss	2.076,2	-449	47



5.5 WiA – Wintersport Altenberg (Osterzgebirge) GmbH



5.5.1 Beteiligungsübersicht

WiA – Wintersport Altenberg(Osterzgebirge) GmbH

Anschrift:	Neuer Kohlgrundweg 1 01773 Altenberg	Telefon:	035056 35-120
		Telefax:	035056 32-308
		E-Mail:	info@wia-altenberg.de
		Homepage:	www.wia-altenberg.de

Gründungsjahr: 2007

Rechtsform

GmbH

Gesellschafter/Stammkapital

Gesellschafter:	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Rennrodel-, Bob- und Skeletonverband für Sachsen e.V. Stadt Altenberg
Stammkapital:	25.000,00 EUR
Anteil des Landkreises	51,0 %

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, die Unterhaltung und die Vermarktung (einschließlich der Durchführung von Veranstaltungen aller Art) der Rennschlitten- und Bobbahn Altenberg einschließlich der Durchführung von Investitionen im Rahmen des laufenden Betriebs. Darüber hinaus kann die Gesellschaft zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Trainings- und Wettkampfbetriebs bei Bedarf im Einzelfall notwendige investive Maßnahmen durchführen. Die Gesellschaft übt ihre Geschäftstätigkeit unter Berücksichtigung ihrer vertraglichen Verpflichtungen sowie der gesetzlichen Vorgaben aus.



5.5.2 Finanzbeziehungen

Leistungen der WiA an den Landkreis	2012/13 ¹ (in TEUR)	2013/14 ¹ (in TEUR)	2014/15 ¹ (in TEUR)
Gewinnabführung	---	---	--
Leistungen des Landkreises an die WiA			
Verlustabdeckungen	---	---	--
Sonstige Zuschüsse/Invest.Zuschüsse	25	25	
Übernommene Bürgschaften / sonst. Gewährleistg.	---	---	--
Sonstige Vergünstigungen	---	---	--

¹ **Achtung!** Die WiA hat ein vom Kalenderjahr abweichendes Geschäftsjahr (01.10. – 30.09.)

5.5.3 Organe

- Geschäftsführung
- Aufsichtsrat
- Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer

Herr Matthias Benesch

Mitglieder der Gesellschafterversammlung/Aufsichtsrat

Gesellschafterversammlung:

- Herr Michael Geisler, Landrat
- Herr Markus Dressler
- Herr Thomas Kirsten

Aufsichtsrat:

- Frau Kati Hille (Aufsichtsratsvorsitzende)
- Herr Bernd Greif (Stv. Vorsitzender)
- Herr Markus Dressler (Stv. Vorsitzender)
- Frau Dr. Sabine Schilka
- Herr Volker Hegewald
- Herr Harald Czudaj
- Herr Thomas Kirsten
- Herr Klaus Pollack
- Herr Wolfgang Strauß



5.5.4 Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers

concredis Schlegel, Middrup & Weser Partnerschaft Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Anzahl der Mitarbeiter

Im Berichtsjahr 2014/15 waren in der Gesellschaft 8 Angestellte, 6 gewerbliche Arbeitnehmer und zwei Auszubildende beschäftigt.

Namen und Beteiligungsanteile der Anteilseigner

Anteilseigner	%	TEUR
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	51,0	12,75
Rennrodel-, Bob- und Skeletonverband für Sachsen e.V.	39,0	9,75
Stadt Altenberg	10,0	2,50
	100,0	25,00



5.5.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

	Ist 2012/13	Ist 2013/14	Ist 2014/15
	01.07.-30.06.	01.10.-30.09.	01.10.-30.09.
<i>Vermögenssituation</i>			
Vermögensstruktur (%)	35	33,4	17,69
Fremdkapitalquote (%)	89,7	74,4	72,4
<i>Kapitalstruktur</i>			
Eigenkapitalquote (%)	0,4	5,2	27,6
<i>Liquidität</i>			
Effektivverschuldung	-95.420	-108.264	-184.941
kurzfristige Liquidität (%)	485,8	616,9	1189,3
<i>Rentabilität</i>			
Eigenkapitalrendite (%)	-3.036	92,7	66,26
Gesamtkapitalrendite (%)		20,9	
<i>Geschäftserfolg</i>			
Pro-Kopf-Umsatz	22.712	2.101	5.233,11



5.5.6 Lagebericht

A. Wirtschaftsbericht

I. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Wintersport Altenberg (Osterzgebirge) GmbH (WiA) hat im Wirtschaftsjahr 2014/2015 auf Grundlage der Satzung der Gesellschaft die Sportstätte Rennschlitten- und Bobbahn Altenberg (RSBB) betrieben und vermarktet. Grundlage dafür sind der Pacht- und Betreibervertrag zwischen dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und ein Sportrechteübertragungsvertrag zwischen dem Rennrodel-, Bob- und Skeletonverband für Sachsen e.V. (RBSV).

Dem Geschäftsjahr 2014/2015 war ein volles Geschäftsjahr, vom 01.10.2013 bis 30.09.2014, vorausgegangen. Das zu prüfende Wirtschaftsjahr der WiA ist vom Kalenderjahr abweichend und verlief vom 01.10.2014 bis 30.09.2015.

Wesentliche Aufgaben der Gesellschaft waren im Berichtsjahr die Bereitstellung der Sportstätte für das Training der sächsischen Nachwuchs- und deutschen Spitzensportler im Bob/Skeleton und Rennrodeln, die Erhaltung und Entwicklung der Sondersportstätte, die Organisation und Absicherung von nationalen und internationalen Wettbewerben sowie die Durchführung von touristischen Angeboten / Events.

Ziel aller Bestrebungen ist, die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich sächsische Nachwuchstalente zu Spitzenathleten entwickeln. Weiterhin soll die Bekanntheit und das Image des Sports in Altenberg gestärkt sowie mit Hilfe der öffentlichen Zuschüsse und der eigenen Einnahmen ein kostendeckender Geschäftsbetrieb gesichert werden.

Im Altenberger Verbundsystem des Sports, bildet die Rennschlitten- und Bobbahn eine wesentliche Voraussetzung als Haupttrainingsstätte für Bob, Rennrodel und Skeleton.

Alle baulichen Investitionen und Bauunterhaltsmaßnahmen an der Bahn, werden aus Fördermitteln des Bundes (BMI) und des Landes (SMI) sowie den Eigenmitteln des Landkreises als Eigentümer der Sondersportstätte vorgenommen. Die Fördermittel für Bauvorhaben werden direkt vom Landkreis verwaltet und betreffen den Haushalt der Gesellschaft nicht.

Die Vereisung der Bahn begann am 14.10.2014, vier Tage später als im Vorjahr, in dem die Olympiavorbereitung für Sochi stattfand. Der offizielle Bahnbetrieb begann am 22.10.2014 und endete am 22.02.2015 mit 128 Bahnbetriebstagen (Vj. 125).

Der Vereisungsbeginn und die Gesamtvereisungsdauer beeinflussen die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft, besonders in den Bereichen Energie und Personal.



Außergewöhnlich war, dass alle Wettbewerbshöhepunkte, welche die Gesellschaft ausgerichtet hat, in die 2. Saisonhälfte, von Januar bis Februar 2015 fielen.

Wettbewerbshöhepunkte 2014/15:

- Januar 2015 FIBT Weltcup Bob/Skeleton
- Januar 2015 Deutsche Junioren Meisterschaften Bob
- Januar 2015 Deutsche Meisterschaften Rennrodel Jugend B
- Februar 2015 Deutscher Juniorencup Skeleton
- Februar 2015 FIBT Juniorenweltmeisterschaften Bob/Skeleton
- Februar 2015 FIL Weltcup Rennrodel

Die Gesellschaft richtete alle Kufenwettbewerbe auf nationaler und internationaler Ebene, mit Unterstützung des RBSV e.V. und des Kreissportbundes aus. Im Vorjahr 2013/14 wurden nur ein Weltcup im Rennrodeln und kein Weltcup im Bob/Skeleton ausgerichtet.

Alle Wettbewerbe mit garantierter TV-Präsenz waren zu Beginn der Saison finanziell abgesichert. Die DKB und die IDEAL Versicherung unterstützten als Hauptsponsoren des Ausrichters die Weltcups in Altenberg. Die iKK Klassik als Krankenkasse und die BGH Edelstahl Freital GmbH konnten als neue Sponsoren für int. Wettbewerbe gewonnen werden.

Problematisch stellt sich die Finanzierung der nationalen und kleinen internationalen Wettbewerbe (ohne TV) dar. Die Mitfinanzierung durch die internationalen Verbände sind im Voraus schwer planbar, da von Jahr zu Jahr variabel und an steigende Bedingungen geknüpft. Nennenswerte Einnahmen im Sponsoring bzw. dem Verkauf von Eintrittskarten fehlen, um die Nachwuchswettbewerbe, trotz finanzieller Beteiligung durch das SMI und der Mitfinanzierer (Landkreis, Stadt, RBSV) kostendeckend zu organisieren.

Defizitäre Wettbewerbe werden u.a. durch Minderung der Bahnmiene durch die Gesellschaft subventioniert und durch Erlöse, z.B. aus Events anteilig kompensiert. Die Folgen von fehlenden Erlösen im Bahnbetrieb sind u.a. Wartungsstau oder Verzögerung von Weiterentwicklungen.

Durch die finanzielle Unterstützung der Jahressponsoren, wie z. B. der Energieversorgung Sachsen Ost AG (ENSO), die Regionalverkehr Dresden GmbH (RVD), dem Verkehrsverbund Oberelbe (VVO) sowie der Wernesgrüner Brauerei wird die Sportstätte des Landkreises und die Bemühungen der WiA ermöglicht.

Dank der finanziellen Förderung durch das SMI bei internationalen Wettbewerben mit hoher Bedeutung für den Freistaat in olympischen Sportarten und der Mitfinanzierung durch den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, der Stadt Altenberg und des RBSV e.V. konnten alle nationalen und internationalen Wettbewerbe erfolgreich durchgeführt werden.



Bei der Ausrichtersitzung der internationalen Sportverbände FIL und FIBT, im Juli 2015 in Salzburg, wurde Altenberg wiederholt als Ausrichter von int. Kufen-Wettbewerben gelobt und erhielt mit die höchsten Punktzahlen.

Dank aller Mitarbeiter der WiA, dem RBSV sowie den notwendigen Ehrenamtlichen, konnten das Training, die Wettbewerbe und die touristischen Angebote in der Saison 2014/2015 erfolgreich umgesetzt werden.

II. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2014/2015

1. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2014/2015 war ein abweichendes Wirtschaftsjahr, welches vom 1. Oktober 2014 bis zum 30. September 2015 verlief. Der Vergleich zum Vorjahr 2013/2014 wird dadurch erschwert, das in 2013/14 nur ein Weltcup im Rennrodeln und kein Bob/Skeleton Weltcup stattfand. Im Berichtsjahr fanden wiederum zwei Weltcups, einer im Rennrodeln und einer im Bob/Skeleton statt, was zu Veränderungen bei der betrieblichen Gesamtleistung führt.

Die Betreuung der Sportstätte RSBB ist nur mit Hilfe von Kostenzuschüssen als eine Basisfinanzierung der öffentlichen Hand (Trainingsstättenförderung des Olympiastützpunktes) möglich.

Neben Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 725 (Vj. TEUR 494) trugen die sonstigen betrieblichen Erträge (alle öffentlichen Zuschüsse) von TEUR 668 (Vj. TEUR 653) zur betrieblichen Gesamtleistung im Wirtschaftsjahr 2014/2015 bei.

a) Betriebsleistung und Marketing

Im Bereich Marketing lagen die Schwerpunkte darin, die eigenen Produkte/Leistungen der Gesellschaft weiter zu entwickeln und zu optimieren, vorhandene Beziehungen zu Sponsoren und Förderern zu pflegen und neue Partnerschaften aufzubauen.

Hauptaufgabe im Marketing ist, Interessierte zu informieren und in die Region sowie an die Sportstätte zu ziehen. Der Besuch bei hochkarätigen int. Wettbewerben, Bahnführungen an der Sportstätte oder Fahrten im Eiskanal sind somit ein wesentlicher Beitrag für die Tourismusregion Altenberg.

Im Gästebob fuhren im Berichtsjahr 1.269 Passagiere bei 27 Terminen mit (Vj. 1.360 Passagiere bei 27 Terminen). Der Preis pro Abfahrt und Person wurde vor Saisonbeginn (ab 01.07.14) von 71 Euro auf 85 Euro angehoben. Die Erhöhung war nach 7 Jahren durch steigende Betriebskosten und Einführung des Mindestlohns notwendig. Aus der Kooperation mit dem SC Oberbärenburg/Abteilung Bob profitiert die Bahn als auch der Verein, der die Fahrten mit seinen Sportgeräten absichert.

Erfolgreich wurde auch in dieser Saison praktiziert, dass Mitfahrer im Bob ihre Fahrt als Video auf USB Stick sofort mitnehmen können. Dies nutzten 446 Gäste in 2014/15 (Vj. 550).



Insgesamt wurden 224 Sturmhauben zur Nutzung beim Gästebob verkauft. Das Gästebob-Spezialpaket, mit Bahnführung, Bobeinstieg, Kaffee/Kuchen und Videofilm in der Panoramabaude erlebten 443 Interessierte. Die Erlöse daraus betragen knapp 5.000 €.

Das Erlebnis Ice-Tubing nutzten 1.515 Gäste (Vj. 1.277). Bei Veranstaltungen für große Gruppen, u.a. mit mehr als 150 Teilnehmern (Audi/VW), konnte die Bahn 15 Mal exklusiv vermietet werden. Die Gesamterlöse im Ice-Tubing betragen 30.900 € (Vj. 16.787 €). Bei der Umsetzung unterstützen die Rennrodler des SSV Altenberg und partizipieren mit zu einem Drittel aus den Erlösen.

Die WiA bietet in Kooperation mit den Biathleten des SSV Altenberg das Erlebnis Gästebiathlon an. Alle 5 Termine waren zu Beginn des Wirtschaftsjahres ausgebucht. Auf Grund des Schneemangels im Winter 2013/14 hatten 50 % der verkauften Gutscheine ihre Gültigkeit behalten. Trotz des Schneemangels in 2014/15 erlebten 141 Personen (Vj. 44) das Biathlonevent der WiA.

Die Veranstaltungen im Biathlon dienen u. a. dazu, die kalkulatorischen Kosten (Afa) für das bei WiA bilanzierte Anlagevermögen in der Biathlonarena mit zu finanzieren.

Der gesamte Eventbereich hatte mit insgesamt 143 Veranstaltungen, 4.651 Teilnehmern (Vorjahr 130 VA, 4.360 TN) eine sehr hohe Auslastung. Der Gesamtbruttoerlös erreichte TEUR 164.

Eventart	Teilnehmer	Anzahl an Events
Gästebob	1.269	32
Sommerbob	122	5
Ice-Tubig	1.515	33
Biathlon	141	5
Bahnführung allg.	613	33
Bahnführung spez.	991	35
	4.651	143

Bei den Erlösen wurden die Planzahlen besonders beim Ice-Tubing übertroffen. Ursache dafür war die gezielte Akquise von Firmen und Gruppen, die mehrere Stunden die Bahn nutzen und Zusatzleistungen, wie z.B. Abendessen in der Panoramabaude/Hüttentzelt buchten.

Die Erlöse aus Events und Erlebnissen im und am Eiskanal zur Mitfinanzierung des Bahnbetriebes, Mitfinanzierung der nat./kleinen int. Wettbewerbe und der kooperierenden Vereine, haben auch zukünftig eine hohe Bedeutung für die Gesellschaft und den Sport.



Im Bereich der Einnahmen durch Abfahrtsentgelte Dritter, d. h. Ausländertraining auf der Bahn gegen Bezahlung, konnte der Planwert von TEUR 75 mit TEUR 70 nicht erreicht werden (Vj. TEUR 84).

Auch zukünftig wird diese Einnahmequelle von allen Bahnen stark umkämpft bleiben und es gilt an dieser Stelle alle Potenziale der Region Altenberg, in Verbindung mit seinen veralteten Sportstätten und Beherbergungen zu verbessern, um attraktivere Bedingungen für ausländische Sportler/Teams zu schaffen.

b) Betriebliche Aufwendungen

Kostenseitig waren vor Beginn der Wintersaison keine zusätzlichen (außerplanmäßige) Reparaturen notwendig. Mit Hilfe der Wartungsverträge mit Firmen, für die komplexen technischen Anlagen, wie Kältetechnik, Beleuchtung, Beschallung und Messtechnik, konnte ein planmäßiger Saisonstart unter Einhaltung der geplanten Kosten gesichert werden. Lediglich mussten 2 Tonnen Ammoniak nachgekauft und ein Luftfeuchtesensor (5 T€) bezogen werden, um einen effektiveren Wirkungsgrad bei der Kälteerzeugung zu erreichen.

Die Kosten beim Materialaufwand decken sich mit denen aus dem Vorjahr in Höhe von TEUR 343.

Einsparungen im Energiebereich sind mit einem späteren Vereisungsbeginn und einer kürzeren Heizperiode nach der Vereisungszeit im März/April zu erklären.

Im Berichtsjahr waren in der Gesellschaft 8 Mitarbeiter, eine BA-Studentin und ein Geschäftsführer ganzjährig beschäftigt. Dem Antrag des Geschäftsführers, für 2 Monate Elternzeit (Juli/August 2015) zu bekommen, wurde durch die Gesellschafter stattgegeben.

Insgesamt entstanden Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 495 (Vj. TEUR 486). Die Personalaufwandsquote betrug 36 % (Vj. 42 %). Ursache für diese Verbesserung liegt u.a. in der Austragung von 2 Weltcups, was die gesamte betriebliche Leistung im Vergleich zum Vorjahr positiv beeinflusste.

Auf Grund der Anforderungen an die Gesellschaft mit ihren begrenzten Personalkapazitäten, sind Qualifikation und Motivation aller Mitarbeiter ein wichtiger Erfolgsfaktor. Weiterhin ist ein Pool von pauschalen Arbeitskräften und Ehrenamtlichen aus Vereinen und Verbänden erforderlich, um wirtschaftlich und damit wettbewerbsfähig zu bleiben.

Mit sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 459 (Vj. TEUR 269) und Abschreibungen in Höhe von TEUR 15 (Vj. TEUR 27) wurde ein positives Jahresergebnis von TEUR 55 nach Steuern (Vj. TEUR 16) erzielt.



Die Ursachen für das positive Betriebsergebnis sind vielfältig:

- Im Bereich der Wettbewerbe wurden geplante Kosten eingespart, was vor allem an der kompakten Rhythmik aller Wettbewerbe in der 2. Saisonhälfte 2014/15 und dem günstigen Wetter lag.
- Im Bereich der Vermarktung konnten die geplanten Erlöse erreicht und bisweilen übertroffen werden. Die Finanzkraft der Firmen und Motivation, für einzigartige Erlebnisse mit Qualität Geld auszugeben, begünstigt das. Die Zusatzeinnahmen beim Gästebob durch Videomitschnitt und Spezialpaket aber auch die Preisanhebung sowie stundenweise Vermietung der Bahn sind weitere Aspekte.
- Im Sponsoring gelang es für jeden internationalen Wettbewerb einen Sponsor zu gewinnen. Der Zuschuss der FIBT für die Ausrichtung der JWM im Bob/Skeleton fiel um TEUR 10 höher aus als geplant.
- Die Qualität bei der Erstellung von Fördermittelanträgen und die Zuarbeit für die Verwendungsnachweisprüfung konnte innerhalb der Gesellschaft verbessert werden. Die Abrechnung der Projektmittel für Wettbewerbe erfolgte noch im Wirtschaftsjahr, womit kein Aufwand für Rückstellungen gebucht werden musste.
- Die Abnahme bei der Abschreibung (Afa-Betrag minimiert um 11.5 T€) senkt ebenfalls den ergebniswirksamen Aufwand. Durch die Veränderung im Fuhrpark, wo alle Kfz geleast werden, unterstützt die Entwicklung der Afa-Minderung.
- Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich verringert. Investitionen wurden nicht getätigt.
- Die gestaffelte Bewertung von Gutscheinen für Gästebob oder Gästebiathlon aus den letzten drei Jahren, beeinflussten das Betriebsergebnis positiv.

2. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzstruktur zum Stichtag 30.09.2015 stellte sich wie folgt dar:

Die Bilanzsumme der Gesellschaft betrug TEUR 325 (Vj. TEUR 234).

Zum Bilanzstichtag waren liquide Mittel in Höhe von TEUR 240 (Vj. TEUR 148) ausgewiesen.

Die Eigenkapitalquote lag bei 26 % (Vj. 13 %)

Die Liquidität der Gesellschaft war im gesamten Geschäftsjahr gegeben.

III. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Nachtragsbericht

Als überaus positiv ist zu erwähnen, dass in die einzige sächsische Sportstätte, auf der Weltmeisterschaften in olympischen Wintersportdisziplinen ausgetragen werden, weiter investiert wird. Unter Maßgabe des erstellten Sanierungs- und Entwicklungskonzeptes (SEK) für die Bahn, ist eine transparente, strukturierte und fortgeschriebene Grundlage vom Kreistag



verabschiedet worden, was in den kommenden Jahren an der Sondersportstätte für Bob/Skeleton und Rennrodeln durch den Landkreis investiert und weiterentwickelt wird.

Im Berichtsjahr konnten erstmalig nicht alle bei der Sportförderung (BMI/SMI) beantragten Baumaßnahmen umgesetzt werden. Die angespannte Haushaltslage des Landkreises verschob die Bescheidung und damit den Beginn der Baumaßnahmen, welche nur in einem begrenzten Zeitfenster sinnvoll sind. Geplant ist, dass die Baumaßnahmen aus 2015 im 2./3. Quartal 2016 umgesetzt werden.

Ausblick

Die unentgeltliche Bereitstellung der RSBB für den sächsischen Nachwuchs- und deutschen Spitzensport, die wirtschaftliche Betreuung der Anlage, Erhaltung der Betriebsbereitschaft, die Durchführung von nat./int. Wettbewerben sowie das Anbieten von Erlebnissen / Events, zur Erzielung von Erlösen mit positiver Imagebildung für die Sportstätte und die Region Altenberg, stehen weiterhin als Zielstellung für die WiA.

Mit Vereisungsbeginn frühestens zum 15.10. einer jeden Saison und einer Bahnnutzungszeit von 115 Tagen, soll unter den aktuell herrschenden wirtschaftlichen Bedingungen (steigende Energie-, Personal- und Wartungskosten) ein quantitativ und qualitativ hochwertiges Training mit Wettbewerben und eine Mindestanzahl an Events erreicht werden.

Mit der knappen Ressource Personal, dem Einsatz von Elektroenergie und Materialien ist schonend und effektiv umzugehen, um als Dienstleister des Sports auf bewährtem Niveau den Bahnbetrieb der Sportstätte wirtschaftlich zu sichern.

Ziel der Gesellschaft ist es, eine stabile Finanzlage zu behalten und eine ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Der laufende Geschäftsbetrieb soll weiterhin mit den öffentlichen Zuschüssen der Trainingsstätte und den Möglichkeiten zur Erzielung von eigenen Erlösen betrieben werden.

2. Risikobericht

Auch zukünftig bleibt es Hauptaufgabe der WiA, dass die Trainings- und Wettkampfstätte ausreichend und in guter Qualität für den Spitzen- und Nachwuchssport bereit gestellt wird. Entscheidend für die Erfüllung dieser Aufgabe ist, dass öffentliche Zuschüsse vom Bundesministerium des Innern (BMI), Sächsischen Ministerium des Inneren und Sport (SMI) und Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zur Unterstützung der Trainingsstätte und zur Ausrichtung von Wettbewerben bereitgestellt werden.



Einnahmen aus Sponsoring und Eintrittsgeldern sowie Erlöse aus Erlebnissen und Events sind zu stabilisieren bzw. weiter zu steigern. Nach wie vor ist die starke saisonale Ausrichtung, mit deutlich weniger Erlösen außerhalb der Wintersaison als Nachteil / Reserve zu nennen.

Der allg. Kostenentwicklung ist durch geeignete Maßnahmen und hoher Budgettreue zu begegnen.

Negative Auswirkungen auf die zukünftige Ertragslage können unvorhergesehene Aufwendungen im Bereich des Bahnbetriebes der Rennschlitten- und Bobbahn sein. Dazu zählen ungeplante und kostenintensive Reparaturen, die Zunahme von Auflagen und gesetzlichen Vorschriften, der Anstieg der Energiekosten durch Mehrverbräuche bei milden Temperaturen oder lange Heizperioden.

Im Personalbereich ist die Struktur sehr minimalistisch aufgebaut. Ausfälle, z.B. durch Krankheit können nur bedingt und zeitlich begrenzt kompensiert werden. Speziell der Eismeister, der Kälte- und Meßtechniker besitzen spezifische Fähigkeiten und haben dadurch eine hohe Verantwortung für den laufenden Bahnbetrieb.

Die Qualität und Verlässlichkeit der saisonalen Mitarbeiter muss sich erhöhen, um einen gesicherten und leistbaren Bahnbetrieb abbilden zu können. Mitarbeiter sind vor allem durch verbesserte Arbeitsbedingungen, planbare Freizeit und attraktive Vergütung zu gewinnen.

Die komplexe Aufgabenstellung, wie die Erhaltung / Betreibung der Anlage, Absicherung des laufenden Trainings-/ Wettkampf- und Bahnbetriebes, die Vermarktung der Anlage sowie die Planung und Durchführung von Events ist nur mit professionellen und motivierten Mitarbeitern und der Unterstützung aus Vereinen / Verbänden zu realisieren.

Die effektive Auslastung der Bahn bleibt wesentliche Grundlage für einen wirtschaftlichen Bahnbetrieb. Leerlaufzeiten oder lange Pausen, z.B. durch geringe Teilnehmerzahlen bei Lehrgängen oder Wettbewerben belasten die Leistungsfähigkeit. Das Verhältnis von Pflegeaufwand zur Anzahl an Abfahrten und der geplanten Bahnzeit muss kontrolliert und zeitnah ausgewertet werden.

Der Bereich Vermarktung muss die Einnahmen vor allem im Sommer verbessern. Ziel muss sein, die Sportstätte mit ihren infrastrukturellen Möglichkeiten und die der Region ganzjährig auszunutzen.

Aus derzeitiger Sicht sind keine unmittelbaren bestandsgefährdenden Risiken zu erkennen.



B. Sonstige Angaben

Angaben zum gezeichneten Kapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt EUR 25.000 und ist in voller Höhe eingezahlt.

Gesellschafter der WiA GmbH zum Stichtag 30.09.2015 sind:

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	51 %
Rennrodel-, Bob- und Skeletonverband für Sachsen e.V.	39 %
Stadt Altenberg	10 %

Organe:

Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Im Geschäftsjahr 2014/2015 erfolgte die Geschäftsführung durch:

Herrn Matthias Benesch, Bahretal

Am 25.09.2014 wurden in der 28. Sitzung des Aufsichtsrates planmäßig Neuwahlen des Vorsitzes durchgeführt und die Mitglieder berufen:

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft setzt sich im Wirtschaftsjahr 2014/15 wie folgt zusammen:

Frau Kati Hille	Vorsitzender
Herr Bernd Greif	Stellvertreter
Herr Markus Dressler	Stellvertreter
Frau Dr. Sabine Schilka	
Herr Volker Hegewald	
Herr Harald Czudaj	
Herr Thomas Kirsten	
Klaus Pollack	
Wolfgang Strauß	

Wirtschaftsprüfer zur Prüfung des Jahresabschlusses 2014/2015

CONCREDIS Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dresden

Altenberg, den 06. Februar 2016

Matthias Benesch
Geschäftsführer



Bilanzdaten:

	2012/13 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)	2014/15 (in TEUR)
Aktiva			
<i>Anlagevermögen:</i>			
Immaterielles Vermögen	18	7	4
Sachanlagen	88	59	58
<i>Umlaufvermögen:</i>			
Forderungen und sonst. Vermögen	19	17	24
Liquide Mittel	170	148	240
Aktiver RAP	7	4	3
Bilanzsumme	302	234.2	329
Passiva			
<i>Eigenkapital:</i>			
Gezeichnetes Kapital	25	25	25
Gewinnvortrag	9	-10	6
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-33	16	60
Rückstellungen	176	150	183
Verbindlichkeiten	95	54	55
RAP	30	0	0
Bilanzsumme	302	234	329



GuV-Daten:

GuV	2012/13 Ist (in TEUR)	2013/14 Ist (in TEUR)	2014/15 Ist (in TEUR)
Erlöse			
Umsatzerlöse	594	486	733
Sonst. betr. Erträge	790	661	688
Projektförderung			
Materialaufwand	269	304	302
Personalaufwand	622	486	508
Abschreibungen	35	27	18
Sonst. betr. Aufwendungen	487	308	505
Sonst. Zinsen und ähnl. Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	7	5	3
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	-35	17	85
außerordentliche Erträge	0	0	0
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Sonst. Steuern	2	1	25
Jahresüberschuss	-33	16	60



6 Einzeldarstellung der Zweckverbände

6.1 Z-VOE – Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe

Beteiligungsübersicht



Z-VOE – Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe

Anschrift:	Elbcenter Dresden Leipziger Str. 120 01127 Dresden	Telefon:	0351 852 65-0
		Telefax:	0351 852 65 13
		E-Mail:	info@vvo-online.de
		Homepage:	www.vvo-online.de
Gründungsjahr:	1994		

Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Aufgaben des Zweckverbandes

Der Zweckverband hat die Aufgabe, für die Bevölkerung innerhalb seines Gebietes mit den Verkehrsunternehmen einen attraktiven zukunftsweisenden öffentlichen Personennahverkehr abzustimmen. Der Zweckverband verfolgt dabei das Ziel einer Verbesserung des Modal-Splits zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs und der Gewährleistung der Funktionalität der Siedlungen untereinander.

Der Zweckverband hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Festlegung eines einheitlichen Tarifs, einheitlicher Tarifbestimmungen und einheitlicher Beförderungsbedingungen;
- Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs in dem Verbundgebiet, insbesondere durch Entwicklung eines einheitlichen Netzes mit abgestimmten Fahrplänen;
- Koordinierung des Verbundfahrplanes und Herausgabe eines einheitlichen Fahrplanheftes in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen;

Der Zweckverband hat in Abstimmung mit seinen Mitgliedern für die Region Oberelbe einen verbindlichen Nahverkehrsplan zu erstellen, zu beschließen und fortzuschreiben.

Seit 01.01.2000 werden die Geschäfte des Z-VOE durch die Verkehrsverbund Oberelbe GmbH geführt.

Verbandsmitglieder

Landeshauptstadt Dresden	40 %
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	20 %
Landkreis Meißen	20 %
Landkreis Bautzen	20 %



6.1.1 Finanzbeziehungen

Der Zweckverband kann zur Erfüllung seiner gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben von seinen Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben. Im Haushaltsjahr 2015 wurde auf die Erhebung einer Verbandsumlage verzichtet.

6.1.2 Lagebericht

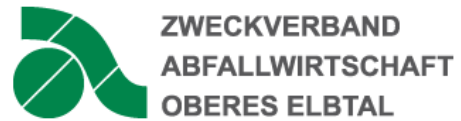
Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes gab es noch keine Beschlussfassung zum Jahresabschluss 2015.

6.1.3 Beteiligungsbericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes gab es noch keine Beschlussfassung in der Verbandsversammlung.



6.2 ZAOE – Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal



6.2.1 Beteiligungsübersicht

ZAOE – Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal

Anschrift:	Meißner Straße 151 a 01445 Radebeul	Telefon:	0351 404040
		Telefax:	0351 40404150
		E-Mail:	info@zaoe.de
		Homepage:	www.zaoe.de

Gründungsjahr: 1993, Sicherheitsneugründung 12.01.2004

Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Aufgaben des Zweckverbandes

Der Zweckverband wird nach den Bestimmungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) und des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (Sächs-ABG) tätig.

Weitere Aufgaben des Zweckverbandes sind:

- Errichtung und Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen einschließlich der Anlagen zum Umschlagen von Abfällen im Verbandsgebiet sowie deren Abschluss und Nachsorge,
- Erarbeitung von Abfallwirtschaftskonzepten und Abfallbilanzen,
- Planung, Sanierung und Rekultivierung sowie Nachsorge für stillgelegte Abfallentsorgungsanlagen (3.6er Deponien),
- Einsammeln und Transport der Abfälle,
- Entsorgung der Abfälle aus privaten Haushalten und Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen,
- Abfallberatung,
- Entsorgung wilder Ablagerungen.

Verbandsmitglieder

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	50 %
Landkreis Meißen	50 %



6.2.2 Finanzbeziehungen

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und Zweckverband

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Gewinnabführung	---	--
Leistungen des Landkreises an den Zweckverband		
Verlustabdeckungen	---	--
Sonstige Zuschüsse	---	--
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	---	--
Sonstige Vergünstigungen	---	--



6.2.3 Lagebericht (Auszug)

Verbandsgrundlagen

Geschäftsmodell

Der Zweckband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) erfüllt für seine Verbandsmitglieder Landkreis Meißen und Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die Aufgaben der Abfallentsorgung als „öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger“.

Verbandsmitglied	Einwohner per 30.06.2015	Fläche in km ² per 31.12.2012
Landkreis Meißen	243.735	1.453,40
Landkreis Sächsische Schweiz -Osterzgebirge	245.822	1.653,67
gesamt	489.557	3.107,07

(Angaben gem. Statistischem Landesamt)

Er ist zuständig für die umweltgerechte Erfassung, Verwertung bzw. Entsorgung von Abfällen aus Haushalten und sonstigen Herkunftsbereichen. Dazu betreibt er 4 Umladestationen und eine Deponie in Eigenregie. Dienstleistungen für den Betrieb und die Bewirtschaftung mehrerer Wertstoffhöfe sowie das Einsammeln, Transportieren, die Verwertung und Beseitigung der Abfälle werden im Rahmen vertraglich gebundener Kapazitäten durch beauftragte Dritte erbracht. Ferner ist der ZAOE zuständig für die Sanierung und Nachsorge stillgelegter Deponien.

Die Stimmenanteile in der Verbandsversammlung entfallen zu je 50 % auf die Verbandsmitglieder.

Der Verband betreibt folgende Anlagen bzw. ist in der Inhaberschaft für folgende Deponien:

Standort	Anlage	Kst.	Bemerkungen
Kleincotta	Umladestation/ Wertstoffhof	7224	Inbetriebnahme 01.07.2003
Gröbern	Deponie	7229	Betrieb durch ZAOE seit 01.01.1998 Beendigung Ablagerung unbehandelter Abfälle zum 31.05.2005 danach Weiterbetrieb gem. Ablagerungsverordnung
	Umladestation/ Wertstoffhof	7226	Inbetriebnahme 02.01.2012
Freital-Saugrund	Umladestation/ Wertstoffhof	7221	Inbetriebnahme 01.11.2002



Standort	Anlage	Kst.	Bemerkungen
Groptitz	Umladestation/ Wertstoffhof	7222	Inbetriebnahme 01.10.2002
Großenhain	Wertstoffhof	6500	Bewirtschaftung durch Fa. REMONDIS seit 01.08.2012
Neustadt/Sa.	Wertstoffhof	6500	Bewirtschaftung durch Fa. Köhl seit 01.10.2012
Nossen	Wertstoffhof	6500	Bewirtschaftung durch Fa. NERU seit 01.12.2015
Meißen (neuer Standort)	Wertstoffhof	6500	Bewirtschaftung durch Fa. NERU seit 16.11.2015
Altenberg*	Wertstoffhof	6500	Bewirtschaftung durch Stadtverwaltung Altenberg seit 01.04.2013 (geöffnet nur saisonal im Sommerhalbjahr)
Dippoldiswalde*	Wertstoffhof	6500	Bewirtschaftung durch Fa. Becker seit 01.10.2012
Weinböhla*	Wertstoffhof	6500	Bewirtschaftung durch Fa. NERU seit 01.10.2012
9 ehemalige Hausmülldeponien Gröbern (Altteil), Baßlitz, Groptitz, Langebrücker Straße, Kleincotta, Rennersdorf, Waldhaus, Saugrund ST 2, Cunnersdorf			
3.6er-Deponien			
Landkreis SOE			
Region Sächsische Schweiz (SäS)		20 Anlagen	8020
Region Weißeritzkreis (WEI)		26 Anlagen	8010
Landkreis Meißen			
Region Meißen (MEI)/		46 Anlagen	8030/
Region Kamenz		28 Anlagen	8060
Region Riesa-Großenhain(RG)			8040

(* diese Wertstoffhöfe wurden nicht durch den ZAOE errichtet – Pacht-/ Mietverhältnisse durch den Bewirtschafter)

Die Steuerung der abfallwirtschaftlichen Zielstellungen erfolgt, unter Beachtung kommunal-abgabenrechtlicher Grundlagen mittels der Gebühren-/Entgeltgestaltung im Rahmen der Gebühren- sowie Abfallwirtschaftssatzungen des Verbandes.

Die Kosten-/Gebührensätze wurden mit der in 2011 erstellten Gebührenkalkulation vom 29. Juli 2011 für den Zeitraum 2012 bis 2016 gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes kalkuliert.



Mit dem Beschluss VV 13/11 der Verbandsversammlung wurde diese Gebührenkalkulation am 28. September 2011 beschlossen. Sie bildet die Grundlage für die ebenfalls am 28. September 2011 durch die Verbandsversammlung gefassten Beschlüsse VV 15/11 zur Neufassung der Satzung des ZAOE über die Erhebung von Gebühren für das Einsammeln, Verwerten und Entsorgen von Abfällen (Abfallgebührensatzung) sowie VV 17/11 zur Neufassung der Gebührensatzung des ZAOE für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen sowie darauf aufbauender Änderungssatzungen.

Es gelten folgende Gebührensätze:

Öffentliche Abfallentsorgung für Haushalte und sonstige Herkunftsbereiche		
Festgebühr pro Person und Jahr:	16,08 €	
<u>Festgebühr Restabfall für Gewerbe pro Quartal</u>	80 l	= 29,37 €
	120 l	= 38,16 €
	240 l	= 64,54 €
	1.100 l	= 253,61 €
	U 2,5 m³	= 561,40 €
	U 5 m³	= 1.111,01 €
<u>Entleerungsgebühr Gewerbe/Haushalte</u>		
Behälter	Bioabfall*	Restabfall
60 l	0,00 €	
80 l		3,83 €
120 l	0,00 €	5,75 €
240 l	0,00 €	11,50 €
1.100 l		52,70 €
U 2,5 m³		119,77 €
U 5 m³		239,55 €
<u>Mietgebühr Rest- und Bioabfallbehälter:</u>	60 l	= 2,72 €
	80 l	= 2,72 €
	120 l	= 4,20 €
	240 l	= 8,40 €
	1.100 l	= 38,50 €
	U 2,5 m³	= 87,50 €
U 5 m³	= 175,00 €	
*Entleerungsgebühren Bio wurden ab 01.01.2015 durch Änderung der Gebührensatzung auf 0,00 € reduziert.		



Gebührensätze für die Anlieferung auf Wertstoffhöfen/ Umladestationen/ Deponie	
Abfälle aus der öffentlichen Entsorgung	145,00 €/t
deponierfähige Abfälle	40,00 €/t
Asbestabfälle	85,00 €/t
Mineralische Dämmmaterialien mit Asbest	145,00 €/t
Entsorgung über Restabfallbehandlungsanlagen - Anlieferung an die Umladestationen	145,00 €/t
Abfälle zur Verwertung	
inerte Abfälle	25,00 €/t
Grünschnitt (Mengen >1 m³)	20,00 €/t
Grünabfälle Mengen bis 1 m³	3,00 €/m³
Stammholz, Wurzelstöcke bis 50 cm Durchmesser	93,00 €/t
Stammholz, Wurzelstöcke ab 50 cm Durchmesser	130,00 €/t
organische Abfälle	35,00 €/t
Altreifen	
	ohne Felge 2,00 €/Stück
	mit Felge 3,35 €/Stück

Neben den Gebühren laut Gebührensatzung berechnet der ZAOE für Anlieferungen an seine Abfallentsorgungsanlagen Entgelte mit Ausweis der Umsatzsteuer im Rahmen eines „BgA Abfallentsorgungsanlagen“ (BgA AEA):

- für Abfälle zur thermischen Behandlung 125,00 €/t (netto)
- für deponierfähige Abfälle 3,00 bis 32,00 €/t (netto)
- für Fremdverwiegungen 2,00 bis 4,50 €/Wägung (netto)

Ziele und Strategien

Die Tätigkeit des Verbandes ist auf eine umweltgerechte Erfassung, Verwertung, Beseitigung von Abfällen, die Gewährleistung der Entsorgungssicherheit sowie eine fach- und sachgerechte Sanierung und Nachsorge stillgelegter Deponien gerichtet. Die Aufgaben richten sich nach § 4 Absatz 2 der Verbandssatzung:

- Erstellung und regelmäßige Fortschreibung von Abfallwirtschaftskonzepten und Abfallbilanzen für das Verbandsgebiet entsprechend § 2 SächsABG,
- Errichtung und Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen einschließlich der Anlagen zum Umschlagen von Abfällen (§ 4 Abs. 2 SächsABG),
- Planung, Sanierung und Rekultivierung sowie Nachsorge für die in der Anlage aufgeführten stillgelegten Abfallentsorgungsanlagen (§ 3 Abs. 6 SächsABG). Hierzu wurde dem Verband die Inhaberschaft über alle Anlagen seiner Verbandsmitglieder gemäß Anlage zur Verbandssatzung übertragen.
- Einsammlung und Transport der Abfälle (§ 15 Abs. 2, § 17 Abs. 1 KrWG),



- Entsorgung der Abfälle aus privaten Haushaltungen und der Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen gemäß § 20 Abs. 1 KrWG einschließlich Kühlgeräte, Elektronikschrott, Schadstoffe, Kraftfahrzeuge, Bioabfall und Verpackungen,
- Abfallberatung (§ 2 Abs. 4 SächsABG),
- Entsorgung „wilder Ablagerungen“ (§ 3 Abs. 4 SächsABG).

Die rechtlichen Grundlagen bilden

- das Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (KrWG),
- das Sächsische Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG), sowie
- das Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz – ElektroG) und
- die vom Verband erlassenen Abfallwirtschafts- und Gebührensatzungen.

Die Schwerpunkte in der Zielsetzung für den Verband lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- **Einsammlung und Verwertung/Beseitigung aller Abfälle aus privaten Haushalten (Rest-, Bioabfall, Sperrmüll, PPK-Erzeugnisse) und sonstigen Herkunftsbereichen,**
- **Erweiterung/Steigerung der getrennten Sammlung von Bioabfällen aus Haushalten,**
- **Ausbau eines bürgernahen Netzes von Wertstoffhöfen zur Erfassung der Wertstoffe und Abfälle.**
- Abschluss der Sanierungsmaßnahmen auf den Deponien des Verbandes,
- bedarfsgerechte und bürgernahe Abfallberatung,
- mittel- bis langfristige Stabilität der Gebühren auf möglichst niedrigem Niveau.

Der ZAOE wird nach den Vorschriften des Sächsischen Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit sowie der Verbandssatzung und der Geschäftsordnung geführt.

Die Verbandssatzung regelt neben den konkreten Aufgaben des Verbandes die Aufgaben, Zuständigkeiten der Organe, Bedingungen zum Ein- bzw. Austritt von Verbandsmitgliedern sowie die Wirtschaftsführung auf der Basis der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung. Die Abfallentsorgung basiert auf den Abfallwirtschafts- und Gebührensatzungen.

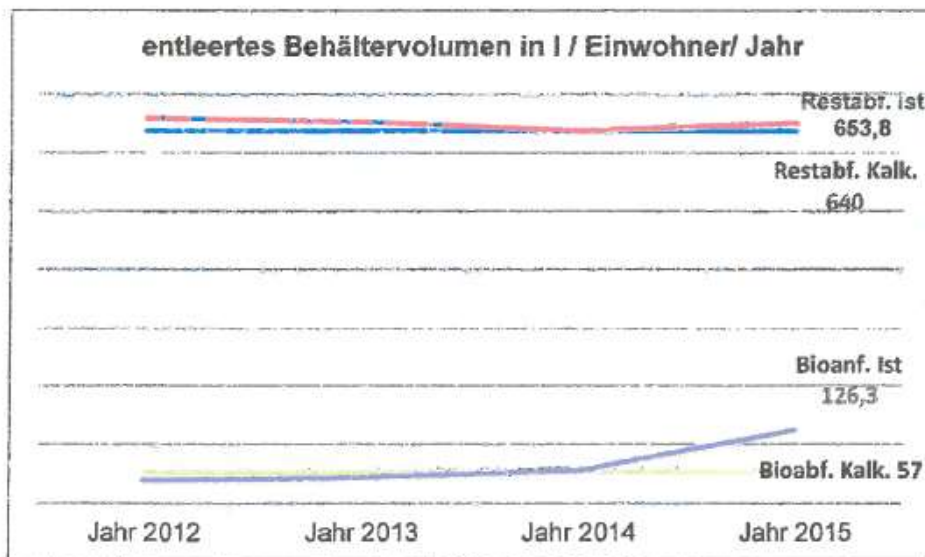
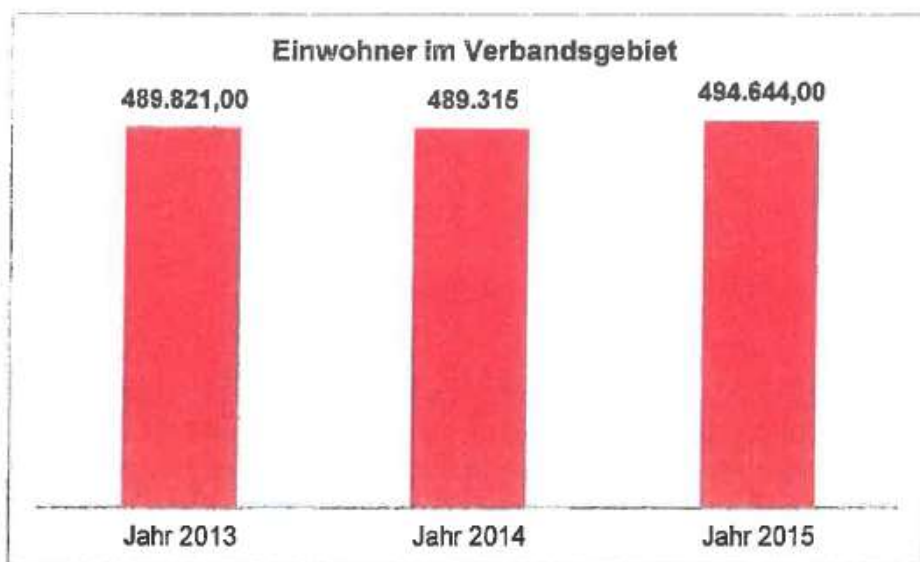
Die Aufgaben/Zielstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2015 für den Verband nicht verändert.

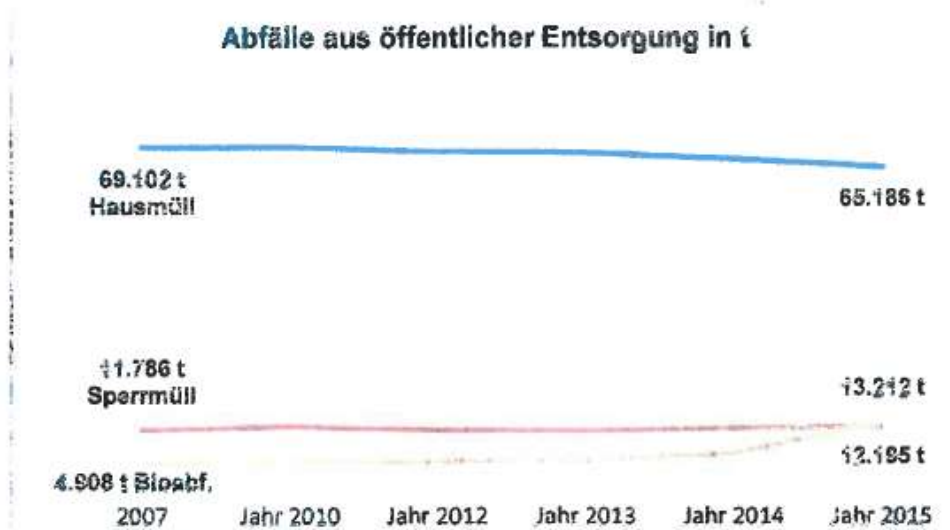


Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die nachfolgenden wichtigen Kenngrößen für die Entwicklung des Verbandes zeigen eine stetige bzw. teilweise sogar eine positive Entwicklung.





Darüber hinaus ist die Entwicklung in der Abfallwirtschaft von weiterführenden gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich einer Vertiefung der Abfalltrennung bzw. stärkeren Vorgaben hinsichtlich des Umweltschutzes geprägt. Die o. g. Entwicklung der wichtigsten Abfallfraktionen stellt sich trotz der sich ständig ausweitenden gewerblichen Sammlungen durch privatwirtschaftliche Unternehmen auch im Bereich des klassisch öffentlichen Bereiches dar.

Das seit längerem von der Abfallwirtschaft erwartete „Wertstoffgesetz“ wurde auch in 2015 nicht verabschiedet, so dass nach wie vor Unsicherheiten in der Abgrenzung zu den Systembetreibern des „Grünen Punktes“ bestehen.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2015 wurde vor allem von folgenden Ereignissen geprägt:

- Durchführung des europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Restabfallverwertung für den Zeitraum 2016 bis 2021,
- Durchführung eigener Aktivitäten zur Zuordnung des Bestandes an PPK-Behältern in der Region Säs,
- Durchführung einer weiteren „Biokampagne“ im Verbandsgebiet zur Einführung einer „kostenlosen“ Biotonne (keine Leerungsgebühr) für den Zeitraum 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2016),
- Fortsetzung der Maßnahmen zur Verdichtung des Wertstoffhofnetzes,
- Weiterentwicklung des Services des ZAOE (EDV-Systeme, Bürgernähe...),
- Fortsetzung der Baumaßnahme zur Sanierung der Deponie Gropitz,
- Straffung des Vertragscontrollings/-managements zur Kontrolle der Einhaltung vertraglich vereinbarter Leistungsparameter (hier insbesondere beim Einsammeln, Transportieren),

Die in 2015 vom Verband eingesammelten bzw. an dessen Anlagen angelieferten Abfallmengen waren bis auf die Mengen für Bioabfall, Selbst- und Kleinanlieferer im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant.



Restabfall	65.186 t (Vj. 66.856 t)
Bioabfall	13.212 t (Vj. 6.876 t)
Sperrmüll	12.195 t (Vj. 12.175 t)
Grünschnitt	14.264 t (Vj. 15.012 t)
PPK-Erzeugnisse	23.788 t (Vj. 23.489 t)
Abfälle von Selbst- und Kleinanlieferern	19.225 t (Vj. 12.278 t)

Als Überdeckung des Gebührenhaushaltes wurde ein Betrag in Höhe von 1.858,9 T€ ermittelt, welcher im Berichtsjahr der Gebührenaussgleichsrückstellung zugeführt wurde. Ein Überschuss aus den nicht dem Gebührenhaushalt zuzuordnenden Bereichen, welcher nach Beschlussfassung dem Eigenkapital zuzuführen ist, wird in Höhe von 689,8 T€ ausgewiesen.

Für die „Betriebe gewerblicher Art“ sind folgende Ergebnisse ermittelt worden:

BgA DSD (Betrieb gewerblicher Art Duales System Deutschland)

Seit 2006 führt der ZAOE die Erlöse und Aufwendungen aus den DSD-Verträgen im Rahmen eines BgA. Die separat zu erstellende GuV weist für das abgelaufene Geschäftsjahr folgendes Ergebnis aus:

	<u>2015</u>	<u>Vorjahr</u>
Erlöse	694,8 T€	695,5 T€
Aufwand	658,3 T€	699,2 T€
Gewinn (abzgl. Steuern)	31,5 T€	-3,7 T€

Damit weist dieser BgA auch im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Gewinn aus.

Zur Ermittlung des Ergebnisses des BgA werden die Kosten wie folgt zugeordnet:

- direkt dem „BgA DSD“ zuordenbare Kosten
- anteilige Kosten des BgA aufgrund des Verhältnissatzes
„im Abfallkalender (AK) für DSD enthaltene Informationen im Verhältnis zu den Gesamtinformationen“.

Für 2015 ergibt sich ein Satz von 7,87 % (Vj. 7,87%).

- 100 % der Sachkosten Kst. 6000 davon 7,87 %



– Overheadkosten

100 % aller Sach- und Personalkosten der Kst. 0200, 0210

100 % aller Sachkosten der Kst. 0220, 0340

50 % Sach- und Personalkosten der Kst 0310 (insg. 4 MA, dav. 2 MA für AK)

$$\frac{\text{MA o. g. Kostenstellen}}{\text{MA ZAOE (VZE)}} = \frac{46,04}{75,92} = 60,64 \% \quad (\text{Vj. } 60,64\%)$$

Davon aber nur 7,87 %, also $60,64 \% \times 7,87\% = 4,77 \%.$

Als Mitbenutzungsentgelt erhielt der ZAOE in 2015 1,42 Euro/Einwohner. In den Verträgen mit den Städte- und Gemeindeverwaltungen wurde ein Kostensatz von 0,90 Euro/Einwohner und Jahr vereinbart (mit einer Gemeinde besteht keine Vereinbarung). Dieser Bereich existiert komplett außerhalb des Gebührenhaushaltes. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Berechnungen zum Ergebnis des „BgA DSD“ wesentlich von den „nicht gebührenfähigen Aufwendungen/Erlösen“ unterscheiden, da die dem BgA zugrunde gelegte Rechnung unter steuerlichen Gesichtspunkten und die der nicht gebührenfähigen Aufwendungen und Erlöse hingegen unter kommunalabgaberechtlichen Gesichtspunkten ermittelt wurde.

BgA AEA (Betrieb gewerblicher Art Abfallentsorgung außerhalb Hoheitsbereich)

Anlieferungen im Rahmen des BgA erfolgen derzeit nur noch auf der Deponie Gröbern. Auf den anderen Anlagen (Kleincotta) fallen aktuell lediglich Fremdverwiegungen unter diesen BgA. Der BgA weist in 2015 folgendes Ergebnis aus:

	2015	Vorjahr
Erlöse	109,6 T€	160,2 T€
Aufwand	181,2 T€	200,8 T€
Gewinn (abzgl. Steuern)	-71,6 T€	-40,6 T€

Im Wesentlichen wird das Ergebnis von den anteiligen Abschreibungen in Höhe von 96,3 T€ (Vj. 112,4 T€) beeinflusst. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war aufgrund eines Schreibens der OFD Karlsruhe zur Bewertung von Abfallanlieferungen (auf Basis der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes) ein Teil der Abfallmengen, die dem BgA-Bereich zugeordnet waren, dem Hoheitsbereich zuzurechnen. Damit ergibt sich für das Jahr 2015 ein Aufteilungsverhältnis zwischen Hoheitsbereich und BgA von 52,99 %/47,01 % (Vj. 27,34%/72,66 %). Ferner werden mittels Umlagesatz von 7,56 % (Vj. 6,61 %) Overheadkosten der Kostenstellen 0320 umverteilt.

Aufgrund der Erfassung der Betriebsstunden der der Deponie direkt zugeordneten Geräte (Raupe, Radlader, Kompaktor, Wasserwagen) werden die der Deponie zuzuordnenden Personalaufwendungen auf Basis dieser Betriebsstunden ermittelt und verbucht.

Zur Ermittlung des Ergebnisses des BgA werden die Kosten wie folgt zugeordnet:

- direkt dem Deponiebetrieb der „BgA“ Abfälle zuordenbare Kosten
- anteilige Kosten des Deponiebetriebes aufgrund des Verhältnissatzes



angelieferte Mengen (Deponie) BgA = 8.111,28 t = 47,01 % (VJ 72,66 %)
Summe angelieferter Mengen Deponie 17.253,48 t

- anteilige Kosten des Eingangsbereiches Gröbern (Waage) aufgrund des Verhältnissatzes

angelieferte Mengen BgA + Fremdwiegungen = 8.228,3 t = 10,91 % (Vj. 10,87 %)
Summe verwogene Mengen Waage ZAOE 75.428,9 t

- die Overheadkosten des Sachgebietes Anlagenbetriebes (Kst. 0320) werden wie folgt ermittelt:

angelieferte Mengen (Deponie) BgA = 8.111,28 t
abgelagerte + umgeschlagene Mengen = 107.236,89 t = 7,56 % (Vj. 6,61 %)

Die Ermittlung des Anteils für die Rückstellungen, die dem BgA zuzurechnen sind, wurde wie folgt vorgenommen:

- Zuführung Rückstellung (siehe Pkt. 2) 64.033,29 € * 47,01 % = 30.102,05 €
- anteilige AfA Deponie Gröbern: 204.910,35 € * 47,01 % = 96.328,36 €

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhielt der ZAOE keine Zuwendungen zur Förderung von Sanierungsmaßnahmen für die Deponien.

Die Weißeritz Humuswerk Besitzgesellschaft mbH (51 % Anteile ZAOE) weist im Berichtsjahr einen Überschuss von 4,1 T€ aus (Vorjahr = 4,3 T€).

Die Entwicklung des Stellenplanes/der Ist-Besetzung bzw. der Personalkosten stellt sich wie folgt dar:

	2012		2013		2014		2015	
	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist
<u>Mitarbeiter gesamt</u>	79,0	73,7	78,0	73,8	79,0	75,92	77,63	75,92
dar. Geschäftsstelle	59,0	53,9	57,0	55,9	58,0	55,04	57,00	55,04
dar. Abfallentsorgungsanlagen	20,0	19,8	21,0	17,9	21,0	20,88	21,63	20,88
Personalaufwand in T€	3.675,6	3.514,1	3.746,2	3.783,5	3.773,4	3.678,6	3.873,6	3.814,9

(die Ist-Angaben der Anzahl der Mitarbeiter basieren auf dem Stand per 30.06. des Jahres)

Während des vergangenen Geschäftsjahres wurden Aushilfskräfte zur Überbrückung von Engpässen bzw. zur Abarbeitung von Kampagnen eingesetzt. Zum Abschlussstichtag waren drei Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt.

Zum Abschlussstichtag wurden für 2 Atz-Arbeitsverhältnisse Rückstellungen gebildet (Ruhephase). Neue Atz-Arbeitsverhältnisse wurden nicht abgeschlossen. Es bestand ein Ausbildungsverhältnis (Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft).



Im Verband gelten mehrere Vereinbarungen mit dem Personalrat. Diese regeln die betriebliche Gleizeit, das leistungsorientierte Entgelt, die Kostenübernahme bei Bildschirmarbeitsplatzsehhilfen, den Umgang mit Suchtgefährdeten, die Anwendung von Telekommunikationsanlagen, das betriebliche Eingliederungsmanagement, die Videoüberwachung auf Abfallentsorgungsanlagen, den Umgang im Fall von Mobbing, den Einsatz von Mitarbeitern auf Wertstoffhöfen des ZAOE. Des Weiteren gibt es einen Sozialplan.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Von den im Berichtsjahr für Investitions- und Abschlussmaßnahmen zur Verfügung gestellten Mitteln in Höhe von 5.353,9 T€ (dar. 2.039,9 T€ Übertrag aus Vj.) wurden nur 1.497,7 T€ für Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. In Finanzanlagen wurde in Höhe von 7.000,0 T€ investiert. Die in 2015 getätigten Investitionen wurden aus vorhandenen liquiden Mitteln finanziert.

Den Schwerpunkt im Rahmen der Investitionstätigkeit bildeten folgende Maßnahmen:

- Erwerb mobiler Technik, Container
- Ersatz von Büro- und Geschäftsausstattungen
- Bau von Wertstoffhöfen
- Sanierung, Erweiterung von Verkehrsflächen der Umladestationen

Die Anlagenquote (Anlagevermögen/Bilanzsumme) stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	<u>2015</u>	<u>Vorjahr</u>
Anlagenquote	50,8 %	34,7 %

Der Aufwand für Maßnahmen zur Sanierung von Deponien betrug in 2015 1.861,9 T€ (im Wesentlichen die Sanierungsmaßnahme Deponie Groptitz).

Der Aufwand für laufende Nachsorgemaßnahmen der Deponien betrug 662,2 T€ (Vj. 867,2 T€), davon wurden 163,6 T€ durch erzielte Erlöse (Verstromung von Deponiegas, Mieten, Pachten) abgedeckt.

Die vom Verband gebildeten Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>31. Dez. 2015</u>	<u>31. Dez. 2014</u>
Rekultivierungsrückstellung	29.725,3 T€	30.118,7 T€
Sonstige-/Steuerrückstellungen	837,5 T€	1.109,7 T€
Rückstellung Kostenüberdeckung	<u>7.111,7 T€</u>	<u>10.827,7 T€</u>
	37.674,5 T€	42.056,1 T€

Im Rahmen der Gebührenkalkulation 2017 – 2021 wurde die Nachkalkulation der Jahre 2012 – 2015 überarbeitet, was zu Korrekturen hinsichtlich der bisher ausgewiesenen Gebührenüberdeckungen und somit zu einer Anpassung der Gebührenausgleichsrückstellung führt. Der ausgewiesene Betrag von 7.111,7 T€ bezieht sich auf den Stand per 31. Dezember



2015. Die für das Geschäftsjahr 2015 ausgewiesene Überdeckung in Höhe von 1.858,9 T€ wurde im Berichtsjahr der Gebührenaussgleichrückstellung zugeführt.

Das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital untergliedert sich in mehrere Einzelpositionen wie folgt:

Eigenkapital gesamt 5.645,3 T€

darunter:

- 1.186,5 T€ Eigenkapital zum Bilanzstichtag Vorjahr
- 689,8 T€ dem Eigenkapital aus den positiven Salden der nicht dem Gebührenhaushalt zuzuordnenden Erlöse/Aufwendungen zuzuführenden Überschuss des Geschäftsjahres
- 3.761,8 T€ einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführenden Betrag, der sich aus dem Saldo der nach HGB (29.725,3 T€ - bilanzierten) und nach KAG ermittelten (33.487,0 T€) Rekultivierungsrückstellung ergibt;
- 7,2 T€ positiver Saldo der gebuchten Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen aus den Jahren vor 2006;

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht.

Finanzlage

Aufgrund der sehr hohen Rückstellungen, welche mit 59,0 % (Vj. 69,5 %) durch Guthaben bei Kreditinstituten gedeckt sind, ist die Finanzlage des Verbandes sehr gut. Zum Abschlussstichtag werden 22.226,1 T€ (Vj. 29.244,7 T€) an Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen. Der überwiegende Teil davon ist als Geldanlagen bei Kreditinstituten des öffentlichen Sektors gebunden.

In den Jahren 2014 und 2015 wurden Investitionen in Ertrag bringende Finanzinstrumente getätigt. Sie betreffen langfristige Inhaberschuldverschreibungen und Ausleihungen über 12.500,0 T€ (Vj. 6.000,0 T€). Die Mittel stehen mittelfristig zur Finanzierung der Rekultivierungsrückstellungen zur Verfügung.

Ertragslage

Die Erlöse aus Benutzungsgebühren sind mit 24.887,9 T€ um 0,7% geringer als im Vorjahr (Vj. 25.065,9 T€). Die Summe der Erlöse weiterer Abfallfraktionen bzw. sonstiger Erträge betrug 9.837,5 T€ (Vj. 3.718,7 T€). Der Differenzbetrag resultiert neben der Auflösung der Rückstellung für Gebührenaussgleich 2012 - 2014 in Höhe von T€ 5.574,9 T€ im Zuge der Anpassung der Bewertungsparameter im Wesentlichen aus 233,6 T€ höheren Erlösen für die Verwertung von PPK-Erzeugnissen und 279,9 T€ höheren Erlösen für Anlieferungen an den Umladestationen des Verbandes (Selbst- und Kleinanlieferer).

Zinsen und ähnliche Erträge und Erträge aus Wertpapieren konnten in 2015 nur noch in Höhe von 314,5 T€ erzielt werden (Vj. 801,0 T€).



Die wichtigsten Kostenpositionen haben sich wie folgt entwickelt:

	<u>2015</u>	<u>Vorjahr</u>	<u>Abw.</u>
Fremdleistungen	20.819,9 T€	19.732,8 T€	+ 5,5%
Personalaufwand	3.814,9 T€	3.678,6 T€	+ 3,7%
Abschreibungen	991,9 T€	942,4 T€	+ 5,3%
sonstige Aufwendungen	1.822,5 T€	1.671,8 T€	+ 9,0%

Die o. g. Positionen zeigen durchgängig eine Steigerung.

Im Geschäftsjahr 2015 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 4.451,6 T€ (im Vj. 118,2 T€) ausgewiesen (Untergliederung siehe Ausführungen zum Eigenkapital).

Plan/Ist Vergleich

a) Erlöse

Position	Ist in T€	Plan in T€	Abw. in T€	Erläuterung
Gebühren aus öffnl. Entsorgung	24.887,9	23.190,0	1.697,9	nahezu keine Reduzierung Einwohner/gestiegenes entleertes Behältervolumen bei Restabfall
Auflösung Gebührenüberdeckung	902,0	902,0	-	
Benutzungsgebühren Grünschnitt und Reifen	173,1	140,9	32,2	gestiegene Mengen, Umverteilung von der kostenlosen Sammlung zur kostenpflichtigen Anlieferung
Benutzungsgebühren für KPA	30,3	15,0	15,3	
Wertstofflös PPK	2.127,8	1.910,0	217,8	Erlöse entsprechend Marktpreisen für Verwertung PPK-Erzeugnisse
aus Wertstofffassung	8,8	4,0	4,8	
Erlöse Selbst- u. Kleinanlieferer	880,0	585,0	295,0	gestiegene Anlieferungsmengen
erhaltene Zuschüsse (DSD)	694,8	695,3	-0,5	Vergütung DSD-Nebentgelte entsprechend Einwohnerzahl
Zinsen u. ä. Erträge, Erträge aus Wertpapieren	314,5	485,6	-171,1	gesunkenes Zinsniveau



Position	Ist in T€	Plan in T€	Abw. in T€	Erläuterung
Zinsertrag aus Diskontierung	0	0	-	
Sonstige übrige Erträge	5.922,6	220,3	5.702,30	Auflösung der Rückstellung für Kostenüberdeckung 2012 - 2014
Summe Erlöse gesamt (GuV)	35.941,8	28.148,1	7.793,7	
Gebührenausgleichsrückstellung	1.858,9	- 1.003,3	2.862,2	Anpassung der Bewertungsparameter

b) Aufwendungen

Position	Ist in T€	Plan in T€	Abw. in T€	Erläuterung
Abfallsammlung/-transport/-entsorgung	20.819,9	20.626,0	193,9	
Zuführung zu Rückstellungen	64,0	28,2	35,8	Zuführung entsprechend Verbrauch Deponievolumen Gröbern
Sonst. Materialaufwendungen	171,9	151,6	20,3	
Personalaufwand	3.814,9	3.873,6	-58,7	
Abschreibungen	991,9	1.293,6	-301,7	keine vollständige Umsetzung geplanter Investitionen
sonst. betriebl. Aufwand	1.822,5	2.052,1	-229,6	insbesondere geringere Geschäftsausgaben
Zinsen u. ä. Aufwendungen	1.860,3	1.000,0	860,3	höhere Rückstellung, damit höhere Verzinsung
Steuern	85,9	5,9	80,0	im Wesentlichen Kapitalertragsteuer inkl. Solidaritätszuschlag 2013 im Zuge der Rückabwicklung eines Teils des BgA AEA
Summe Aufwendungen gesamt (GuV)	29.631,3	29.031,0	600,3	



c) Finanzierungsübersicht (Abrechnung Liquidität-/Investitionsplan)

Folgende Abweichungen ergeben sich:

Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	Plan	= - 7.687,5 T€
	Ist	= 1.086,6 T€

Die gravierendste Abweichung zwischen Plan und Ist resultiert aus einem umfassenden Ansatz von Deponiesanierungsmaßnahmen (- 8.378,7 T€, Verbrauch von Rückstellungen). Um bei der Gewährung von Fördermitteln bzw. im Vorfeld von Ausschreibungen die finanzielle Absicherung nachweisen zu können, ist ein umfassender Ansatz zu wählen. Tatsächlich wurden Maßnahmen in erheblich geringerem Umfang umgesetzt, was zu einem deutlich geringeren Mittelabfluss (- 2.360,9 T€) führte.

Cashflow aus Investitionstätigkeit	Plan	= - 4.834,0 T€
(inkl. Reaktivierung Deponie Gröbern)	Ist	= - 8.105,2 T€

Geplante Maßnahmen zur Errichtung von Wertstoffhöfen bzw. Ersatzbeschaffungen (Fahrzeugtechnik, Container), Sanierungsmaßnahmen auf Umladestationen wurden in die Folgejahre verschoben. Dafür wurden verfügbare liquide Mittel in Höhe von 7.000,0 T€ in Finanzanlagen investiert.

Die Liquidität verringerte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 7.018,6 T€. Geplant war eine Verringerung in Höhe von 12.521,5 T€.

Die Zahlungsfähigkeit des ZAOE war jederzeit gegeben.

Abschließend kann der Geschäftsverlauf des Jahres 2015 als durchweg positiv bewertet werden.

Nachtragsbericht

Für das Jahr 2016 wurden mit dem Gebührenbescheidlauf 2016 als Vorausleistung zum Stichtag 7. März 2016 24.273,2 T€ ermittelt (zum Vergleich: Ist-Abrechnung für 2015 = 24.138,5 T€, Stichtag 25. Februar 2016).

Im März 2016 wurde begonnen die Gebührenkalkulation des Folgezeitraums 2017 bis 2021 vorzubereiten. Aus den Ergebnissen (Nachkalkulation 2012 bis 2016, Aus-/Eingliederung kalkulatorischer Zinsen, Neubewertung von Maßnahmen zum Deponieabschluss und Nachsorge) ist zu erwarten, dass die Rekultivierungsrückstellung bzw. Ergebnisermittlung (Gebührenhaushalt) zum kommenden Abschlussstichtag angepasst werden müssen.

Weitere gravierende Ereignisse sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Prognosebericht

Der Verband wird auch in 2016 bzw. den Folgejahren auf der Grundlage der ihm zugewiesenen hoheitlichen Aufgaben tätig sein und eine entscheidende Rolle im Rahmen der Abfallentsorgung im Verbandsgebiet spielen.



Im Wirtschaftsplan 2016 wird mit Umsatzerlösen in Höhe von 26.312,3 T€ geplant (Ist 2015 = 28.108,0 T€). Im Planjahr ist eine Gebührenunterdeckung von 34,9 T€ veranschlagt. Diese Unterdeckung wird finanziert aus der bisher gebildeten Gebührenaussgleichsrückstellung. Der Haushaltsausgleich ist aufgrund der eingeleiteten Biotonnenkampagne bis Ende 2016 nicht gefährdet. Gleiches gilt für die Gebührenstabilität bis zum Ende des Kalkulationszeitraumes 2016.

Mit der eingangs dargestellten Entwicklung des zu entleerenden Behältervolumens bzw. der Einwohnerzahl wird auch für die Folgejahre von einer stabilen Entwicklung ausgegangen.

Die derzeitige Gebührenkalkulation endet mit dem Jahr 2016. Aufgrund der gebildeten positiven Gebührenaussgleichsrückstellung wird es aller Voraussicht nach auch im folgenden Kalkulationszeitraum möglich sein, eine stabile Gebührenentwicklung darzustellen.

Die sich ab 2017 anschließende Gebührenkalkulation wird wieder für fünf Jahre bis 2021 erstellt. Die Vorlage ist für Mitte des Jahres 2016 vorgesehen.

Für 2016 wird ein Gesamtinvestitionsvolumen von 6.499,4 T€ vorgehalten (Ist 2015 = Sachanlagevermögen 1.497,7 T€ und Finanzanlagen 7.000 T€). Davon entfallen 3.523,9 T€ auf Mittel aus dem Berichtsjahr (Mittelübertrag). Die wichtigsten Maßnahmen sind:

- die weitere Errichtung von Wertstoffhöfen,
- die Sanierungsmaßnahmen auf Umladestationen,
- die Anschaffung von technischen Ausstattungen,
- der Ersatz, die Erweiterung von Büro- und Geschäftsausstattungen.

Für das Jahr 2016 sowie die Folgejahre ist der weitere Ausbau des Wertstoffhofnetzes vorgesehen. In Vorbereitung befinden sich Wertstoffhöfe in Pirna-Copitz, Königstein, Dippoldiswalde und Radebeul. Ferner ist davon auszugehen, dass weitere Maßnahmen erforderlich werden, um die Abfalltrennung zu vertiefen und entsprechend der gesetzlichen Vorgabe des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu entwickeln. Des Weiteren ist derzeit noch nicht abzuschätzen, inwieweit das bereits seit längerem avisierte Wertstoffgesetz die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse des Verbandes beeinflusst.

Das für 2016 geplante Jahresergebnis beträgt 150,1 T€ und liegt damit wieder auf dem Niveau von 2014.

Risikobericht

Die sich für die Entwicklung bzw. den Geschäftsverlauf ergebenden Risiken werden nachfolgend dargestellt bzw. bewertet.

Versicherungsrisiko

Folgende Risiken sind im Rahmen der Versicherungen beim Ostdeutschen Kommunalversicherungsverband bzw. dem Kommunalen Schadensausgleich abgedeckt:

- Haftpflicht-VS
- Gebäude-VS
- Elementar-VS



- Inventar-VS (Geschäftsstelle/Abfallentsorgungsanlagen)
- Elektronik-VS (Geschäftsstelle)
- Maschinen-VS
- Kfz-VS einschließlich KASKO-VS
- Umwelthaftpflicht-VS (Umladestationen Kleincotta, Gröbern, Saugrund)
- Vermögenseigenschaden-VS
- Vermögenshaftpflicht-VS

Schäden im Rahmen einer Bauleistungsversicherung sind nicht abgedeckt, da Risiken aus diesem Bereich als gering eingeschätzt werden.

Im Berichtsjahr ereigneten sich 6 Schadensfälle. Davon 1 Kaskoschaden an Kfz und 5 Haftpflichtschäden (Schäden, die durch Fremdverschulden dem ZAOE zugefügt wurden). Der Gesamtschaden in Höhe von 6.117,07 Euro wurde durch die Versicherer bzw. Verursacher in vollem Umfang reguliert.

Auslastung von Kapazitäten

Das auf der Deponie Gröbern, 1. Bauabschnitt zum 1. Januar 2016 noch verfügbare Restvolumen beträgt:

	<u>01/2016</u>	<u>Vorjahr</u>
Gesamtvolumen	111.651 m ³	119.595 m ³
dav. im Plateaubereich (für BMA, tBRM)	71.604 m ³	75.775 m ³
dav. für Asbestabfälle	3.375 m ³	6.786 m ³
dav. im Böschungsbereich (für tBRM)	36.672 m ³	37.034 m ³

(Die o. g. Restvolumina sind unter der Voraussetzung der Böschungsnachprofilierung ermittelt.)

Der ZAOE hat folgende Kapazitäten vertraglich gebunden:

- Auslastung des Humuswerkes in Freital
optimale anzuliefernde Menge (Bioabfall, Grünschnitt) 11.500,0 t/Jahr
in 2015 angelieferte Menge 11.821,5 t

Damit ist die optimale Anlieferung der vertraglich gebundenen Kapazität im Humuswerk Freital mit 2,8 % (Vj. 2,9 %) überschritten. Grund dafür ist eine schwierigere Steuerung von Abfallströmen aufgrund stark gesteigener Mengen an Bioabfall und Grünschnitt.

- Erfüllung der bring or pay-Verpflichtungen aus den Dienstleistungsverträgen zur thermischen Restabfallbehandlung

Für die Verträge zur Anlieferung an die thermischen Behandlungsanlagen gilt als Berechnungsjahr der Zeitraum vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015.



	MVV Leuna	RETA	
		<u>Los 1</u>	<u>Los 2</u>
Mengenkorridor	47.500 - 52.499 t	10.000 - 15.000 t	7.000 - 10.000 t
angelieferte Menge	47.616 t	13.099 t	8.527 t

Die Verträge zur Restabfallbehandlung wurden mit Wirkung zum 1. Juli 2016 neu ausgeschrieben.

Vertragsrisiko

Die für den Verband im Hinblick auf das laufende Geschäft wichtigsten Verträge, die über den 31. Dezember 2015 hinaus bestehen, sind:

- Vertrag mit der MVV Umwelt Asset GmbH (ehem. TREA Leuna) zur Behandlung von 50.000 t Restabfall,
- Verträge mit der REMONDIS Thermische Abfallverwertungs GmbH - RETA (ehem. EVZA Staßfurt) zur Behandlung von ca. 20.000 t Restabfall (2 Lose, 10.000-15.000t/a und 7.000 -10.000 t/a),
- Verträge zum Transport von Restabfällen von den Umladestationen Sauggrund, Kleincotta, Gropitz zu den Behandlungsanlagen mit der GiNO Entsorgungs GmbH,
- Vertrag zum Transport von Restabfällen von der Umladestation Gröbern zu den Behandlungsanlagen mit der NERU GmbH & Co. KG,
- Mietverträge zwischen dem ZAOE und der Kreissparkasse Meißen vom 25. April 2006 mit den entsprechenden Nachträgen zur Anmietung von Büro- und Archivräumen in 01445 Radebeul, Meißner Straße 151 a,
- Verträge zum Einsammeln, Transportieren und Verwerten von Abfällen aus Haushalten mit der Becker Umweltdienste GmbH für die Regionen Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis,
- Vertrag über das Einsammeln, Transportieren und Verwerten von Abfällen aus Haushalten mit der REMONDIS Elbe Röder GmbH für die Regionen Meißen und Riesa-Großenhain,
- Vertrag zu Sammlung und Transport von PPK-Erzeugnissen mit der Becker Umweltdienste GmbH für die Regionen Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis,
- Verträge zur Sammlung von PPK Erzeugnissen mit der NERU GmbH & CO. KG für die Region Meißen und mit der REMONDIS Elbe Röder GmbH für die Region Riesa-Großenhain (letzteres ab 1. Januar 2015),
- Vertrag zur Verwertung von Sperrmüll mit der Becker Umweltdienste GmbH für beide Landkreise,
- Verträge zur Verwertung von PPK-Erzeugnissen mit der VEOLIA Umweltservice Ost GmbH & Co. (Regionen SäS, MEI und WEI) sowie der REMONDIS Elbe Röder GmbH (Region RG),



- Vertrag zur Anlieferung von Bio- und Grünabfällen mit der Humuswerk GmbH & Co. KG in Freital,
- Verträge zur Reinigung der DSD-Containerstandplätze mit den Städten und Gemeinden im Verbandsgebiet,
- Vertrag zur Sammlung und Entsorgung von Schadstoffen mit der VEOLIA Umweltservice Ost GmbH & Co. für den Landkreis SOE,
- Vertrag zur Sammlung und Entsorgung von Schadstoffen mit der NERU GmbH & Co. KG für den Landkreis MEI,
- diverse Wartungsverträge (BHKW, Umladestationen ...).

Risiken, die sich für einige Verträge aus einer schlechten Leistung ergeben, sind im Berichtsjahr gesunken. Die Qualität der Leistungen hat sich verbessert. Die vom Auftragnehmer vertraglich geschuldete Leistung „Verknüpfung“ der Behälter zur Sammlung von PPK-Erzeugnissen mit dem Softwaresystem (des ZAOE) MAWIS in den Regionen Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis steht nach wie vor noch aus. Hieraus könnte sich durchaus ein Rechtsstreit entwickeln.

Ferner wurde der Vertrag zur Verwertung von Sperrmüll durch den Auftragnehmer gekündigt. Aufgrund der Entwicklung der Rohstoffpreise und des damit verbundenen Absinkens der Erlöse für Recyclingmaterial konnte im Rahmen des bestehenden Vertragsverhältnisses kein wirtschaftliches Ergebnis mehr erzielt werden. Die Neuausschreibung ergab eine Verdopplung der Kosten für diese Leistung.

Risiken aus Rechtsstreitigkeiten

- Freistaat Sachsen/Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, AZ: 3 K 3821/14

In diesem Verfahren ist der ZAOE Beigeladener. Es handelt sich um den Sachverhalt, dass der Staatsbetrieb Forst selbst verantwortlich ist, auf seinen Grundstücken wilde Ablagerungen zu beseitigen, was dieser bestreitet;

- ZAOE/Freistaat Sachsen, VG Dresden, AZ: 3 K 818/12

Am 15. Juni 2012 erhob der ZAOE Klage auf Erteilung der am 12. März 2012 beantragten Genehmigung zur Errichtung einer Photovoltaik-Pilot- und Demonstrationsanlage auf Flächen der stillgelegten Deponie Gröbern (Altkörper). Dieses Verfahren ist zwischenzeitlich durch Abweisung der Klage beendet worden. Kosten entstehen dem ZAOE daraus nicht, da diese von der CWH Ingenieurgesellschaft, in deren Auftrag der Rechtsstreit geführt wurde, übernommen werden.



– ZAOE/Freistaat Sachsen VG Dresden, AZ: 3 K 683/15

Die LDS hat mit Bescheid vom 18. Juli 2014 ihren Bescheid vom 4. Dezember 2012 über Fördermittel von 280.373,- € zurückgenommen. Dagegen hat der ZAOE mit Schreiben vom 5. August 2014 Widerspruch erhoben, über den noch nicht entschieden wurde. Sollte der ZAOE im weiteren Verfahren vor dem Verwaltungsgericht unterliegen, kommen auf ihn keine Rückzahlungsforderungen zu, denn der ZAOE hat besagte Fördermittel bisher nicht erhalten.

Mit der Klageerhebung sind dem ZAOE bisher Gerichtskosten in Höhe von 6.849,0 € entstanden, die er im Fall des Obsiegens erstattet bekommt. Besagte Fördermittel wurden nicht ausgezahlt, insofern erfolgt im Fall des Unterliegens des ZAOE auch keine Erstattung derselben.

– ZAOE/Freistaat Sachsen wegen Untersagung gewerblicher Sammlungen

Der ZAOE erhebt im 1. Halbjahr 2016 Klage gegen den Freistaat Sachsen mit dem Ziel, die Untersagung gewerblicher Sammlungen (Altpapier und Sperrmüll) zu erreichen. Mit Widerspruchsbescheid vom 6. Januar 2016 hat die Landesdirektion eine Untersagung abgelehnt.

– Johann Oberhoffner /ZAOE AG Pirna, AZ: 13 C 356/14

Herr Oberhoffner nahm den ZAOE im Rahmen eines Prozesskostenhilfverfahrens wegen Schadenersatz, Unterlassung und Auskunft in Anspruch. Die Klage wurde mit Urteil vom 4. Juni 2015 abgewiesen.

– Renate Schubert/Wohnungsgenossenschaft Riesa e.G., AG Riesa, AZ 5 C 636/14; LG Dresden, AZ: 5 S 324/15

In einem Klageverfahren hinsichtlich der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht an einem Abfallcontainerstandplatz ist der ZAOE auf Seiten der Beklagten Verfahrensbeteiligter. Die Klage wurde mit Urteil vom 23. Juni 2015 abgewiesen. Die dagegen eingelegte Berufung vor dem Landgericht nahm die Klägerin mit Schriftsatz ihres Prozessbevollmächtigten vom 17. Dezember 2015 zurück.

Risiken aus Finanzinstrumenten

Aufgrund der Situation am Kapitalmarkt hat der Verband in 2014 damit begonnen, umfangreicher in Finanzinstrumente zu investieren. Diese Verfahrensweise wurde Anfang 2015 fortgesetzt. Folgende Anlagen wurden getätigt:

<u>Betrag</u>	<u>Anlage/Institut</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Laufzeit bis</u>
500 T€	Inhaberschuldverschreibung der Bayerischen Landesbank	0,9 steigend	2021
1.500 T€	dto.	1,35 - 3,0	2022
1.500 T€	Inhaberschuldverschreibung der HSH Nordbank AG	2,0 - 4,0	2022
1.000 T€	dto.	1,0	2019



<u>Betrag</u>	<u>Anlage/Institut</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Laufzeit bis</u>
1.000 T€	dto.	0,95	2020
1.500 T€	dto.	1,0 - 2,0	2020
1.500 T€	dto.	1,0 - 2,0	2017
3.000 T€	dto.	0,5 – 1,0	2018
1.000 T€	Schuldscheindarlehen an UniCreditBank AG	1,16	2019

Bei sämtlichen Anlagen ist die 100%ige Rückzahlung des eingezahlten Betrages garantiert. Somit bestehen keine Preisänderungsrisiken. Das Ausfallrisiko der Emittenten ist durch das Einlagensicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe bzw. den Einlagensicherungsfonds deutscher Banken e.V. abgesichert. Ein Liquiditätsrisiko für den Verband besteht nicht. Zum einen verfügt der Verband über weitere umfangreiche liquide Mittel, zum anderen sind o. g. Anlagen handelbar, so dass durchaus ein vorzeitiger Ausstieg aus der Anlage (dann aber ggf. mit Verlust) möglich ist.

Zinsen auf Termingelder bzw. Girokonten haben sich weiter nach unten entwickelt und betragen derzeit ca. 0%. Auch negative Zinsen sind nicht auszuschließen.

Weitere Risiken

Das im Vorjahr beschriebene Risiko hinsichtlich der Stabilität der Entsorgungsleistungen der „Dualen Systeme“ in Deutschland besteht derzeit nicht mehr bzw. nicht mehr in erheblichem Umfang. Als sich aber zusätzlich abzeichnendes Risiko ist darzulegen, dass seitens der Landesdirektion in zunehmendem Maße Sanierungsmaßnahmen gefordert werden, die bisher entweder gar nicht oder nicht im auszuführenden Umfang bekannt waren. Beispielsweise fordert die Landesdirektion nunmehr grundsätzlich mindestens 1,50 bis 2,0 m für die Höhe der Rekultivierungsschicht bei Deponiesanierungen, die bisher übliche Höhe, mit der die Deponien auch saniert wurden, betrug 1,0 m. Dies führt zur Ausweitung der Rekultivierungsverpflichtungen.

Risikomanagementsystem

Ein detailliert definiertes Risikomanagementsystem liegt im Verband nicht vor.

Um die wirtschaftliche Lage bzw. Entwicklungen des Verbandes abzubilden, werden nachfolgend aufgelistete Kennzahlen herangezogen:



Kennzahlensystem(e) des ZAOE		
Bezeichnung	Untergliederung	Auswertung
Abfallmengen aus Sammlung Haushalte, Gewerbe Rest-/Bioabfall, Sperrmüll, PPK	nach Regionen	monatlich
Abfallmengen aus Anlieferung an die Umladestationen Sperrmüll, Grünschnitt, Sonstige	nach Umladestationen	monatlich
Abfallmengen Transport zu den Behandlungsanlagen	nach Vertragslosen	monatlich
Abfallmengen Anlieferung/Ablagerung auf der Deponie Gröbern	nach Abfallarten	monatlich
Abfallmengen Anlieferung an Humuswerk Freital		monatlich
Anzahl ausgestellter Behälter Rest-/Bioabfall, PPK	nach Regionen	monatlich
Anzahl Behälterentleerungen Rest-/Bioabfall	nach Regionen	monatlich
Anzahl an die Abfallentsorgung angeschlossene Einwohner (Stand MAWIS)	nach Regionen	monatlich
beigetriebene Forderungen	div. Untergliederung	quartalsweise
Stand offener Forderungen	nach Regionen	quartalsweise
betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA)	nach Kostenarten	quartalsweise
spezifisches entleertes Behältervolumen pro Einwohner und Jahr/Woche	nach Abfallarten nach Regionen	jährlich nach Anforderung
spezifisches Abfallaufkommen pro Einwohner und Jahr	nach Abfallarten nach Regionen	jährliche nach Anforderung

Weitere Statistiken/Auswertungen werden turnusmäßig erstellt:

- Abgleich der Ist-Besetzung der Umladestationen/Deponie, Sickerwasserreinigungsanlage mit einer Soll-Vorgabe (quartalsweise),
- Entwicklung des Krankenstandes (halbjährlich),
- automatisierter Abgleich von Behälterleerungsdaten, um die Verbuchung von Doppelentleerungen für einzelne Behälter zu vermeiden (laufend),



- Abgleich der Behälterleerungsdaten, um eine getrennte Erfassung von Bio- und Restabfall zu kontrollieren (partiell, auf Anforderung)
- turnusmäßige Kontrolle der laufenden Verträge im Verband im Rahmen des neu eingeführten Vertragsmanagementsystems.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde analog dem bereits umgesetzten ELO-gestützten Vertragsmanagementsystems auch ein Genehmigungsmanagementsystem eingeführt, was alle im Verband vorhandenen Genehmigungsbescheide abbilden soll. Der Abschluss der Einführungsphase ist für Mitte 2016 vorgesehen.

Insgesamt lässt die Einschätzung der Risikolage zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Verbandes gefährdenden Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für den mittelfristigen Zeitraum nicht erkennbar sind.

Radebeul, 10. Juni 2016

Lutz Hensel
Geschäftsbereichsleiter
Verwaltung und Finanzen

Raimund Otteni
Geschäftsführer



6.2.4 Beteiligungsbericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes gab es noch keine Beschlussfassung in der Verbandsversammlung. Der Beteiligungsbericht ist als Entwurf beigefügt.



6.3 Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen



6.3.1 Beteiligungsübersicht

Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen

Anschrift:	OT Lenz	Telefon:	035249 735-0
	Staudaer Weg 1	Telefax:	035249 735-25
	01561 Priestewitz	E-Mail:	info@tba-sachsen.de
		Homepage:	www.tba-sachsen.de

Gründungsjahr: 1991, im Jahr 2004 landesweiter Zusammenschluss der beiden bestehenden Zweckverbände für Tierkörperbeseitigung

Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Aufgaben des Zweckverbandes

Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch. Er sammelt und verarbeitet unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden tierischen Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im Übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammenhang stehen.

Verbandsmitglieder

Mitglieder sind alle Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen.



6.3.2 Finanzbeziehungen

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und Zweckverband

	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis		
Gewinnabführung	---	--
Leistungen des Landkreises an den Zweckverband		
Umlage	63,9	73,3
Sonstige Zuschüsse	---	--
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	---	--
Sonstige Vergünstigungen	---	--

6.3.3 Lagebericht (Auszug)

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2015 technisch stabil. Die wirtschaftliche Situation des ZV ist geordnet.

Die Verarbeitung lief üblicherweise durchgängig von Montagnachmittag bis Sonnabendmorgen, wobei je nach Rohwareaufkommen zur Wochenmitte die Anlage für einige Stunden abgeschaltet wurde.

Aus der Verarbeitung der Rohware fielen 8.157 t Tiermehl und 3.202 t Tierfett an.

Nur 983 t Tierfett wurden zur Dampferzeugung im Betrieb selbst verbrannt. Der Verkauf des Tierfetts als Rohstoff war angesichts des Preisverfalls bei den Energieträgern Heizöl und Erdgas die wirtschaftlichere Variante.

Um die Rohwaremengen aus dem Bereich Erzgebirge/Vogtland wirtschaftlich zu sammeln und zum Verarbeitungsbetrieb zu transportieren, wird seit 2013 ein LKW-Stellplatz in Oelsnitz bei Chemnitz vorgehalten. Die dort eingesetzten vier Fahrzeuge verfügen über sog. Wechselcontainer. Nach vollständiger Ausnutzung der Arbeitszeit zur Sammlung der Rohware werden die Wechselcontainer mittels Anhängerfahrzeug von einem Überführungsfahrer von Oelsnitz nach Lenz gefahren.

6.3.4 Beteiligungsbericht

Entfällt, da der Verband keine Beteiligungen unterhält.



6.4 Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge



6.4.1 Beteiligungsübersicht

Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge

Anschrift:	Verbandsgeschäftsstelle	Telefon:	0351 404 04-701
	Meißner Straße 151 a	Telefax:	0351 404 04-740
	01445 Radebeul	E-Mail:	post@rpv-oeoe.de
		Homepage:	www.rpv-elbtalosterz.de

Gründungsjahr: 1992

Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Aufgaben des Zweckverbandes

Die Aufgaben des Regionalen Planungsverbandes ergeben sich nach den Maßgaben des jeweils gültigen Sächsischen Landesplanungsgesetzes (SächsLPIG) und der Satzung.

- (1) Der Verband ist Träger der Regionalplanung in seinem Verbandsgebiet.
- (2) Er hat die Aufgabe,
 - den Regionalplan gemäß den in § 4 SächsLPIG, gegebenenfalls in Verbindung mit § 5 SächsLPIG, normierten Anforderungen aufzustellen, zu beschließen und fortzuschreiben;
 - die Grundlagen und Inhalte der Landschaftsrahmenplanung für das Verbandsgebiet als Fachbeitrag zusammenhängend darzustellen;
 - an der Ausarbeitung und Aufstellung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung durch Staatsbehörden nach Maßgabe der landesrechtlichen Vorschriften mitzuwirken;
 - auf die Verwirklichung der Entwicklungspläne hinzuwirken und dabei die Zusammenarbeit der für die Verwirklichung maßgeblichen öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechtes zur Stärkung der regionalen Entwicklung zu unterstützen;
 - Abstimmungen des Regionalplanes mit denen benachbarter Regionen unter angemessener Berücksichtigung deren Interessen und raumbedeutsamen Planungen herbeizuführen;
 - die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen sowie die sonstigen Planungsträger über die Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung in seinem Verbandsgebiet zu unterrichten und zu beraten und darauf hinzuwirken, dass raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen in ihrem Gebiet miteinander im Einklang stehen;



- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, insbesondere im Rahmen von Raumordnungsverfahren, anderen landesplanerischen Abstimmungen sowie Fachplanungen abzugeben.

(3) Die Erfüllung der Fachaufgaben und die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte erfolgt durch die Verbandsgeschäftsstelle.

Verbandsmitglieder

Landeshauptstadt Dresden

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Landkreis Meißen

6.4.2 Finanzbeziehungen

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und Zweckverband

	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis		
Gewinnabführung	---	---
Leistungen des Landkreises an den Zweckverband		
Verlustabdeckungen	---	---
Sonstige Zuschüsse (Umlagen)	---	---
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	---	---
Sonstige Vergünstigungen	---	---

6.4.3 Lagebericht

Der Jahresabschluss 2015 des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge wurde fristgemäß aufgestellt und vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Meißen geprüft, ist jedoch hinsichtlich der enthaltenen Angaben vorläufig. Die Feststellung durch die Verbandsversammlung wird voraussichtlich am 14.12.2016 erfolgen.

Die bedeutendsten Ertragspositionen waren die der Zuweisungen mit 716 TEUR und der Kostenerstattungen/Kostenumlagen mit 13 TEUR.

Aufwendungen waren die Personalkosten mit 609 TEUR und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 62 TEUR sowie ordentliche Aufwendungen in Höhe von 26 TEUR. Für Investitionen wurden 2014 – 460 TEUR aufgewendet, davon entfallen 451 TEUR auf mehrjährige Geldanlagen, die in der Bilanz als Finanzanlagevermögen ausgewiesen werden.

Der Regionale Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge beschäftigte im Geschäftsjahr zehn aktive Mitarbeiter/innen.

Auf der Grundlage des Regionalplans 2009 und der Teilfortschreibung des Regionalplans zur Windenergienutzung aus dem Jahr 2003 hat der Regionale Planungsverband im September 2013 den Beschluss zur 2. Gesamtfortschreibung des Regionalplanes gefasst. Das Verfahren wird voraussichtlich bis 2018 andauern und bis zu seinem Abschluss den Schwerpunkt der Arbeit darstellen.



Gemäß Satzung erhält der Regionale Planungsverband zur Erfüllung der ihm übertragenen Pflichtaufgaben vom Freistaat Sachsen eine jährliche Zuwendung nach Maßgabe des Sächsischen Landesplanungsgesetzes (SächsLPIG). Im Berichtszeitraum war der Finanzbedarf durch diese Mittel sowie Einnahmen aus Fördermitteln gedeckt, so dass von den ihm angehörenden Landkreisen und der Stadt Dresden - wie im Vorjahr - keine Umlage erhoben werden musste.

Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ist ab 2017 wieder eine Umlageerhebung vorgesehen.

Mit der bestehenden Rücklage aus dem ordentlichen Ergebnis können die in den kommenden Jahren entstehenden Fehlbeträge teilweise ausgeglichen werden.

Ergebnishaushalt 2015	2015 ¹⁾ (in TEUR)
ordentliche Aufwendungen	703
ordentliche Erträge	730
ordentliches Ergebnis	27

Finanzhaushalt 2015	2015 ¹⁾ (in TEUR)
Zahlungsmittelsaldo aus laufend. Verwaltungstätigkeit	- 5
Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit	- 460
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0
Änderung des Finanzmittelbestandes	- 460

¹⁾ Die Angaben zum Jahresabschluss 2015 sind vorläufig



Zweckverband Sparkasse



6.5 Zweckverband Elbtal-Westlausitz für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden

Im Berichtszeitraum war der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge am Zweckverband Elbtal-Westlausitz für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden beteiligt. Der Zweckverband Elbtal-Westlausitz für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden [ZV EWL ist am Zweckverband für die Verbundsparkasse „Ostsächsische Sparkasse Dresden“ (ZV OSD)] beteiligt. Der Zweckverband ZV OSD übt die trägerschaftlichen Restbefugnisse der ehemaligen Anteilseigner der Ostsächsischen Sparkasse Dresden aus. Dies ist insbesondere die Wahl des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden.

Die Beteiligung an der Sachsen-Finanzgruppe wird weiter unmittelbar vom Zweckverband EWL gehalten.

Organe des Zweckverbandes waren die Zweckverbandsversammlung und der Zweckverbandsvorsitzende. Das Amt des Zweckverbandsvorsitzenden hatte der Landrat des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Herr Michael Geisler, inne.

Der Zweckverband selber hat keine wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt. Die Aufwendungen des Zweckverbandes wurden von der Ostsächsischen Sparkasse Dresden getragen. Der Zweckverband selber hat keine Verbindlichkeiten begründet, für die eine Haftung der Verbandsmitglieder gegeben wäre. Eine Umlage zur Deckung des Finanzbedarfs war nicht erforderlich.

6.6 Zweckverband für die Verbundsparkasse „Ostsächsische Sparkasse Dresden“

Um eine Fusion der Sparkasse Elbtal-Westlausitz und der Sparkasse Dresden im Jahr 2004 zu ermöglichen, gründeten die Landeshauptstadt Dresden und der Sparkassenzweckverband für die Sparkasse Elbtal-Westlausitz gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vom 21. April 2004 den Zweckverband für die Verbundsparkasse „Ostsächsische Sparkasse Dresden“ per 2. Juli 2004. Es ist die Aufgabe des Zweckverbandes, das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet zu fördern. Der Zweckverband tritt als Rechtsnachfolger in die trägerschaftlichen Restbefugnisse der Zweckverbandsmitglieder, insbesondere in die Rechte und Pflichten aus den §§ 10 Absatz 1 bis 3, 11 Absatz 1 und 2, 56 Absatz 2 Nr. 11 und 12 des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13.12.2002 (Rechtsbereinigt mit Stand vom 30.06.2012), die ihnen nach der Übertragung der Trägerschaft an den ehemaligen kommunalen Sparkassen Dresden und Elbtal-Westlausitz auf die Sachsen-Finanzgruppe und der Vereinigung dieser Sparkassen zur Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden verblieben sind, ein.

Organe des Zweckverbandes waren die Zweckverbandsversammlung und die Verbandsvorsitzende. Im Berichtszeitraum hatte die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Dresden, Frau Helma Orosz, das Amt der Zweckverbandsvorsitzenden inne. Mit Datum zum



08.11.2015 wählte die Verbandsversammlung Herrn Landrat Michael Geisler zum Zweckverbandsvorsitzenden.

Der Zweckverband selber hat keine wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt. Die Aufwendungen des Zweckverbandes wurden von der Ostsächsischen Sparkasse Dresden getragen. Der Zweckverband selber hat keine Verbindlichkeiten begründet, für die eine Haftung der Verbandsmitglieder gegeben wäre. Eine Umlage zur Deckung des Finanzbedarfs war nicht erforderlich.



6.7 Sachsen-Finanzgruppe



Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Humboldtstraße 18 E-Mail: dialog@sachsen-finanzgruppe.de
04105 Leipzig Homepage: www.sachsen-finanzgruppe.de

Gründungsjahr: 2003

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Aufgaben und Ziele

Die Finanzgruppe ist Trägerin der auf sie im Wege der Verschmelzung des Sachsen-Finanzverbandes auf die Finanzgruppe übergegangenen sowie sonst auf sie übertragenen Sparkassen (die "**Verbundsparkassen**").

Der Finanzgruppe obliegt die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten im Freistaat Sachsen unter Wahrung des bankaufsichtsrechtlichen Prinzips der Eigenverantwortlichkeit der Vorstände von Kreditinstituten zum Zwecke der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und ihres öffentlichen Auftrages. Hierbei hat sie der besonderen Bedeutung des regionalen Sparkassenwesens Rechnung zu tragen und zu gewährleisten, dass regionale und wirtschaftliche Besonderheiten Berücksichtigung finden. Zu diesem Zweck nimmt sie Aufgaben wahr, die der Ausübung von Anteilseignerfunktionen bei öffentlich rechtlichen Kreditinstituten gleichgesetzt werden können. Die Finanzgruppe soll sich bei ihrer Aufgabenerfüllung Dritter, insbesondere des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, bedienen.

Stammkapital

505.170.000,00 EUR

Anteilseigner

Landeshauptstadt Dresden

Zweckverband Elbtal-Westlausitz für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden

Landkreis Mittelsachsen

Gremien

Vorstand

Anteilseignerversammlung

Koordinationsausschuss



6.7.1 Lagebericht (Auszug)

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss der SFG und der Konzernabschluss (SFG-Konzern) für das Geschäftsjahr 2015 wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt. Der Konsolidierungskreis des Konzerns per 31. Dezember 2015 hat sich bei der Anzahl der einbezogenen Unternehmen gegenüber dem Vorjahresstichtag durch die zum 1. Januar 2015 erfolgte Rückübertragung der Sparkasse Vogtland auf die kommunalen Träger verändert.

Die Konzern-Bilanzsumme zum 31. Dezember 2015 lag mit rund 15,2 Mrd. Euro um ca. 15 Prozent unter dem ausgewiesenen Wert am gleichen Vorjahresstichtag (rund 17,9 Mrd. Euro). Im Wesentlichen ist dies auf die Veränderung des Konsolidierungskreises zurückzuführen. Für die Beschreibung der Lage des SFG-Konzerns wurden deshalb die Vorjahreswerte um die entkonsolidierten Gesellschaften reduziert, um eine bessere Aussagefähigkeit zu erreichen. Die entsprechend bereinigte Bilanzsumme per 31. Dezember 2014 belief sich auf rund 14,9 Mrd. Euro.

SFG-Konzern Ertragslage

Der Zinsüberschuss des SFG-Konzerns, einschließlich der Erträge aus Wertpapieren, Beteiligungen und Gewinngemeinschaften, betrug im Berichtsjahr 296,1 Mio. Euro (2014: 255,5 Mio. Euro; +15,9 Prozent). Aufgrund der Marktentwicklung sanken die Zinsaufwendungen um rund 45 % gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig sind die Zinserträge nur um rund 16,5 Mio. Euro zurückgegangen.

Der Provisionsüberschuss stieg 2015 um 0,4 Prozent auf 94,7 Mio. Euro (Vorjahr: 94,3 Mio. Euro). Damit konnten die Provisionsergebnisse weiter stabilisiert werden.

Der Saldo aus Handelsgeschäften, sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sowie Abschreibungen auf immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen ergab einen Aufwand von 40,6 Mio. Euro (Vorjahr: 25,8 Mio. Euro). Ursächlich für den Anstieg sind höhere sonstige betriebliche Aufwendungen (16,0 Mio. Euro), denen höhere sonstige betriebliche Erträge (2,0 Mio. Euro) gegenüberstehen.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen betrugen 244,8 Mio. Euro und lagen damit um 3,5 Prozent über dem Vorjahreswert von 236,4 Mio. Euro. Der Anstieg ist auf die Erhöhung der sozialen Abgaben zurückzuführen.

Der SFG-Konzern wies für das Geschäftsjahr 2015 saldierte Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft und bestimmten Wertpapieren in Höhe von insgesamt 23,2 Mio. Euro (Vorjahr: Verlust von 43,3 Mio. Euro) aus. Die saldierten Aufwendungen (Vorjahr: Erträge) aus Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren betrugen -3,4 Mio. Euro (Vorjahr: Ertrag 2,3 Mio. Euro). Ursächlich für den Rückgang waren geringere Zuschreibungen auf Wertpapiere.

Die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken betrug im Berichtsjahr 70,3 Mio. Euro nach 85,1 Mio. Euro im Jahr 2014.



Nach Berücksichtigung des außerordentlichen Saldos (0,0 Mio. Euro) und der Steuern errechnet sich ein Jahresüberschuss des SFG-Konzerns von 19,7 Mio. Euro (Vorjahr: 17,5 Mio. Euro).

Nach Verrechnung des Verlustvortrags, der Einstellung in die Gewinnrücklage weist der Konzern einen Bilanzverlust von 73,2 Mio. Euro aus (Vorjahr: Bilanzverlust von 107,6 Mio. Euro).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Konzerns per 31. Dezember 2015 erreichte 15.170,3 Mio. Euro und lag damit um 222,5 Mio. Euro bzw. 1,5 Prozent über dem bereinigten Wert am Vorjahresstichtag (14.947,8 Mio. Euro).

Bei den wesentlichen Aktivpositionen gingen die Forderungen an Kreditinstitute auf 1.585,1 Mio. Euro (Vorjahr: 4.411,6 Mio. Euro; -64,1 Prozent) zurück. Die Forderungen an Kunden verzeichneten mit 6.108,6 Mio. Euro (Vorjahr: 5.477,9 Mio. Euro) einen Zuwachs von 11,5 Prozent. Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere reduzierten sich im Geschäftsjahr 2015 um 2.456 Mio. Euro (entspricht: -30,9 Prozent) auf 5.497,1 Mio. Euro zurück.

Refinanzierung

Mit 12.305,3 Mio. Euro (Vorjahr: 12.075,8 Mio. Euro; +1,9 Prozent) waren die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden weiterhin die wichtigste Refinanzierungsbasis des SFG-Konzerns. Davon entfielen annähernd 41 Prozent auf die Spareinlagen der Verbundsparkassen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken leicht von 1.650,2 Mio. Euro auf 1.599,6 Mio. Euro (- 3,1 Prozent).

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital des SFG-Konzerns reduzierte sich zum Ende des Berichtsjahres leicht auf 503,1 Mio. Euro (Vorjahr: 517,1 Mio. Euro; -2,7 Prozent). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang des Stammkapitals im Zusammenhang mit dem Ausscheiden der Sparkasse Vogtland zum 1.1.2015. Darüber hinaus konnte der Fonds für allgemeine Bankrisiken weiter dotiert werden; er erreichte 399,7 Mio. Euro (Vorjahresstichtag: 329,4 Mio. Euro).

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen gemäß CRR wurden von der SFG-Gruppe im Geschäftsjahr 2015 jederzeit eingehalten.

Finanzlage

Die Sparkassen des SFG-Konzerns verfügten auch im Jahr 2015 über ausreichend liquide Mittel und erfüllten jederzeit die aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Der SFG-Konzern weist für das Geschäftsjahr 2015 einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.173,8 Mio. Euro aus (Vorjahr: 222,8 Mio. Euro). Auf die weitere Analyse der pflichtgemäß veröffentlichten Kapitalflussrechnung wird an dieser Stelle verzichtet.

SFG-Holding

Ertragslage

Die Ertragslage der SFG-Holding war im Jahr 2015 durch Beteiligungserträge von 1,8 Mio. Euro (Vorjahr: 6,8 Mio. Euro), die die Deckung aller Aufwendungen ermöglichten, bestimmt.



Die Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich weiter von 2,5 Mio. Euro auf 1,4 Mio. Euro. Neben dem Personalaufwand in Höhe von 37 TEuro (Vorjahr: 38 TEuro), Abschreibungen in Höhe von 0,7 TEuro (Vorjahr: 383,2 TEuro) enthielten sie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 1,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2,1 Mio. Euro). Das Zinsergebnis verbesserte sich aufgrund von Rückführungen von Darlehen weiter auf -0,4 Mio. Euro (Vorjahr: -0,5 Mio. Euro).

Der Jahresüberschuss betrug 37 TEUR (Vorjahr: 3,9 Mio. Euro). Nach Einstellung des gesamten Jahresergebnisses in die anderen Gewinnrücklagen wird ein Bilanzgewinn von 0,0 Mio. EUR ausgewiesen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der SFG-Holding betrug zum Bilanzstichtag 554,1 Mio. Euro (31. Dezember 2014: 821,8 Mio. Euro). Infolge des Austritts des Anteilseigners der Sparkasse Vogtland sowie der Gewinnausschüttung an die Anteilseigner im Wirtschaftsjahr 2015 reduzierte sich das Eigenkapital auf 502,6 Mio. Euro (Vorjahr: 648,9 Mio. Euro).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken von 172,2 Mio. Euro am Vorjahresstichtag auf 51,0 Mio. Euro. Für das Darlehen aus dem Erwerb der SFG-Anteile fand eine Sondertilgung statt und die Schuldscheindarlehen wurden in Höhe von 100,0 Mio. Euro vollständig zurückgeführt.

Finanzlage

Die Finanzlage war im Geschäftsjahr 2015 insbesondere durch die Auflösung der Schuldscheinforderungen in Höhe von 60,0 Mio. Euro sowie Termingeldern von 40,0 Mio. Euro zur Ablösung von Darlehensverbindlichkeiten (100,0 Mio. Euro) zur Finanzierung des Kaufpreises für die Anteile des Freistaats Sachsen an der SFG geprägt.

Die Zahlungsfähigkeit der SFG-Holding war im Jahr 2015 jederzeit gegeben.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Situation

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des SFG Konzerns und der SFG-Holding im Berichtsjahr geordnet war. Das Ergebnis vor Steuern betrug 54,5 Mio. Euro und lag damit über dem im letzten Lagebericht prognostizierten Ergebnis von 53,1 Mio. Euro. Ursächlich sind ein im Vergleich zur Planung höherer Bruttoertrag sowie ein geringerer Bewertungsbedarf, insbesondere im Anlagebuch. Gleichzeitig konnten gegenüber der Planung deutlich mehr Vorsorgereserven zur Stärkung der Kapitalbasis der Sparkassen gebildet werden.

Die hohen Zielerreichungsgrade der Institute bei den eigentümergeprägten Oberzielen bestätigen ein positives Geschäftsjahr für die SFG.

Mitarbeiterbericht

Der SFG-Konzern beschäftigte 2015 durchschnittlich 2.108 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 2.644). Die Zahl der Auszubildenden betrug im Jahresdurchschnitt 101 (Vorjahresdurchschnittswert: 152). Die Verringerung ist im Wesentlichen auf die Entkonsolidierung der Sparkasse Vogtland zurückzuführen.

Die SFG-Holding beschäftigte im Jahresdurchschnitt 1 Mitarbeiter (Vorjahr: 1).



6.8 KSV – Kommunalen Sozialverband Sachsen



KSV – Kommunalen Sozialverband Sachsen

Anschrift:	Thomasiusstr. 1 04109 Leipzig	Telefon:	0341 1266-0
		Telefax:	0341 1266-700
	Reichsstr. 3 09112 Chemnitz	Telefon:	0371 577-0
		Telefax:	0371 577-282
		E-Mail:	post@ksv-sachsen.de
		Homepage:	www.ksv-sachsen.de

Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Aufgaben des Zweckverbandes

1. Überörtlicher Sozialhilfeträger

Leistungen an Menschen mit Behinderungen zwischen 18 und 65 Jahren

1.1 Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft:

Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt

teilstationäres und stationäres Wohnen

1.2 Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben:

Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) einschl. Förder- und Betreuungsbereich

1.3 Leistungen der Hilfe zur Pflege

1.4 Leistungen an Personen mit besonderen sozialen

Schwierigkeiten:

Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt

teilstationäres und stationäres Wohnen

1.5 Krankenhilfe ab dem 61. Tag

1.6 Leistungen zum Besuch einer Hochschule und zur Beschaffung eines Kfz

1.7 Abschluss von Vereinbarungen nach SGB XI und SGB XII



- 1.8 Sozialplanung einschl. Beratung und Unterstützung der Landkreise und Kreisfreien Städte
2. Überörtliche Betreuungsbehörde
3. Zuständige Behörde für nicht geförderte Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen
4. Vollzug Förderrichtlinien SGB VIII/Landesjugendhilfegesetz
5. Anerkennung/Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote
6. Erteilung einer Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung für die Gesundheitsfachberufe/Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in nichtakademischen Gesundheitsfachberufen
7. Integrationsamt einschl. Fahrgelderstattungen und Erhebung/Einnahme/Verwendung der Ausgleichsabgabe
8. Zuständige Stelle nach Aufwendungserstattungsverordnung
9. Soziales Entschädigungsrecht
für Anspruchsberechtigte nach dem BVG, OEG, SVG, ZDG, IfSG, StrRehaG, VwRehaG, HHG, AntiDHG
 - 9.1 Landesversorgungsamt:
Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung,
Rentenleistungen, einkommensabhängige Leistungen, Pflegeleistungen
 - 9.2 Hauptfürsorgestelle
Leistungen der Kriegsofopferfürsorge, einschl. beruflicher Rehabilitation
 - 9.3 Landesblindengeld und Feststellungsverfahren nach dem SGB IX
Grundsatzfragen, Rechtsaufsicht LBlindG und SGB IX
Widerspruchsbehörde für LBlindG und SGB IX
 - 9.4 SächsLErzGG, BEEG, BErzG
Grundsatzfragen, Fachaufsicht, EDV-Verfahrensgestaltung und -betreuung,
Widerspruchsbehörde
10. Anlauf- und Beratungsstelle des Freistaates Sachsen zum
Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 – 1990“
11. Heimaufsicht

Verbandsmitglieder

Vertreter in der Verbandsversammlung

Landkreise:	Nordsachsen	2
	Leipzig	3
	Mittelsachsen	4
	Zwickau	4
	Erzgebirgskreis	4
	Vogtlandkreis	3
	Meißen	3



	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3
	Bautzen	4
	Görlitz	3
Kreisfreie Städte:	Dresden	3
	Leipzig	6
	Chemnitz	6

Organe

Verbandsversammlung

Verbandsausschuss

Verbandsdirektor Herr Andreas Werner

Vorsitzender der Versammlung: Herr Landrat Michael Harig

Kurzvorstellung des Verbandes:

Der am 30. Juli 2005 durch das Sächsische Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Sächs. AGSGB) in Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen) umbenannte Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV Sachsen) wurde als Höherer Kommunalverband aller Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen am 22.01.1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes über den LWV Sachsen im Landtag des Freistaates Sachsen gegründet. Der nunmehrige KSV Sachsen war zu diesem Zeitpunkt der einzige kommunal organisierte überörtliche Träger der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern. Die Landkreise und kreisfreien Städte gehören als juristische Personen des öffentlichen Rechts dem Verband an, der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist.

Dem KSV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungs-/Dienstleistungsfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung für Menschen mit Behinderung. Nach dem SGB XII sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX und SGB XII.

Mit dem oben genannten Sächs. AGSGB traten zum 01.01.2006 Veränderungen in der sachlichen Zuständigkeit des KSV Sachsen ein.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächs.VwNG) wurden dem KSV Sachsen zum 01.08.2008 weitere Aufgaben übertragen.

Anzahl der Mitarbeiter:

ca. 500



1. Ergebnisrechnung

ordentliche Erträge:	537.965.170,53
ordentliche Aufwendungen:	539.808.770,85
Ordentliches Ergebnis:	- 1.843.600,32
Sonderergebnis:	- 2.608,38
Gesamtergebnis:	- 1.846.208,70

2. Finanzrechnung

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	545.987.275,53
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	545.018.502,47
Einzahlungen für Investitionstätigkeit:	672,59
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	198.900,10
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit:	204.083,73
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	- 316.788,95
Zahlungsmittelüberschuss:	249.672,87

3. Vermögensrechnung (Bilanz)

Aktiva:	
Anlagevermögen:	19.860.301,82
Umlaufvermögen:	43.115.934,33
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	2.149.405,28
Passiva:	
Kapitalposition:	15.383.280,99
Sonderposten:	5.493,22
Rückstellungen:	8.283.920,86
Verbindlichkeiten:	38.058.998,34
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	3.393.948,02
Bilanzsumme:	65.125.641,43



6.8.1 Finanzbeziehungen

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und dem KSV

Leistungen des KSV an den Landkreis	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Gewinnabführungen	---	--
Leistungen des Landkreises an den KSV		
Laufende Umlagen	20.920	22.016
Investive Umlagen	---	--
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	---	--
Sonstige Vergünstigungen	---	--
Sonstige Zuschüsse	---	--



6.9 Zweckverband Kulturraum Meißen - Sächsische Schweiz-Osterzgebirge



6.9.1 Beteiligungsübersicht

Zweckverband Kulturraum Meißen - Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Anschrift:	Brauhausstr. 21 01662 Meißen	Telefon:	03521 725-70 61
		Telefax:	03521 725-70 60
		E-Mail:	kulturraum@kreis-meissen.de
		Homepage:	www.kreis-meissen.de

Gründungsjahr: 2008

Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Bis 31.12.2010 führte der Zweckverband die Bezeichnung Kulturraum Elbtal – Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Der Landkreis ist gemäß § 1 SächsKRG zur Mitgliedschaft verpflichtet.

Aufgaben des Zweckverbandes

Der Kulturraum fördert im Rahmen der in seinem Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform.

Verbandsmitglieder

Landkreis Meißen

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Organe

Vorsitzender des Kulturkonvents

Kulturkonvent

Kulturbeirat



6.9.2 Finanzbeziehungen

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und dem Zweckverband

Leistungen des Zweckverbands an den Landkreis	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Gewinnabführungen	---	--
Leistungen des Landkreises an den Zweckverband		
Laufende Umlagen	1.025	1.044
Investive Umlagen	---	--
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	---	--
Sonstige Vergünstigungen	---	--
Sonstige Zuschüsse	---	--

6.9.3 Beteiligungsbericht

Der Kulturraum Meißen – Sächsische Schweiz - Osterzgebirge ist seit dem 1. Januar 2012 Alleingesellschafter der Elbland Philharmonie Sachsen GmbH, Riesa. Das Stammkapital beträgt 110.000 EUR.



6.10 SKSD – Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden



6.10.1 Beteiligungsübersicht

SKSD – Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden

Anschrift:	An der Kreuzkirche 01067 Dresden	Telefon:	0351 438 35-12
		Telefax:	0351 438 35-13
		E-Mail:	post@sksd.de
		Homepage:	www.sksd-dd.de

Rechtsform

Das Sächsische Kommunale Studieninstitut Dresden ist als Zweckverband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sitz des Zweckverbandes ist Dresden.

Aufgaben des Zweckverbandes

Dem Sächsischen Kommunalen Studieninstitut Dresden obliegt die Aus- und Fortbildung der Beschäftigten der Verbandsmitglieder einschließlich der Abnahme der Prüfungen sowie die Vertretung der Kommunen in Fachgremien der Aus- und Weiterbildung.

Das SKSD unterstützt die Verwaltungen in Landkreisen, Gemeinden, Zweckverbänden, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen und privaten Rechts in Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung durch Beratung in personalwirtschaftlicher Hinsicht sowie durch Konzeption und Durchführung von Bildungsveranstaltungen.

Das SKSD konzipiert entsprechend der jeweils aktuellen Entwicklungen für die Kommunen entsprechende Schulungsangebote. Es werden permanent neue Themen und Arbeitsformen zur Erweiterung des Angebotsspektrums entwickelt.

Organe

Verbandsversammlung
Verbandsvorsitzende
Verwaltungsrat

Verbandsversammlung

Jedes Mitglied des Zweckverbandes hat eine Stimme, Mitglieder mit mehr als 100 Beschäftigten haben zwei Stimmen, mit mehr als 200 Beschäftigten drei Stimmen, mit mehr als 500 Beschäftigten haben fünf Stimmen, mit mehr als 1.000 Beschäftigten zehn und mehr als 5.000 Beschäftigten zwanzig Stimmen.



- Verbandsvorsitzende** Helma Orosz, Oberbürgermeisterin Landeshauptstadt Dresden
1. Stellv. Vorsitzender Gerhard Lemm, Oberbürgermeister Stadt Radeberg
2. Stellv. Vorsitzender Arndt Steinbach, Landrat Landkreis Meißen

Verwaltungsrat Vorsitzender:
Gerhard Lemm, Oberbürgermeister Stadt Radeberg

Mitglieder:
Michael Harig, Landrat Landkreis Bautzen,
Frank Neupold, Oberbürgermeister Stadt Coswig,
Dr. Peter Lames, Bürgermeister Landeshauptstadt Dresden,
Marion Franz, Beigeordnete Stadt Heidenau,
Stefan Skora, Oberbürgermeister Stadt Hoyerswerda,
Roland Dantz, Oberbürgermeister Stadt Kamenz

Geschäftsführerin Gesine Wilke

Verbandsmitglieder

Landkreise	Bautzen, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Städte	Altenberg, Bautzen, Coswig, Dresden, Görlitz, Großenhain, Großröhrsdorf, Heidenau, Hoyerswerda, Kamenz, Löbau, Lommatzsch, Neustadt/Sachsen, Niesky, Nossen, Radeberg, Radeburg, Rothenburg/O. L., Seiffhennersdorf, Weißwasser
Gemeinden	Arnsdorf, Dürrröhrsdorf-Dittersbach, Großpostwitz, Klipphausen, Markersdorf, Mittelherwigsdorf, Rietschen
Verwaltungsverbände	Am Klosterwasser Weißer Schöps/Neiße Kommunaler Versorgungsverband Sachsen Abwasserzweckverband Weißer Schöps

6.10.2 Finanzbeziehungen

Leistungen des SKSD an den Landkreis	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Gewinnabführungen	---	--
Leistungen des Landkreises an den SKSD		
Laufende Umlagen	9,4	11,5
Investive Umlagen	---	--
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	---	--
Sonstige Vergünstigungen	---	--
Sonstige Zuschüsse	---	--



Beteiligungsquote (berechnet nach Eigenkapitalspiegelmethode)	
Beteiligungsquote in %	5,91%
Beteiligungsquote in EUR	6.825,59 €
Anteil Stimmrecht	9,80%
Stimmen	10
Umlage	11.492,31 €

Der Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden erhebt gemäß § 14 Abs. 1b) der Satzung des Zweckverbandes eine Umlage pro Verbandsmitglied. Die Gesamthöhe der Mitgliederumlage wurde in der Haushaltssatzung 2015 auf 194.366,00 € festgesetzt und wird auf die Gesamtzahl der Beschäftigten aller Mitglieder umgelegt. Grundlage für die Anzahl der Beschäftigten ist die Meldung an das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen, Stand 30. Juni 2014.

Gesamtzahl Beschäftigte aller Mitgliedsverwaltungen (ohne Beschäftigte in Altersteilzeit während der Freistellungsphase)	17.437
Beschäftigte Landkreis Sächs. Schweiz/Osterzgebirge	1.031

Summe Gewinnabführung	0,00 EUR
Summe Verlustabdeckung	0,00 EUR
Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen	0,00 EUR
Summe Bürgschaften/Gewährleistungen	0,00 EUR

6.10.3 Lagebericht (Auszug)

1. Wirtschaftliche Verhältnisse

1.1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 des Zweckverbandes Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden wurde durch die Verbandsversammlung am 24.09.2014 beschlossen. Die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde erfolgte am 08.12.2014. Die Haushaltssatzung wurde am 08.01.2015 öffentlich bekannt gemacht und lag mit dem Wirtschaftsplan vom 09.01. bis 19.01.2015 aus.

1.2 Jahresabschluss

Die Rechtsgrundlagen für den Jahresabschluss finden sich in den §§ 24 bis 31 Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO). Darüber hinaus finden für den Jahresabschluss die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluss im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB) Anwendung.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 wurde aus den geführten Büchern entwickelt.



Der Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden führt das Rechnungswesen mit der Software DATEV kommunal pro nach den Grundsätzen der doppelten kaufmännischen Buchführung.

Die Bilanz ist in Kontoform aufgestellt und gemäß § 266 HGB gegliedert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt und gemäß § 275 HGB gegliedert.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände wurden mit dem Modul Anlagenbuchhaltung der Software DATEV kommunal pro geführt. Den Abschreibungen lagen die Anschaffungs- und Herstellungskosten zugrunde. Es kann ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode Anwendung finden.

2. Vermögens- und Finanzlage

Aktivseite	31.12.2014	31.12.2015
		in TEUR
Anlagevermögen	182,4	29,1
Umlaufvermögen	146,1	361,4
Rechnungsabgrenzungsposten	2,2	3,0
	330,7	393,5

Passivseite	31.12.2014	31.12.2015
	in TEUR	in TEUR
Eigenkapital	114,5	115,4
Rückstellungen	33,0	28,0
Verbindlichkeiten	38,7	43,6
Rechnungsabgrenzungsposten	144,5	206,5
	330,7	393,5

Der erzielte **Jahresüberschuss** wird auf die laufende Rechnung vorgetragen und zur Verlusttilgung der Vorjahre verwendet, § 12 (3) SächsEigBVO.

3. Ertragslage	31.12.2015
	in TEUR
Umsatzerlöse	1.022,1
sonstige ordentliche Erträge	212,3
<i>Ordentliche Erträge</i>	<i>1.234,4</i>
Materialaufwand	- 431,5
Personalaufwand	- 577,4
Abschreibungen	- 9,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	- 219,2
sonstige Zinsen	4,1
<i>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</i>	<i>0,9</i>
Jahresüberschuss	0,9



Die Entgelte bilden die Haupteinnahmequelle des Institutes.

4. Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2015
Vermögens- und Kapitalstruktur		
Eigenkapitalanteil	34,6 %	29,3 %
Finanz- und Liquiditätsstruktur		
Anlagendeckung I und II	62,8 %	396,6 %
Liquidität 2. Grades	67,6 %	130,0 %

6.10.4 Beteiligungsbericht

Entfällt, da der Verband keine Beteiligungen unterhält.



6.11 KISA – Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen



6.11.1 Beteiligungsübersicht

KISA – Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen

Anschrift:	Eilenburger Straße 1a 04317 Leipzig	Telefon:	0351 866 52-120
		Telefax:	0351 866 52-122
		E-Mail:	post@kisa.it
		Homepage:	www.kisa.it

Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Aufgaben des Zweckverbandes

Gemäß § 3 der Satzung hat der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) folgende Aufgabe:

"(1) Der Zweckverband stellt seinen Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können.

(2) Zu den Leistungen und Aufgaben des Zweckverbandes gehören insbesondere die nachfolgend aufgezählten:

- a) Wartung, Pflege, Weiterentwicklung und erforderlichenfalls geordnete Ablösung der bereitgestellten Verfahren;
- b) Gewährleistung eines möglichst integrierten Einsatzes der angebotenen Verfahren durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen;
- c) Beratung und Unterstützung der Mitglieder sowie der sonstigen Kunden in allen Fragen, die mit den Leistungen nach Abs. 1 im Zusammenhang stehen, in allen sonstigen Anwendungsfragen und bei der Auswahl, Beschaffung und Nutzung von Hardware und Software, wobei Rechtsberatung ausgeschlossen ist;
- d) Durchführung von Schulungen;
- e) Erwerb von Gebietslizenzen und Abschluss von Rahmenverträgen mit Dritten über Lieferungen und Leistungen;
- f) Bereitstellung eines Übertragungsnetzes zur Nutzung der Datenverarbeitungsverfahren und für andere Netzdienste;
- g) Vertretung der Interessen der Verbandsmitglieder auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung;



h) Erwerb und Überlassung von Informationstechnik sowie damit verbundene Betreiberleistungen.

(3) Der Verband kann sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben Dritter bedienen. Hierbei muss vertraglich sichergestellt sein, dass alle Normen des Datenschutzes ausnahmslos eingehalten werden und dass dies jederzeit durchsetzbar ist." *laut Verbandsatzung*

Verbandsmitglieder

284 Mitglieder (Auflistung siehe Beteiligungsbericht KISA)

6.11.2 Finanzbeziehungen

	2014 (in TEUR)	2015 (in TEUR)
Leistungen der KISA an den Landkreis		
Gewinnabführungen	---	---
Leistungen des Landkreises an die KISA		
Laufende Umlagen	---	---
Investive Umlagen	---	---
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	---	---
Sonstige Vergünstigungen	---	---
Sonstige Zuschüsse	---	---

6.11.3 Lagebericht (Auszug)

Die KISA ist ein Zweckverband mit 284 Mitgliedern und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit. Zum 31.12.2015 waren 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, im Jahresdurchschnitt 93. Neben den 284 Verbandsmitgliedern betreut KISA ca. 600 weitere Kunden, insbesondere Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, kommunale Einrichtungen und sonstige Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts in Sachsen.

Zur Vereinfachung und Erledigung von Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand bietet KISA Softwareanwendungen, IT-Dienstleistungen und IT-Komplettlösungen. Zentrale Datenhaltung und -sicherung sowie IT-Outsourcing ergänzen den Leistungsumfang. Ein weiteres großes Aufgabengebiet besteht in der umfassenden IT-technischen und fachlichen Betreuung der Kunden. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung beim Anwenden der Softwareanwendungen sowie ein Hotline-Service. KISA führt dabei insbesondere die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der Software durch. Die Softwareanwendungen werden installiert und administriert. Die Entwicklung von Softwareanwendungen erfolgte vor allem im Bereich des Finanzwesens gemeinsam mit der SASKIA GmbH.



Die Kunden der KISA nutzen zu einem großen Anteil die Vorteile eines Rechenzentrums, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet; dazu bedienen wir uns der Lecos GmbH sowie der ICS GmbH.

Das Geschäftsjahr 2015 war geprägt von weitreichenden strukturellen Änderungen, der vertiefenden Analyse und Umsetzung des Haushaltstrukturkonzeptes, das Grundlage für die Konsolidierung des Verbands ist, sowie der Ausprägung einer Servicekultur gegenüber den Kunden.

Um die Stabilisierung des Zweckverbandes weiter voran zu schreiten, mussten die im Jahr 2014 festgelegten umfangreichen Reformen fortgesetzt und weiter präzisiert werden.

Im ersten Halbjahr 2015 erfolgte die organisatorische Neustrukturierung. Es wurden insgesamt fünf Bereiche (Kundenmanagement, Finanzwesen, Personalwesen und Bürgerservices, IT-Services, Finanzen und Verwaltung) gebildet. Die Stellen der Bereichsleiter wurden nach der Durchführung von internen Stellenausschreibungen nach Eignung sorgfältig besetzt. Durch die Verbandsversammlung im Mai erfolgte die endgültige Bestellung des Geschäftsführers und der Fachbediensteten für das Finanzwesen. Weiterhin wurden die Fachbereiche gebildet. Auch hier erfolgte die Besetzung der Fachbereichsleiter nach erfolgter Ausschreibung.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein war die Fortschreibung des durch die Verbandsversammlung im Jahr 2014 beschlossenen Haushaltstrukturkonzeptes gemäß § 26 der Sächs-KomHVO-Doppik. Die Fortschreibung wurde im Zusammenhang mit der Erstellung des Wirtschaftsplanes 2016 und der Erstellung des Personalkonzeptes zum 30.06.2015 erstellt und unseren Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Neben der Umstrukturierung der Aufbau- und Ablauforganisation wurde die Kundenbetreuung intensiviert. Hatte aufgrund der Schiefelage des Verbandes in den Wirtschaftsjahren 2014 und 1. Halbjahr 2015 der Vertrieb nahezu geruht, so wurden die Vertriebsaktivitäten im 2. Halbjahr deutlich intensiviert. Ein besonders wichtiger Punkt war die Umsetzung der besseren Erreichbarkeit der Berater und Betreuer für den Kunden. Durch den neuen Bereich Kundenmanagement wurde im vierten Quartal 2015 der Service Desk mit einem integrierten Ticketsystem eingeführt. Mit der Einführung erfolgte parallel die Schaltung der Fachhotlines für die einzelnen Verfahren, damit jede Kundenanfrage zeitnah aufgenommen und schnellstmöglichst bearbeitet wird und jederzeit nachverfolgt werden kann. Weiterhin wurden regionale Kundenmanager etabliert, sowie die Bündelung der Kompetenzen im Innendienst für die Angebots- und Vertragserstellung.

In der „Organisationsberatung“ (Projekt- und Prozessmanagement) gab es das Jahr 2015 über unverändert personelle Engpässe, welche zum Jahresende durch die Besetzung der ausgeschriebenen Stelle beendet wurden. Der Fachbereich begleitete neben den laufenden



Projekten die Pilotierung und die Umsetzung der ersten Umstellungen des Dokumentenmanagementsystems auf ein neues Release.

Im Fachbereich Finanzwesen wurden die letzten Arbeiten für die Doppikumstellung bzw. die Begleitung für die Fertigstellung der Eröffnungsbilanzen bei den Anwendern erfolgreich abgeschlossen. Die Verlängerung der SAKD-Zertifizierung für die Software IFRSachsen.Ki-Sa bis in das Jahr 2017 konnte erfolgreich abgeschlossen werden. In der Veranlagung wurde die Pilotierung des automatischen Datenträgeraustausch mit dem Finanzamt und deren laufende Einführung bei den Anwendern umgesetzt. Weiterhin wurde durch die SAKD der KM-V bis in das Jahr 2019 zertifiziert.

Das Verfahren LOGA (Personalwesen) zeichnete sich im Jahr 2015 durch Stabilität und einer fast 100%-igen Verfügbarkeit aus. Die Umstrukturierung in der Betreuung der Zusatzmodule wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Anzahl der Personalfälle blieb im Jahr 2015 im Vergleich zum Jahr 2014 nahezu gleich.

Im Bürgerservices wurden neben der laufenden Betreuung aller Verfahren die Umsetzung des neuen Wohngeldrechts zum 01.01.2016 erfolgreich bewältigt. Für das Verfahren Einwohnermeldewesen konnten neben der Begleitung von Wahlen auch der Einsatz der Zusatzmodule verstärkt umgesetzt werden. Die Einführung des neuen Melderechts wurde für alle Anwender gewährleistet. Die Migration des Dokumentenmanagementsystems wurde in Zusammenarbeit mit der Organisationsberatung erfolgreich begonnen und wird im ersten Quartal 2016 abgeschlossen.

Für den bei KISA bestehenden Fremdnetzübergang ins Internet fordert die KDN GmbH Schutzmaßnahmen auf Basis des Grundschutzes nach BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik). Die korrekte Umsetzung dieser Maßnahmen wurde im Rahmen einer Folgetestierung erneut im Dezember 2015 durch einen BSI-zertifizierten Auditor bestätigt. Der Bereich IT-Service hat im Jahr 2015 zahlreiche Wechsel von Arbeitsplatztechnik (Rollouts) bei Outsourcing Kunden vorgenommen. Das Jahr 2015 war geprägt durch kurzfristige und umfangreiche Rollouts von Technik für die Bearbeitung der anstehenden Anfragen im Ausländerbereich. Neben der Entwicklung von beauftragten neuen Schnittstellen, wurde durch die Entwicklung die Unterstützung der vertraglich gebundenen Entwicklungsleistungen für das Finanzwesen abgesichert.

Durch den Bereich Finanzen und Verwaltung erfolgte im Jahr 2015 erstmalig die Erhebung der Umlage. Im Jahr 2015 wurden 3.000 T€ im Mai beschieden. Zum Jahresende waren hiervon 2.517 T€ zahlungswirksam eingegangen. Aufgrund der noch laufenden Verfahren im Zusammenhang mit Widersprüchen, Anträgen auf Herstellung der aufschiebenden Wirkung und eingereichten Anfechtungsklagen war eine Vollstreckung bisher noch nicht möglich, wird aber im Jahr 2016 verfolgt werden.



Die Normenkontrollklage der Stadt Mittweida vor dem OVG Bautzen gegen die Haushalts-satzung 2015 wurde mit Urteil vom 06. November 2015 abgelehnt.

2015 hat KISA den Prozess, bestehende Leasingverträge nicht zu verlängern bzw. zu kündi-gen, fortgesetzt. Neue Technik wurde mittels Investitionskredit beschafft und wird über die vorgeschriebene Nutzungsdauer abgeschrieben.

Ausblick

Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass das vorhandene Risikomanagement-system bisher unzureichend war. Um den Verband zu konsolidieren, wurde im Jahr 2014 ein Haushaltsstrukturkonzept aufgestellt und durch die Verbandsversammlung beschlossen.

Weiterhin wurde die Stelle des Fachbediensteten für das Finanzwesen besetzt, um zukünftig eine schnellere und bessere Übersicht über die laufende Geschäftsentwicklung zu erhalten.

Parallel dazu erfolgte die Neustrukturierung der kompletten Aufbauorganisation.

Das beschlossene und im Jahr 2015 fortgeschriebene Haushaltsstrukturkonzept legt die we-sentlichen notwendigen wirtschaftlichen Eckpunkte und Handlungsanforderungen an den Zweckverband fest. Die Erarbeitung und Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen erfolg-te in enger Abstimmung mit der Rechtsaufsichtsbehörde. Durch die Umsetzung der im Kon-zept genannten Maßnahmen, haben sich bereits im Jahr 2015 die Liquiditäts- und Ertragsla-ge deutlich verbessert.

Der bis zum 31.12.2014 aufgelaufene sehr hohe nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbe-trag, lässt sich kurz- bzw. mittelfristig aber nur durch die Erhebung von Umlagen in nen-nenswertem Umfang abbauen. Nach § 12 Abs. 3 der am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen neuen „Verordnung des Sächsischen Staatsministerium des Innern über kommunale Eigen-betriebe im Freistaat Sachsen (SächsEigBVO)“ ist dafür eine Frist von bis zu drei Jahren vorgesehen.

Diese Frist kann nur mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde verlängert werden, wenn ein Ausgleich absehbar ist. Andernfalls ist nach § 12 Abs. 4 der SächsEigBVO ein Ausgleich durch Haushaltsmittel der Gemeinde vorzunehmen.

Die Umlage ist ebenfalls als umzusetzende Maßnahme im Haushaltsstrukturkonzept be-nannt. Bereits mit dem Haushaltsjahr 2015 erfolgte die Erhebung in Höhe von 3.000 T€. In den Jahren 2016 und 2017 sollen nochmal 2.000 T€ und 1.000 T€ erhoben werden.

Ausgehend von der wirtschaftlichen Lage und der beschlossenen Eckpunkte im Haushalts-strukturkonzept, ergeben sich für unseren Verband folgende Risiken und Chancen.

Risiken können sich insbesondere ergeben aus:



- der sinkenden Bevölkerung und dadurch weiter schrumpfenden Kommunen und Landkreisen bzw. Wegfall von Mitgliedern durch Eingemeindungen;
- der fehlenden oder nur eingeschränkten Akzeptanz der notwendigen Erhöhung der Preise für unsere Dienstleistungen bei unseren Kunden und Mitgliedern;
- Schwierigkeiten bei der Findung von qualifiziertem Personal, insbesondere im Zusammenhang der noch ungeklärten Frage der Zusammenlegung der Geschäftsstellen bis Ende 2018;
- erhöhte Anforderungen an den Datenschutz sowie die weltweit steigende Cyberkriminalität;
- der starken Marktposition unserer Lieferanten und der damit verbundenen schwierigen Lage für künftige Preisverhandlungen.

Chancen haben wir in der Zukunft durch:

- hoch motivierte, gut ausgebildete Mitarbeiter;
- eine große Zahl solventer Kunden und Mitglieder;
- gute Marktstellung mit hohem Bekanntheitsgrad;
- die wachsende Bedeutung der EDV in allen Geschäftsbereichen und Lebenslagen;
- unser Produktportfolio, sowie eine umfassende EDV-Betreuung gerade kleiner und mittlerer Kommunen ermöglicht; IT-Services, zugeschnitten auf die Bedürfnisse öffentlicher Auftraggeber
- die grundsätzliche Bereitschaft der Mitglieder, die notwendigen Veränderungen mitzutragen und umzusetzen.

Die Leistungen der KISA verbinden eine umfassende Analyse der Ist-Situation mit Beratung sowie bedarfsgerechter Planung und Realisierung aller anstehenden Themen. Dabei wird sich unsere Geschäftstätigkeit unverändert auf die Bereitstellung von EDV-Dienstleistungen und Programmen für den kommunalen Bereich in Sachsen konzentrieren. Wesentliche Investitionen über die normale Fortentwicklung der bestehenden Anwendungen hinaus sind dafür in absehbarer Zeit nicht erforderlich oder geplant. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in andere Bereiche, wie z. B. die Eigenentwicklung von Programmen oder der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums ist nicht vorgesehen.

Die Entwicklung des Verbandes wird in der Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, ob unsere Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende Preise für unsere Dienstleistungen zu zahlen. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



ständig fortbilden, damit eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Servicequalität gewährleistet wird.

Die Liquidität des Verbandes kann in den Jahren 2016 und 2017 nur durch die Erhebung von Umlagen sowie Kassenkredite gewährleistet werden.

Mittelfristig sollte der Verband ab 2018 mit ausreichend Eigenkapital ausgestattet werden.

Mit dem Jahr 2015 wurde in diesem Zusammenhang begonnen, das Konzept für die IT-Strategie der KISA umzusetzen. Aus insgesamt ca. 30 Strategiepunkten konnten die folgenden Aufgaben bereits im Berichtsjahr erfüllt werden:

- Anpassung Aufbauorganisation
- Festlegung der Kernleistungen des Verbandes
- Bildung von Kundengruppen
- Erstellung standardisierter Kundenvertrag als EVB-IT Vertrag
- Regelmäßige Überprüfung der Deckungsbeiträge aller Verfahren und Produkte
- Aufbau interner Steuerung durch Controlling
- Inbetriebnahme Service Desk
- Strukturierung Kundenbetreuung und Erarbeitung Vertriebskonzept
- Beginn Anpassung der Allgemeinen Dienst- und Geschäftsordnung
- Beginn Schulungen und Qualifizierung unserer Mitarbeiter
- Durchführung von Kundenveranstaltungen – Regionalkonferenzen und fachbezogene Veranstaltungen
- Aufbau Pressearbeit und Marketing

Für das Jahr 2016 werden unter Berücksichtigung der IT-Strategie folgende Aufgaben im Fokus stehen:

- Standardisierung der Leistungen und Preise
- Konsolidierung der Lieferantenverträge
- Bildung eines Einkauf-Warenkorbs für die Kunden von KISA
- Bildung Budget für Weiterentwicklungsprojekte
- Aufbau effektiverer Ablauforganisation
- Abschluss der Anpassung der Allgemeinen Dienst- und Geschäftsordnung
- Fortführung von Schulungen und Qualifizierung unserer Mitarbeiter
- Führungskräftefortbildung
- Standortanalyse der Geschäftsstellen
- Teilnahme an einem bundesweiten IT-Benchmark zur Überprüfung der Marktsituation der KISA



Für die Zukunft muss die Ertragskraft der KISA weiterhin verbessert werden, um zu einer nachhaltigen und stabilen Geschäftsentwicklung zu kommen. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind in dem beschlossenen und fortgeschriebenen Haushaltsstrukturkonzept aufgezeigt. Die Umsetzung / Realisierung dieser Vorschläge wird voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Außerdem muss der Verband mit einem angemessenen Eigenkapital ausgestattet werden, um zukünftig Liquiditätsprobleme wie in der Vergangenheit zu verhindern.

Das Controlling wird zukünftig einen noch höheren Stellenwert im Unternehmen einnehmen. Die in 2015 entwickelte IT-Strategie wird in den Folgejahren zu einer Unternehmensstrategie weiterentwickelt und ausgebaut.

6.11.4 Beteiligungsbericht

Der Beteiligungsbericht ist im Beteiligungsbericht des ZAOE inkludiert.



7 Anlagen